

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 40 Hg. Die politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 25 Hg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Hg., jedes weitere Wort 5 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Der Mörder.

Die Massenschlächterei des 22. Januar ist an einem ihrer verantwortlichen Verbrecher gerichtet worden: Der Großfürst Sergius, der Onkel des Zaren, dessen Einfluß es zugeschrieben wird, daß an jenem Petersburg Blutsonntag die Dum-Dum-Geschosse gegen wehrlose fromme wallfahrende Peter flogen, ist durch wehrhafte Helden aufgetilgt worden. Die Bombe, die ihn zersch, vernichtete zugleich die Reime weiterer zahlloser Greuel, die in diesem Hirne wucherten, das alle Laster und Bestialitäten eines verrotten Systems persönlich vereinigte.

Zu gleicher Zeit, da der offizielle Telegraph im öden Hoffstil meldet, daß der Prinz Leopold von Preußen in Jarosloje Szelo mit dem üblichen Militärpomp empfangen sei, berichtet er auch — und in den dünnen Kanaklistenworten russisch-zensurierter Depeschen scheint etwas wie Erregung durchzukitzeln — wie an einem Schuldigen des 22. Januar das Urteil vollstreckt worden ist.

Am Freitag nachmittags liefen die folgenden offiziellen Telegramme ein:

Petersburg, 17. Februar. Telephonisch wird aus Moskau gemeldet: Im Kreml, wo sich gegenwärtig Großfürst Sergius befindet, habe eine Explosion stattgefunden. Die Bevölkerung ist in höchster Erregung. Es geht das Gerücht, Großfürst Sergius sei getötet, es hat aber bisher keine Bestätigung gefunden.

Petersburg, 17. Februar. Weitere Gerüchte aus Moskau besagen, eine Bombe sei unter den Wagen des Großfürsten Sergius geworfen; der Großfürst, der Wagen und die Pferde seien in Stücke zerissen.

Petersburg, Freitag, 17. Februar, nachm. 4 Uhr 5 Minuten. Aus Moskau wird telephoniert: Auf einer Fahrt des Großfürsten Sergius vom Historischen Museum nach dem Kreml wurde der Wagen beim Justizpalast von zwei Personen in einer Droschke erwartet. Als der Großfürst den Justizpalast passierte, folgten sie dem Wagen. Eine Bombe wurde unter den Wagen geworfen. Es erfolgte eine starke Explosion, der Wagen wurde zertrümmert und der Großfürst getötet. Die Täter wurden verhaftet; einer ist schwer verwundet. Ferner sind mehrere Studenten verhaftet worden.

Petersburg, 17. Februar, 5 1/2 Uhr nachm. (Ausführlichere Meldung.) Heute nachmittags 3 Uhr passierte Großfürst Sergius in Moskau, zu Wagen vom Nikolaspalaste kommend, den Senatsplatz. Hinter der Equipage saßen zwei Droschken. Als die Kutsche sich dem Justizpalast näherte, kam ihr ein Schlitten mit zwei Männern in Zivilkleidung entgegen; der eine trug einen Arbeiteranzug. Am Justizpalast ließ der Schlitten die Equipage vorbeifahren. In diesem Augenblick wurde eine Bombe unter die Kutsche geschleudert. Die Explosion war so heftig, daß alle Fensterscheiben im Justizpalast zersplitterten.

Der Wagen wurde völlig zertrümmert; die Pferde liefen davon. Die Volkmenge auf dem Platze sammelte die Holztrümmerspäße und Stoffreste auf. Der Großfürst war sofort tot. Der Kopf und die Beine waren vom Kumpfe getrennt, die Kleider zerrissen. Der Kutscher, der schwere Brandwunden erhalten hatte, starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Auf dem Platze liegen die Räder der Equipage. Die Explosion wurde weithin vernommen.

Die Täter sind verhaftet. Der eine sagte: „Ich mache mir nichts daraus, meine Arbeit ist getan.“ Der Name des Täters ist unbekannt.

Nach einigen Augenblicken begann die Menge sich an dem Tatorte anzuhäufeln. Das Tor des Kreml wurde geschlossen. Auf dem roten Platze veranstaltete die Menge (?) eine Kundgebung gegen die Studenten, welche geprügelt wurden, und zwar in solcher Weise, daß ein beim Justizpalast angestellter Beamter dazwischen trat und veranlaßte, daß mehrere Personen verhaftet wurden.

Es wurden dann Proklamationen unter die Menge geworfen. Als die Großfürstin Sergius die Nachricht von dem Ereignisse erfuhr, begab sie sich sofort an den Tatort.

Die Leberreste des Großfürsten Sergius wurden aufgefunden und nach dem Nikolaspalast geschafft.

In einem rechtslosen Staate ist der Terror das Recht des Volksgewaltigen. Es ist in diesem Augenblick nicht angemessen, über die Zweckmäßigkeit dieser Einzelthaten von Helden zu erörtern. So gewiß es ist, daß die Sache der russischen Befreiung nur in der sozialistischen Auffklärung des Proletariats und in dem Kampfe gesichert ist, so gewiß ist es auch, daß die terroristischen Akte in den gegenwärtigen Verhältnissen Rußlands mit elementarer Notwendigkeit, wie Naturereignisse, hervorzubringen, ohne zu fragen, was sie nützen oder schaden mögen. Das Rechtbewußtsein der Bevölkerung zeugt diese Thaten. Der Richter ist Mörder wider die Tyrannei der verrottenen Gewalt.

Diese furchtlosen Richter vertreten ihr gerechtes Urteil mit ihrer Person. Nicht von sicheren Sesseln aus urteilen sie zwischen Schlaf und Offen über Leben und Tod, kraft der Gewalt des anarchischen Absolutismus, — diese Richter treten selbst ins Gewühl des Kampfes und besiegeln das Urteil, das sie sprechen und vollstrecken, mit ihrem eigenen Leben. Es zeugt von der ungeborenen Kraft des russischen Volkes, daß es fähig ist, trotz aller Entwertung und Unterdrückung noch Männer zu erzeugen, die so ihr Leben einer Sache opfern.

Es gehört nicht sonderlich viel Tapferkeit dazu, unter dem militärischen Zwange eines Massenliebbers auf den Feind zu zielen, aber es erfordert die Anspannung höchster sittlicher Kraft, es ist wahrer Heroismus, als einzelner sich in die Speere der Tyrannei zu werfen. Turgenev, der große russische Dichter hat in einem gewaltigen Gedicht in Prosa, diesen Todesmut der russischen Befreier dargestellt. Es ist das Gedicht auf die Perowskaja:

„Ich sehe ein riesiges Gemäuer. Der Eingang, eine schmale Tür, ist weit geöffnet; hinter der Tür schredliche Finsternis. Und vor der hohen Schwelle steht ein Mädchen... ein russisches Mädchen.“

Die undurchdringliche Finsternis haucht einen eisigen Atem aus, und mit diesem eisigen Hauch dringt aus des Gemäuers Tiefe eine Stimme langsam und dumpf: „O, Du, die über diese Schwelle treten willst, weißt Du, was Deiner wartet?“ „Ich weiß“, antwortet das Mädchen. „Kälte und Hunger, Haß und Hohn, Verachtung, Schmähung, Krankheit und Tod?“ „Ich weiß, ich bin bereit.“ „Entfremdung, böllige Vereinsamung?“ „Ich weiß... ich bin bereit. Ich werde alle Schläge und Leiden ertragen.“

„Nicht nur von Deinen Feinden, auch von Freunden und Verwandten?“

„Ja, auch von ihnen.“

„Gut dem; du bist bereit zum Opfer. Du wirst untergehen und niemand, niemand wird je wissen, wessen Andenken zu ehren.“

„Ich brauche weder Dank noch Mitleid. Ich brauche keinen Namen.“

„Bist Du dem bereit zum Verbrechen?“

Das Mädchen senkt den Kopf. „Auch zum Verbrechen bin ich bereit.“

Die Stimme erneuerte nicht sogleich die Fragen.

„Weißt Du auch“, begann sie endlich, „daß Du den Glauben an das, woran Du jetzt glaubst, verlieren kannst; glauben kannst, daß Du Dich getäuscht, umsonst Dein junges Leben geopfert hast?“

„Ich weiß auch das und will doch hinein.“

„So geh.“

Das Mädchen tritt über die Schwelle und ein Vorhang schlägt hinter ihr schwer zusammen.

„Unfugige!“ riefst jemand hinterher...

„Heilige!“ tönt irgendwo die Antwort.

Das erfolgreiche Attentat gegen den Hauptschuldigen des 22. Januar und des Trepow-Regiments beweist, daß die Nähe der letzten Zeit nur scheinbar war. Die mit dem Kleinfalbrigen, mit der Peitsche und dem Säbel niedergeborenen Massenbewegung erzeugte aus sich selbst heraus die terroristischen Einzelthaten, gegen die es trotz aller feigen Sicherheitsmaßregeln keinen Schutz gibt.

Das Attentat ist nicht nur die allgemeine Antwort auf das Trepow-Regiment, es ist insbesondere auch die direkte Vergeltung für jene Moskauer Auspeitschungen von friedlichen Demonstranten, die bereits zu einem — mißlungenen — Anschlag auf Trepow führten, den jeglichen Diktator von Petersburg, der vordem der Gehülfe des jetzt getöteten Großfürsten war.

In dem Großfürsten Sergius häufen sich alle Verbrechen des Absolutismus. Er ist das Haupt der brutalsten Reaktion, er gilt als der Berater und Anstifter aller Verbrechen des Zarismus. Hugo Gouz schreibt über ihn in seinem bekannten Buch über Rußland: „Das arge Gegenstück bildet Großfürst Sergius, der Generalgouverneur von Moskau, der Schwager und Onkel des Zaren. Was über seine persönliche Lebensführung ganz offensichtlich erzählt wird, entzieht sich der Wiedergabe. Auf die Passionen des Großfürsten Sergius kommt man aber darum gern zu sprechen, weil sie mit seiner sonstigen Brömmel in so schrecklichem Widerspruch stehen. Vor ihm wird unbestritten behauptet, daß er ein böser belasteter Mensch sei, dessen Wonne die Qual anderer bilde.“ Zu dem, was man sich über diesen Unhold erzählt, gehört die Behauptung, daß er seine Gewalt mißbraucht, um sich zwangsweise Kinder für seine Gelüste zuführen zu lassen; er kommandierte Schulrektoren, ihm die Opfer seiner Begierden zur Verfügung zu stellen.

In Rußland war man darauf gefaßt, daß sich die furchtbare Spannung demnächst in terroristischen Thaten auflösen werde. Unterm 14. Februar wird in einem uns übermittelten Privatbrief aus Petersburg geschrieben:

„Welche Stimmung bei uns herrscht? Eine unbestimmte, aber keine niedergedrückte. Nach den ersten Schritten Trepows war man niedergedrückt, jetzt ist das aber verschwunden. Bald fühlte man, daß es nicht mehr weit gehen kann, daß es zu Plebsche keine Mittel mehr gibt. Die jetzige Stimmung kann man eine abwartende nennen. Man wartet auf etwas, aber erwartet nichts von Witte. Immer lauter wird von Konstitution gesprochen. Es sprechen von einer Konstitution und verdammen die Greuel des 22. Januar sogar Beamte der eigenen Kanzlei des Kaisers und Hochgestellte!“

Jetzt werden für die allernächste Zukunft Attentate erwartet. Sonderbar! Alle sind von deren Unvermeidlichkeit und Unabwehrbarkeit überzeugt.“

In der Hinrichtung des Großfürsten Sergius hat sich diese Erwartung rasch erfüllt.

Der Narren-Bar.

Während das russische Reich unter den ehenen Schritten eines tragisch befreienden Schicksals erbebt, ist sein mächtiger Herrscher zum Narren geworden.

Eine sehr gut unterrichtete Persönlichkeit schreibt uns aus Petersburg:

Der Kaiser ist in einem ählichen Zustande. Die Minister beklagen sich, daß er immer mehr dem zufälligen Einflusse unbekannter Menschen zum Opfer fällt; immer mehr weint er und betet er. Der Eisenbahnminister Fürst Schiloff erscheint vor ihm, er hört kaum den Vortrag des Ministers zu und in der Mitte unterbricht er ihn: „Haben Sie den Neugeborenen gesehen?“ Der Minister wird ins Kinderzimmer geführt. Um das ganze Bett des Kindes herum hängen kleine Heiligenbilder. In die Hand des Säuglings wird ein Bildchen des heiligen Serofim von Saroff hineingelegt. Der erstaunte Minister erhält mit Respekt das Heiligtum aus der Hand des Säuglings und geht weg, ohne den Vortrag beendet zu haben.

Während seiner letzten Reise übernachtete einmal der Kaiser im Hause eines Gouverneurs. Am folgenden Tag wurden im Zimmer, wo der Kaiser übernachtet hatte, auf den kostbaren Tapeten Spuren von Nägeln bemerkt. Es erweist sich, daß der Kaiser selbst seine Heiligenbilder über seinem Bett mit Nägeln befestigt.

Den Vorträgen der Minister hört er kaum zu, er hat aber Zeit genug, um jetzt sowie in den früheren Jahren den Kaiserinnen lange alte historische Materialien laut vorzulesen.

Längst nennt man den Zaren in einem Wortspiel den letzten Romanow.

Die Arbeiterfarc.

Ueber den Empfang der 34 Potemkischen Arbeiter werden uns aus gut unterrichteter Quelle noch folgende Einzelheiten berichtet:

Der Kaiser empfing die 34 Arbeiter auf folgende Weise. Er las seine Rede von einem Blatt Papier ab. Dann verteilte er den Arbeitern hektographierte Abschriften davon, welche ihnen die ihnen gut bekannten hektographischen Proklamationen ins Gedächtnis riefen. Der Kaiser fragte dann einen Arbeiter: „Ist es wahr, daß es viele Tote gegeben hat?“ Der Arbeiter antwortete: „Ich weiß nicht, es ist uns nicht gestattet, uns darüber auszusprechen.“ (Trepow hatte alle Arbeiter, die nach Jarosloje Selo fuhren, mit Sibirien bedroht im Falle „überflüssiger Unterredungen“.)

Einen anderen fragte der Kaiser: „Ist es wahr, daß man mein Bildnis mit dem Kopf nach unten trug?“ und einen dritten: „Aus welchem Gouvernement kommt er?“

Was war die ganze Aufklärung, die der Zar von den Arbeitern erhielt.

Wort.

Die „Intellektuellen“ haben sich schnell wieder über das Schicksal Gorkis beruhigt. Alle beschwichtigenden Meldungen sind aber geflissentlich erlogen. Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Gorki ist nicht freigelassen worden. Man will ihn auf Grund desselben Hochverrats-Paragraffen wie Sazonow (Plews Vernichter) anklagen.

Verfassungs-Gerüchte.

In der russischen Presse wird mit großer Bestimmtheit die Einberufung des „Semskij-Sobor“ in Aussicht gestellt, worunter sich niemand etwas Bestimmtes vorstellt; sicher aber handelt es sich nur, wenn die Einberufung überhaupt in Frage steht, um eine ständische Versammlung mit lediglich beratenden Funktionen. Indessen der offizielle Telegraph stellt auch selbst diese bescheidenen Pläne in Abrede. Aus Petersburg wird nämlich amtlich berichtet:

Die Blätter melden aus Jarosloje-Selo, daß gestern dort die Semskij-Sobor-Frage beraten worden ist. Demgegenüber verlautet zuverlässig, daß in der gestrigen Ministerberatung unter Vorhitz des Kaisers, woran auch Minister Witte und Murawjow teilnahmen, die Frage der Umwandlung des sich nur ab und zu versammelnden Ministerkomites in eine ständige Institution beraten wurde, wobei aber nicht der Grund gelegt werden soll für ein verantwortliches Ministerium. Den Vorhitz werde entweder der Kaiser oder ein Ministerpräsident führen.

Also es ist nicht einmal ein Ministerium im westeuropäischen Sinne zu erwarten.

Frauen-Bittschrift.

Petersburg, 17. Februar. Die Frauen Moskaus richteten an die Kaiserin Alexandra eine Adresse mit vielen Unterschriften, in welcher die Kaiserin gebeten wird, dem Kaiser die Notwendigkeit vorzustellen, Rußland aus seinem Anglied zu retten.

Die Bewegung in Rußisch-Polen.

Warschan, 17. Februar. Der Kurator des öffentlichen Unterrichts hat angeordnet, daß der Unterricht am Montag in allen Schulen wieder aufgenommen wird. Die Schüler, welche sich an den Unruhen beteiligt haben, werden von den Schulen ausgeschlossen und dürfen in keine andere Schule eintreten.

Warschan, 17. Februar. Als der Fabrikant Prager, der bei den Arbeitern nicht beliebt ist, von einer Spazierfahrt zurückkam und in das Tor seiner Fabrik einbog, feuerte eine unbekannte Person drei Revolvergeschosse auf ihn ab. Zwei Kugeln trafen den Wagen, die dritte verfehlte Prager am Arm. Der Täter entkam.

Inzwischen läßt die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ wieder die Hunderte von Loten lebendig. Sie verbreitet folgenden „Streifenrapport“:

Soß, 17. Februar. Während der drei Wochen, die der Ausstand dauerte, wurden bei Zusammenstößen mit Truppen getötet beziehungsweise an ihren Wunden gestorben 8 Personen, verwundet wurden 8. Die Zahl der in den Nachbarorten Getöteten beträgt 10, die der Verwundeten 33.

Der Streik.

Krementschug (Gouv. Volskwa), 17. Februar. In den Tabakfabriken, den Druckerien und anderen Fabriken ist die Arbeit niedergelegt worden. In den Straßen herrscht Ruhe.

Die Bauern für Väterchen.

Petersburg, 17. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Bauern einer Gemeinde des Kreises Neu-Ladoga haben durch den Generalgouverneur von Petersburg an den Kaiser eine Adresse übermittelt, in der sie ihre Ergebenheit ausdrücken und versichern, daß sich an den Stufen des Thrones die ganze Bauernschaft und das ganze lokale Rußland im Gebet vereinigen, um Kraft zum Tragen der gegenwärtigen schweren Prüfung zu erlangen. Sie seien alle bereit, heißt es in der Adresse weiter, auf den Ruf des Kaisers ihr Leben einzusetzen, und weder auswärtige noch innere Feinde könnten die Macht Rußlands bis zum Friedensschluß erschüttern.

Ein gewerkschaftliches Urteil über den Bergarbeiter-Streik.

Das „Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“ widmet dem Ausgange des großen Bergarbeiterstreiks einen Artikel, aus dem wir die Hauptstellen wiedergeben für nötig halten, da die Auffassung, die von der Zentralkommission der deutschen Gewerkschaften über einen solchen Kampf vertreten wird, auf Beachtung Anspruch hat. Das „Correspondenzblatt“ schreibt:

„Was haben die Arbeiter durch diesen Kampf erreicht? Ein Teil der politischen Arbeiterpresse bezeichnet den Streik als einen verlorenen Kampf der Arbeiter. Es sei ihnen nicht gelungen, die Grubenbesitzer zum Nachgeben oder auch nur zu einem kleinen Schritt des Entgegenkommens zu veranlassen, bedingungslos müßten sie in die Grube zurückkehren. Wer den Kampf der Bergleute von dieser Seite aus, d. h. als einen rein wirtschaftlichen Machtkampf betrachtet, der muß notwendigerweise zu solchen Schlussfolgerungen gelangen und einschließen, daß die Macht der organisierten Bergleute der Macht des Grubenkapitals in keiner Weise gewachsen war. Von diesem Gesichtspunkte aus hätte aber der Streik gar nicht geführt werden dürfen, eben weil den Bergarbeitern alle Voraussetzungen fehlten, um das Grubenkapital niederzuzwingen. Deshalb boten ja auch die Organisationsleitungen alles auf, um das Entstehen oder wenigstens das Umschlagen des Streiks zu verhindern. Daß der Kampf trotzdem mit elementarer Wucht, gegen den Willen der Gewerkschaftsführer, losbrach, und dennoch in so hohem Maße die Sympathien der öffentlichen Meinung gewann, beweist, daß seine Bedeutung weit mehr als politisch als auf gewerkschaftlichem Gebiete lag, wenn seine Form auch derjenigen der gewerkschaftlichen Kämpfe entsprach. Sein Ziel war und mußte in erster Linie sein, die Gesetzgebung gegen das Grubenkapital zum Schutze der Arbeiterrechte und des Arbeiterwohlstandes mobil zu machen, den starken Widerstand des übermächtigen Gegners durch das Eingreifen einer höheren Gewalt zu brechen. . . .“

Die eigentliche Bedeutung des Kampfes lag also durchaus auf politischem Gebiete und konnte von Anbeginn nach Lage der Verhältnisse nur auf diesem liegen. — Deshalb war es auch verfehlt, wirtschaftliche Erfolge zu erwarten und von einer wirtschaftlichen Niederlage der Arbeiter zu reden. Ein politischer Machtkampf erfordert einen ganz anderen Maßstab als ein rein wirtschaftlicher Streik, und danach haben die Streikenden unläugbare Erfolge errungen. Sie haben die Notwendigkeit eines gesetzlichen Bergarbeiterschutzes, den die Regierung noch am Vorabend des Kampfes leugnete, so überzeugend nachgewiesen, daß selbst ein Starbuck sich der Zustimmung nicht entziehen konnte und ein Müller binnen wenigen Tagen seinen Standpunkt völlig ändern mußte. Das letztere trat um so deutlicher hervor, als zu gleicher Zeit sich die Grubenbesitzer auf die für die Regierung bis dahin allein maßgeblichen gegenteiligen Erklärungen der obersten Verwaltungsbehörde stützen konnten. Das war ein großer moralischer Erfolg. Die bestimmten Erklärungen der Regierung lassen aber auch erwarten, daß es bei diesem rein moralischen Erfolge nicht bewendet, sondern daß binnen kürzester Frist tatsächliche Reformen durchgeführt werden. Freilich erfüllen diese Verheißungen, soweit sie über den Inhalt des kommenden Vergabegesetzes Arbeit schaffen, noch sehr wenig die Forderungen der Streikenden, weder materiell, noch formell. Sie stellen statt der Strändigen nur die 9-10stündige Schicht, noch dazu auf besonders ungesunde Verhältnisse beschränkt, in Aussicht, wollen das Nebenberufswesen beschränken, das Nullen berechtigen und Arbeiterausschüsse obligatorisch machen, — sie geben aber der Reform der Grubenkontrolle und des Knappschaftswesens völlig aus dem Wege und schließen vor allem den Weg der Reichsgesetzgebung aus, indem sie die Bergarbeiter auf den Dreiklassen-Vandig verweisen. — Das ist sicher nicht viel, — weit weniger als das, was die Regierung nach Lage der Verhältnisse hätte tun können und die Bergarbeiter hätten erwarten dürfen. Aber der Eindruck des Streiks war groß genug, um der Regierung eine Wiederholung unerwünscht erscheinen zu lassen und sie zur Tat anzuapornen. Und so wird der Kampf auch seinen materiellen Erfolg haben, und der letztere wird um so größer sein, je weniger jetzt die öffentliche Meinung erlahmt in ihrem Eifer für die Sicherstellung eines möglichst weitgehenden Arbeiterschutzes. . . .“

Und einen dritten Erfolg haben die Streikenden darin zu verzeichnen, daß sie in rückständigen Herrenstandpunkt der Arbeitgeber einmal in seiner ganzen abschreckenden Widerlichkeit an den Pranger stellten, ihn dem Abscheu, der Verdammung der ganzen öffentlichen Meinung preisgaben. Selbst ein Müller und v. Bülow, die gewiß für das Kraftbewußtsein des Unternehmertums volles Verständnis offenbaren, sprachen sich gegen das selbstherrliche Verhalten der Grubenbesitzer aus. Ohne diese heilsame Wirkung des Streiks wäre es für die Regierung von der Anerkennung der Notwendigkeit sozialer Reformen bis zu deren Durchführung noch ein weiter Schritt gewesen, — das Verhalten der Herren überhöbte sie indes der vorher bewährten anglickischen Rücksicht und beschleunigte ihr Eingreifen. Für die Arbeiterbewegung liegt darin das Eingeständnis, daß die Zeit der absoluten Unternehmerrückständigkeit vorbei ist, und daß es als pflichtwidrig empfunden wird, wenn sich die Arbeitgeber mit den Vertretern der Arbeiter nicht verständigen. Das Scharfmachertum, das schon gelegentlich der Judikationsvorlage eine wohlverdiente Juridikation erfuhr, als es die Gesetzgebung gegen die Arbeiter zuspielen wollte, zeigte sich diesmal in voller Größe und erzielte eine vollendete Blamage. Bürgerliche Sozialpolitiker erwarten davon eine abschreckende Wirkung auch auf die übrigen Arbeitgeberkreise und das Aufdämmern eines höheren Verständnisses für das gleichberechtigte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Wir geben uns darüber keinerlei Erwartungen hin, weil wir wissen, daß die Anerkennung der Arbeiterorganisation und ihrer Gleichberechtigung dem Kapitalismus abgerungen werden muß. Aber für weite Kreise des Volkes und insbesondere für die Gesetzgeber bedarf es dieser Demonstration des Herrenmenschtums in seiner ganzen Gemeingefährlichkeit, um ihnen den Staat im Staate zu zeigen, der die allgemeinen Gesetze und Interessen höhnlachend beiseite schiebt und sein nacktes Selbstinteresse zum leitenden Prinzip erhebt. Sie wird und muß dazu führen, von Einfluß dieser Scharfmacher auf die Gesetzgebung zu isolieren und alle sozialdenkenden Kreise gegen ihn zusammenzuschließen.

Das sind die unbestreitbaren Erfolge des großen Bergarbeiterkampfes, und wir können mit ihnen ebenso zufrieden sein, als die führenden Arbeitgeberkreise diesem Ausgang mit gemischten Gefühlen gegenübersehen. Diese Herrn, die von einer Sozialpolitik alles

hoffen, sehen sich mehr als je von der Erfüllung ihrer Wünsche zurückgedrängt und müssen es jetzt erleben, daß der Arbeitsvertrag des einzelnen Arbeiters um ein gutes Teil ihrer Willkür entzogen und gesetzlich geregelt wird. Das ist entschieden bitter für Leute, die von ihrer Regierung, von ihrem Minister solches am wenigsten erwarteten hätten, und es hieße Balsam in die Wunden der Herrenherren und ihrer Trophäen träufeln, wollten wir den Bergarbeitern einreden, sie verließen als Besiegte den Kampfplatz.“

Wirrungen und Aufklärung.

An die Beendigung des Streiks knüpfen sich eine Reihe Meldungen über Wirrungen im Lager der Streikleitung und widersprechende Parolen. So sollte, während die Nebertagung Donnerstag, den 9. Februar, die Aufhebung des Streiks beschlossen hatte, Genosse Que Freitag, den 10. in einer Versammlung, die an diesem Abend in Essen stattfand, mitgeteilt haben, die Siebener-Kommission habe aus Anlaß der vielen gemeldeten Maßregelungen und Lohnreduzierungen die Parole zum Weiterstreiken ausgegeben. Genosse Que gibt nun im „Volksblatt“ für Bochum eine längere Darstellung der Vorgänge, wonach er in der Versammlung nur gesagt hat, wenn sich die Meldungen über Maßregelungen und Lohnreduzierungen bestätigten, dann müßte der Kampf fortgesetzt werden. Im übrigen aber hat er, wie auch der Bericht des Essener „Beobachters“, der allein in der Versammlung vertreten war, bestätigt, auf die Siebener-Kommission verwiesen, die auf Grund der eingelaufenen Meldungen für Sonnabend eine neue Sitzung anberaumt hatte. Bei der nun folgenden Prüfung der eingegangenen Beschwerden stellte sich jedoch heraus, daß sie unbegründet waren. Infolgedessen beschloß die Siebener-Kommission Sonnabend, den 11. Februar, daß der Streikaufhebungs-Beschluß bestehen bleibe.

Zufällig sind aber schon am Freitag nachmittag, das heißt also bevor Que gesprochen hatte, die Zahlstellen des Verbandes telephonisch unterrichtet worden, daß der Beschluß vom 9. Februar aufgehoben sei und daß weitergestreikt werde. Wie das zugegangen ist, darüber gibt Genosse Graf, Mitglied der Verbandsleitung, im „Bochumer Volksblatt“ eine Erklärung ab. In der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund war berichtet worden, Graf habe am Freitag nachmittag an die Essener Geschäftsstelle des Blattes, die Genosse Dittamp verwalte, im Namen der Verbandsleitung die Mitteilung gelangen lassen, daß weitergestreikt werde. Graf hat sich darauf von Dittamp bestätigen lassen, daß er nur gesagt hat, wenn Massenmaßregelungen und Lohnreduzierungen vorkommen, dann würde auf diesen Zeichen weitergestreikt werden.

Dittamp aber, der mit der Streikleitung nicht das geringste zu tun hat, habe auf Grund der angeblichen Mitteilung Grafs die Zahlstellen des Verbandes telephonisch unterrichtet, daß weitergestreikt würde. Dittamp behauptet demgegenüber, daß er nur solche Zahlstellen in diesem Sinne unterrichtet habe, die bei ihm angefragt haben, nachdem ihm Graf auf seine Frage, ob er den noch Streikenden raten sollte, den Beschluß der Siebener-Kommission abzuwarten, geantwortet hatte, dies würde das Beste sein.

Der ebenfalls verbreiteten Meldung, daß Massenaustritte aus dem Verbandsverbande vorgekommen seien, tritt ein Bericht der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. aus dem Streikgebiete entgegen. Ihr wird geschrieben:

„Von keiner Stelle werden Massenaustritte gemeldet; natürlich wird die ungeheure Masse, die während des Streiks für die Organisation gewonnen worden ist, nicht vollständig Stand halten, wie jeder erfahrene Gewerkschaftler weiß. Aber noch am Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag, also zu einer Zeit, wo nach Essener Schauernachrichten die Organisationen in ihren Reihen trauern sollten, sind noch Hunderte von Neuanmeldungen erfolgt; am Dienstag kamen allein an 600 bei unserer Verbandszentrale an. Die „Verwirrung“ und „Unklarheit“ ist so groß, daß in einer Reihe von Versammlungen unter stürmischer Zustimmung angeregt wurde, den Verbandsbeitrag von 20 Pf. wöchentlich auf 50 Pf. zu erhöhen! Das ist gewiß ein Zeichen von Vertrauen auf die Gewerkschaft.“

Unterstützung der Bergarbeiter.

Der Gemeinderat in Stuttgart bewilligte auf Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder mit 14 gegen 6 Stimmen 1000 M. zur Unterstützung der Bergarbeiter. In München wurde der Antrag unseres Genossen Schmid, 15000 M. für die Bergarbeiter zu bewilligen, vom Verwaltungsausschuß des Magistrats abgelehnt.

Im Stadtmagistrat Jülich i. W. hatten die sozialdemokratischen Mitglieder des Kollegiums den Antrag gestellt, für die nothleidenden Bergarbeiter 2000 Mark zu bewilligen. Dieser Antrag wurde jedoch von der liberal-demokratischen Mehrheit abgelehnt.

Strasbourg, 17. Februar. (W. T. B.) Der hiesige Gemeinderat hat heute für die nothleidenden Familien der Bergleute im Ruhrgebiet 5000 Mark bewilligt.

Eine große Zahl Gemäßigter der Zeche „Deutscher Kaiser“ (Oberhauser Revier) war am Donnerstag in Karlsruhe versammelt. Es wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, die unter Zuzugung des Herrn Hammacher, des Vertreters der Hirsch-Dunderker in der Siebener-Kommission, bei der Direktion vorstellig werden soll.

Auf Zeche Westende in Weidertich soll, wie uns von dort berichtet wird, durch Aufschlag die Verdoppelung des Preises der Deputatlohlen angeordnet worden sein. Auf den Zeichen Bische und Rosenblumendelle sollen Lohnreduzierungen vorgenommen worden sein. Von anderen Zeichen wird wieder der „Frankfurter Volksstimme“ über Aufbesserung der niedrigsten Löhne berichtet.

Mit Maßregelungen und Ermittlungslagen geht besonders der fromme Th. hin vor. Das Antiklerikale Ruhrort hat die Verhandlung der Ermittlungslagen verweigert.

Die Leiche des von Arbeitswilligen erschossenen Bergarbeiters Jansen ist am Mittwoch von Bergarbeitern, die nach ihm suchten, in der Einscher aufgefunden worden. Bis jetzt ist gegen die Schuldigen noch nicht eingeschritten worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Februar.

Liberaler Tod.

Die lächerliche Kommissionsberatung über die Handelsverträge hat am Freitag mittag ihr Ende erreicht. Man hat in der Geschichte des deutschen Reichstages vielerlei Mäglichkeit erlebt, Mäglicheres aber als diese Kommissionsberatungen wohl noch nie. Die Absicht, welche die Mehrheitsparteien bei der Verurteilung einer Kommissionsberatung verfolgt hatten, war lediglich, die Regierung zu weiteren agrarischen Versprechungen, besonders bezüglich der Kündigung der Weistugungsverträge zu drängen. Wenn man gleichwohl unter der Firma „Kommission zur Beratung der Handelsverträge“ tagte, so konnte von vornherein von einer wirklichen Beratung keine Rede sein. Der Leser der Kommissionsberichte hat mit Erlaunen wahrgenommen, wie die Sache verlief. Es fehlten alle Voraussetzungen für eine geordnete Beratung,

es fehlte alles Material zur Beurteilung der neuen Handelsverträge in ihren Einzelheiten. Die Kommissionsmitglieder der bürgerlichen Parteien mußten selbst diesen unerhörten Zustand zugeben und der Vorsitzende Spahn vermochte eine Entschuldigung für die unter seiner Leitung betriebene Posse nicht zu finden. Aber die selbstverständliche Forderung, die von sozialdemokratischer Seite erhoben wurde, unter solchen Verhältnissen die Beratung abzubrechen und die Regierung zunächst für Herbeischaffung des Materials Sorge tragen zu lassen, blieb natürlich unbeachtet, da es eben den Starbuck-Parteien überhaupt nicht darauf ankam, eine wirkliche Beratung der Handelsverträge vorzunehmen.

Das Ergebnis dieser „Beratungen“ stand von Anbeginn fest. Die Verträge sind in der Kommission mit großer Mehrheit angenommen worden. Auch die Agrarier der äußersten Rücksichtslosigkeit wissen, was sie an den Verträgen haben und wollen sich nicht durch Ablehnung dem für sie gegenwärtig peinlichen Vorwurf aussetzen, daß sie für die „praktische Politik“ sich selbst ausschalten. Einige Zentrumsmitglieder aus Bayern stimmten gegen einen Teil der Verträge, der den süddeutschen Bayern nicht das bringt, was sie fordern. Für das Schicksal der Verträge unwesentlich, aber für die allgemeine Politik charakteristisch ist jedoch allein das Verhalten des Liberalismus. Der Vertreter der Freisinnigen Volkspartei Abgeordneter Kaempf hat für die Verträge gestimmt, so daß es nunmehr sicher scheint, daß die Freisinnige Volkspartei im Plenum fest geschlossen für die Verträge stimmen wird. Abgeordneter Gothein von der Freisinnigen Vereinigung stimmte gegen die Verträge mit der Sozialdemokratie, doch weiß man, daß auch aus seiner kleinen Parteigruppe mehrere Abgeordnete abspalten werden. Die Süddeutsche Volkspartei, so ist zunächst zu vermuten, wird gegen die Verträge stimmen. In jedem Falle werden die Verträge eine sehr große Mehrheit finden, indem die alte Mehrheit des Budgetartikels von 1902 noch durch die „freisinnigen“ Stimmen vermehrt wird.

Der „linksstehende“ Liberalismus tritt für die Verträge ein, die auf Grund des Budgetartikels zustande gekommen sind. Er erklärt die Verträge für grundsätzlich und industrie-feindlich, um schließlich seine Stimme für ihren Abschluß abzugeben. Er trägt sich dabei auf den Vorwand, daß bei Ablehnung der Verträge möglicherweise der autonome Tarif mit den höheren Zollsätzen in Kraft gesetzt werden könnte. Es ist unnütz, die Unsinngigkeit dieser und ähnlicher Vorwände nochmals ausdrücklich zu erweisen. Es sind nicht Gründe, die in der Sache selbst liegen, um bereitwillig den Freisinn den Konservativen die Waffe in die Hand gibt, zu erklären: Die vortrefflich sind diese Verträge, daß die Partei Eugen Richters selbst sie ihrer Zustimmung für wert hält. Und tatsächlich widerlegt der Freisinn seine in Worten geübte Opposition gegen den Zolltarif und die Verträge durch die schließliche Zustimmung gründlicher, als es die Widerlegungsversuche der Jökner jemals vermochten. Der Freisinn überliefert sich der Lächerlichkeit und Verächtlichkeit, indem er das, was er für schädlich und verderblich bekämpft hat, jetzt bejaht und durch seine Mitwirkung zur Verwirklichung gelangen läßt.

Diese selbstmörderische Politik wäre unverständlich, wenn dieser Freisinn nicht längst jedes Empfinden für eine prinzipielle liberale Politik völlig verloren hätte und zum Schlepptier der Reaktion geworden wäre. Dieser Freisinn fürchtet in der Opposition zu sein. Er will zeigen, daß sich „mit ihm leben läßt“. Er huldigt der närrischen Einbildung, die Vorteile der kapitalistischen Interessentengruppe, die er vertritt, dadurch zu wahren, daß er die Regierung nicht verläßt, sondern sich sänftiglich ihrer Politik anpaßt. Schon spekuliert er, von der Regierung eine günstigere Reform der Vorkriegsgesetzgebung zu erreichen, wenn er sich ihr als wohlzögerner Sklave zur Verfügung stellt, eine Spekulation, deren Torheit sich natürlich sehr bald herausstellen wird.

Das deutsche Bürgerium und der deutsche Liberalismus zeigen durch diese Abstimmung erschreckend, bis zu welchem politischen Tiefstande sie gelangt sind. Eine kraftvolle, die liberalen Grundzüge ehrlich wahrende Politik ist diesem Liberalismus schon längst verloren gegangen. Die Zustimmung zu den Verträgen, welche Industrie und Handel in ihrer Entwicklung hemmen und die breiten Massen des Volkes der Verteuerung aller Nahrungsmittel ausliefern, vollendet die Tatsache dieses ruhmlosen Niederganges.

Was dieser Freisinn überdies übersehen oder übersehen will, ist die Tatsache, daß seine miserable Haltung einen kolossalen Gewinn für das Agrarrium bedeutet. Die Handelsverträge gegen den Handel sind nicht der Abschluß der agrarischen Volkspöndelung in Preußen-Deutschland. Es werden weitere Maßnahmen ungenügend gefordert zur Behinderung der modernen Wirtschaftsentwicklung und zur künstlichen Bereicherung der Edelsten der Nation; und die Regierung des Grafen Bülow hat ihre Freigebigkeit zu weiteren Spenden an die „Landwirtschaft“ bereits erklärt. Ein Liberalismus, der so kläglich handelt wie jetzt die Freisinnige Volkspartei und ein Teil der Freisinnigen Vereinigung, stärkt naturgemäß die wucherische Reigung des Agrarierturns ins Ungemessene. Warum sollten die Konservativen und Bündler nicht das äußerste wagen, wenn sie wissen, daß eine Partei, die vorgeblich ihre entschiedene Gegnerin ist, schließlich den ungeheuerlichsten Volksschädigungen die Zustimmung gibt! —

Preussisches Herrenhaus.

Das Herrenhaus nahm am Freitag zunächst den Gesetzentwurf betreffend Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflut-Verhältnisse an der oberen und mittleren Oder an. Mit Rücksicht darauf, daß es den Entwurf in einem unwesentlichen Punkte abgeändert hat, muß er an das Abgeordnetenhaus zurück, da eine übereinstimmende Fassung beider Häuser des Landtags erzielt werden muß, wenn er Gesetz werden soll.

Im übrigen erledigte das Haus nur kleinere Vorlagen und Petitionen, von denen nur die des Ruhrbundes um Erhaltung des Heierich v. Kleifischen Grabes am Wannsee zu erwähnen ist. Das Haus ging über die Petition zur Tagesordnung über, da die Angelegenheit bereits im Sinne der Petition erledigt ist. Der Reichstanzler hat nämlich das Grab namens des Reichs als Geschenk vom Prinzen Leopold übernommen und sich bereit erklärt, es auf Kosten des Reichs zu unterhalten.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet erst Mitte März statt.

Die Marine und ihre Arbeiter.

Während auf den Reichswerken die Zahl der Arbeiter nicht unwesentlich vermindert worden ist, soll nach dem Vorschlag der Verwaltung das technische Personal erheblich ver-

meist werden. Die Budgetkommission strich von der geforderten Zahl der Baumeister 4 und von der der Werkmeister 3.

Die Regierung will den bei Prüfungen anderer Beamten tätigen höheren Baubeamteten besondere Zuwendungen machen; da diese Beamten aber während der Zeit dieser Prüfungen doch ihren anderen Dienst nicht verlassen, so kommt das auf eine verschleierte Erhöhung des Gehalts hinaus. Die Kommission lehnte die Forderung einstimmig ab.

Die Marineverwaltung will zur Bearbeitung des aus ihren Betrieben erwachsenden arbeiterstatistischen Materials einen Gewerberat anstellen; Abg. Erzberger begrüßte diese Einrichtung und beantragte, daß dieser Beamte alljährlich einen Bericht über die Arbeiterverhältnisse auf den Werften dem Reichstag vorlegen solle. Abg. Dr. Leonhart wünschte, daß der Gewerberat nicht dem jeweiligen Oberwerksdirektor subordiniert werde, weil er sonst doch nichts ausrichten werde. Die Verwaltung legte dar, daß der Gewerberat zunächst in Berlin seinen Wohnsitz haben, um der Zentrale durch sachkundigen Rat beizustehen und um, ausgerüstet mit der Autorität der Zentralbehörde, überall eingreifen zu können. Die Vorlage wurde bewilligt.

Bei dem Etat für den allgemeinen Werftbetrieb tadelte Abg. Erzberger, daß die kaiserlichen Werften in Zukunft nur noch zu Reparaturen verwendet werden sollen. Wenn Arbeiter entlassen würden, dann solle man doch nicht gerade die langbeschäftigten, sondern die jüngeren Kräfte zuerst auswählen. Wie es mit Versuchen über das in englischen Werften angewendete System der Arbeiterprämien stehe? Der Staatssekretär gab zu bedenken, daß eine Entlassung von 400 Arbeitern auf die Gesamtzahl von 19 000 sich manchmal beim besten Willen nicht vermeiden lasse. Die älteren Leute seien auf sein direktes Eingreifen wieder eingestellt worden, nachdem vorübergehend der Arbeitsstand eingeführt worden war. Die Reichswerften müßten sich für den Kriegsfall gerade auf rasche Reparaturen einüben. Aber daneben würde auch ein gewisses Maß von Neubauten immer absolviert. Geheimrat Harms verbreitete sich ausführlich über die auf den Werften gebräuchlichen Lohnsysteme. In einer Werftstadt zu Wilhelmshaven sind Versuche mit einem modifizierten Prämienlohnssystem gemacht worden. Die Arbeiter hätten sich damit befreundet, da das Semesterdrücken der Afforde dadurch vermieden würde. Abg. Dr. Leonhart beklagte, daß oft über Bedarf Arbeiter auf den Werften eingestellt würden. Ein weitgehender Nepotismus machte tüchtigen Leuten das Vorkommen sehr schwer. Die ganze Arbeiterwohlfahrt der kaiserlichen Werft basiere finanziell auf dem Bierüberschuß; die Einfuhr von Bier sei streng verboten, der Konsum im Inneren werde aber gefördert; mindestens 1000 Liter würden täglich in Regie ausgegeben. Das aus dem Gelde erhaltene „Arbeitererholungsheim“ werde gar nicht von Arbeitern besucht. Das Unterstützungsweisen sei auch nicht einwandfrei.

Abg. Schöppflin wandte sich gegen die „Anregung“ des Prämienlohnsystems, das korrumpierend und demoralisierend wirke, zumal auf Staatswerften, wo starke Protektionswirtschaft herrsche. Das System der Ueberwachung führe dort zur Beschränkung der Arbeitsintensität. Ueber das Prämienlohnssystem solle man erst einmal die Arbeiterorganisation fragen. Abg. Weber wies darauf hin, daß die Notwendigkeit und Möglichkeit des Schiffsbaues nicht mehr zu streiten sei; in den englischen Staatswerftstätten sei er schon seit zehn Jahren eingeführt worden und dort sei der Lohn nicht unerheblich höher als bei uns. Zweifellos sei bei uns ein zu großer Verwaltungsapparat vorhanden; dadurch würden die Bauten verteuert. Die Marine solle mit der Verkürzung der Arbeitszeit bahnbrechend vorangehen; aus der Fülle seiner persönlichen Erfahrung gab der Redner eine Reihe von interessanten Details über die Lohnsysteme bekannt. Affordarbeit mit Prämienlohn sei geradezu verwerfend für den Arbeiter — raffiniertes Auspreßsystem. Hinter den sogenannten Wohlfahrtsanstalten stehe zumeist nichts als ein „ganz vorzügliches Geschäft“, wie einst der Industrielle Grad zugestanden habe. Der Staatssekretär wollte nicht auf die prinzipielle Frage der Arbeitszeitverkürzung eingehen, obwohl er nicht verkennen wolle, daß sehr vieles für die Verkürzung spreche. Die Arbeitszeit sei jetzt 9 Stunden 35 Minuten.

Die Vergleichung der Schiffspreise der verschiedenen Nationen sei sehr schwierig, da man nicht genau wisse, was alles zum Schiffsbau gerechnet werde; die deutschen Panzerschiffe würden tatsächlich billiger gebaut, zumal bei uns mehr Panzer und mehr Artillerie für die einzelnen Schiffe verwendet werde. In der Organisation des Werftbetriebes seien wir den Engländern zum Teil überlegen. Abg. Erzberger bemerkte, das Eingreifen des Staatssekretärs zugunsten der älteren Arbeiter sei zu begrüßen, aber es sei doch nicht zu bestreiten, daß die Werftverwaltung zunächst ganz unsozial gehandelt habe. Geheimrat Harms suchte die „Wohlfahrtsanstalten“ in Kiel zu verteidigen und legte dar, daß die Kantine einen energischen Kampf gegen den Schnapskonsum führe, seitdem sie in Regie gehalten wurde. Er selbst habe den Arbeitern Schnapsflaschen vor die Nase geworfen! In vielen Betriebsstellen sei jetzt Kaffee, Kakao und Bonillon zu haben und dadurch sei auch der Bierkonsum zurückgegangen. Freigeben dürfe man die Alkoholeinfuhr auf die Werft nicht wieder. — Man könne nicht von dem Prämienlohn reden, weil es deren viele gibt.

Die Debatte gestaltete sich sodann weiter zu einer allgemeinen Erörterung von sozialpolitischen Fragen. Abg. Südekum und Schöppflin wandten sich nochmals energisch gegen die „Anregung“ des Prämienlohnsystems durch Erzberger und tadelten die Art, wie die Werftverwaltung „antialkoholisch“ zu wirken suche. Herr Harms habe zu seinem rigorosen Auftreten nicht das geringste Recht. Abg. Leonhart deckte auf, daß die Beamten der Werft heimlich nachts anderes Bier auf die Werft schaffen ließen, weil das Regie-Bier ihnen nicht schmecke.

Die Verwaltung wußte auf diese Anklagen nichts zu erwidern. Der Titel wurde bewilligt.

Für das Waffenwesen der Marine werden alljährlich größere Aufwendungen gemacht, die in die Millionen gehen; die Mehrheit der Kommission bewilligte alle diese Forderungen. — Die Schiffsbauten — einmalige Ausgaben — erfordern im kommenden Etatsjahre 70 Millionen Mark; da sich die größeren Raten im Rahmen des Flottengesetzes halten, so wurden sie ohne Diskussion bewilligt; abgelehnt wurden die Forderungen für einige Kanonenboote. Einige hunderttausend Mark wurden auch bei den Forderungen für das Artilleriewesen gestrichen.

Bei der Position für Unterstützung nothleidender Gemeinden regte Dr. Leonhart wiederum die Frage der Kommunal-

besteuerung des Fiskus an. Der Vertreter der Regierung, Direktor Zwele, erklärte, ein Gesetzentwurf darüber sei in Vorbereitung, aber seine Vollendung sei noch gar nicht abzusehen.

Gegen den geplanten Bau einer Kirche in Biel sprach sich der Abg. Leonhart aus; die Mehrheit bewilligte aber den geforderten Betrag und man sprach sich sogar schon zustimmend zum Bau einer dritten Kirche aus.

Der Rest des Marine-Etats wurde ohne erhebliche Änderungen genehmigt.

Die Wertlosigkeit des Religionsunterrichts.

Selbst in den religiösesten und orthodoxesten Gehirnen dümmert jetzt langsam die Erkenntnis auf, daß die heutige Methode, „dem Volke die Religion zu erhalten“, nicht die richtige ist, sondern das Gegenteil der erhofften Wirkung hervorruft. Die „Pädagogische Zeitung“ erbringt dafür einige recht anschauliche Beweise. Ein medlenburgischer Lehrer hat Anfang der achtziger Jahre im vorigen Jahrhundert in einer Anzahl medlenburgischer und zwei preussischer Schulen eine Umfrage darüber veranstaltet, welches Unterrichtsfach den Kindern das liebste sei. Von rund 600 Schülern erklärten sich nur 17 für den Religionsunterricht, und davon waren nur zwei Knaben, die übrigen waren Mädchen. Der Lehrer erkannte durch Nachfragen, daß das Uebermaß des religiösen Memorierstoffes die Ursache für diese Ermüdung war. Nun ist inzwischen der Memorierstoff in Medlenburg ein wenig eingeschränkt worden. Trotzdem war das Resultat einer jetzt, 20 Jahre später, unternommenen Umfrage nicht ermutigender. Eine Umfrage in den drei Oberklassen der Stadtschule in Weisenburg in Medlenburg ergab, daß von 80 Schülern nur 15 die Religion als Lieblingsfach bezeichnen, von 57 Knaben und zehn Mädchen die Religionskunde die liebste war.

Mit Recht bemerkt die „Pädagogische Zeitung“ zu diesen für die Vertreter der weiteren Verwirklichung der Schule geradezu vernichtenden Tatsachen, daß die Angaben aus Medlenburg nicht dadurch abgeschwächt werden könnten, daß man sie auf laxen Religionsunterricht zurückführe. Gerade in Medlenburg herrscht die für Breiten angeordnete Konfessionsschule unumschränkt, dort ist religiöses Rudiment ausgeprägter als anderswo, und zumal der erwähnte Lehrer, der Veranstalter der Rundfrage, ist ein eifriger Vertreter des Religionsunterrichts.

In anderer Weise, aber nicht minder beweiskräftig, rüden die Ergebnisse eines Experiments dem Religionsunterricht zu Leibe, das ein medizinischer Doktorand, Ernst Bodenwaldt, Assistenzarzt im Leibkürassier-Regiment Großer Kurfürst in Breslau, vor kurzem angestellt hat. Bodenwaldt trieb nicht pädagogische oder schulpolitische Gründe zu seinem Versuch, sondern er hatte sich die Aufgabe gestellt, den Wissensbestand bei Geunden festzustellen, um einen Maßstab für die Defizitprüfung bei Geistkranken zu haben. Es sollte also festgestellt werden, wie viel man durchschnittlich an Wissen beim Geunden erwarten dürfe. Um dieses Material zu sammeln, hat der Doktorand bei dem Ertrag des genannten Kürassierregiments Kenntnisprüfungen angestellt. Die Prüfung erstreckte sich auf 174 Rekruten, von denen 77 freiwillig eingetreten und 97 Kantonsisten waren. Es wurden im ganzen 167 Fragen an jeden Soldaten gestellt, und von diesen bezogen sich die Fragen 63 bis 80 auf religiöse und kirchliche Verhältnisse und Personen. Die Fragen lauteten: 63. Welches ist der Unterschied zwischen Katholiken und Evangelischen? 64. Welches ist der Unterschied zwischen Christen und Juden? 65. Wann ist Weihnachten? 66. Wieviel Zeit ist zwischen Weihnachten und Neujahr? 67. Wann ist Silvester? 68. Wann ist Ostern? 69. Wieviel Zeit ist zwischen Ostern und Pfingsten? 70. Warum wird Weihnachten gefeiert? 71. Warum wird Neujahr gefeiert? 72. Warum wird Ostern gefeiert? 73. Warum wird Karfreitag gefeiert? 74. Warum wird Pfingsten gefeiert? 75. Wann hat Christus gelebt? 76. Wer war Dr. Martin Luther? 77. Wann hat Luther gelebt? 78. Was ist der Papst? 79. Wie heißt der Papst? 80. Seit wann ist er Papst?

Der Unterschied zwischen Katholiken und Evangelischen wurde von der großen Mehrheit wie folgt angegeben. Die Evangelischen glauben nur an Jesus Christus, die Katholischen glauben an Maria (33); — sie haben andere Beichte und Abendmahl (21); die Katholischen glauben an Maria, die Mutter Gottes (16); die Katholischen beten Heilige an, die Evangelischen beten zu Gott (12); 7 Sakramente, 3 Sakramente (6); haben anderen Glauben (5); die Evangelischen glauben nicht, daß Maria eine Jungfrau war (4); die Katholischen haben katholischen Glauben, die Evangelischen haben evangelischen Glauben (4); die Katholischen sind noch von Christus her, die Evangelischen von Luther (3); die Evangelischen beten Gott an, die Katholischen nicht (3). Die Zeit des Weihnachtsfestes gaben 15 die des Osterfestes 73 falsch oder gar nicht an. 16 Befragte beantworteten die Frage, warum wird Weihnachten gefeiert? falsch (13) oder gar nicht (3). Auf die Frage: „Warum wird Ostern gefeiert?“ antworteten 49 falsch und 16 nicht. Die Bedeutung des Karfreitages kannten 132, die des Pfingstfestes 81. Die Frage: „Wer war Dr. Martin Luther?“ beantworteten 95 richtig; keine Antwort gaben darauf 41 Katholiken und 38 Evangelische. 18 Katholiken und 29 Evangelische wußten nicht, was der Papst ist. Den Namen des Papstes gaben 66 richtig, 62 falsch und 66 gar nicht an. Von den letzteren waren 39 Katholiken. Ein Katholik antwortete, der Papst heiße Martin Luther.

Selbst die „Pädagogische Zeitung“, die unserer Forderung auf Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule sonst stets die bekannnten verlegenen liberalen Ausreden gegenüberstellt und dem Religionsunterricht das Wort redet, nimmt die mitgeteilten blamablen Tatsachen zum Anlaß, um wenigstens mit Entschiedenheit der Phrase entgegenzutreten, daß die Religion als Unterrichtsgegenstand im Mittelpunkt der Schule stehen und den gesamten Unterricht durchdringen müsse. Das Blatt wird dadurch den vollen Jörn der Geschicklichen und Geschorenen auf sich herabbeschwären, denn diese werden es nie zulassen wollen, daß die Religion als „Sonne“ der Schule entthront und zu einem bescheidenen nebenständlichen Unterrichtsgegenstand „erniedrigt“ wird.

Es ist aber auch nicht mit der liberalen Halbheit, die zwar die Wertlosigkeit des Religionsunterrichts einräumt, sich aber zur konsequenten Forderung der Ausschaltung dieser Ueberflüssigkeit aus dem öffentlichen Schulunterricht nicht aufzulösen kann. Durch solche Unentschiedenheit erreicht man keine Besserung. Hier handelt es sich um eine grundsätzliche Entscheidung, um einen resoluten Bruch mit der herkömmlichen „religiös-sittlichen Basis“ der Volksschule. Solange man anerkennt, daß die Sittlichkeit nur aus der Religion hergeleitet werden kann, noch dazu nur: entweder aus der katholischen oder aus der (orthodox-) protestantischen, solange muß man auch der Religion, also heutzutage den beiden herrschenden Kirchen, ihren Einfluß auf die wichtige Erziehungsanstalt der Volksschule einräumen und viel Platz für Religionsunterricht hergeben. Oder man bricht mit dieser alten aber darum nicht minder falschen Auffassung und erkennt die Sittlichkeit ganz andere Quellen als die Religion zu. — Dann vertritt die Religion sofort ihre bisherige Bedeutung in der Schule, sie sinkt zu einem historischen Begriff herab und wird als solcher im Rahmen des kulturgeschichtlichen Unterrichts zur Behandlung gelangen.

Ueber den Ausfall der Wahl in Hof ist ein Teil unserer Gegner in einen wahren Freudenaumel versetzt worden. Und doch liegt dazu, wie uns aus dem Wahlkreise geschrieben wird, absolut kein Anlaß vor, denn die paar hundert Stimmen, die wir weniger erhielten, lassen keineswegs einen Schlag darauf zu, daß unsere Partei in diesem Kreise in rückläufiger Bewegung sich befinde. Im Jahre 1903 stand die Sache so, daß aus den Reihen der Nationalliberalen heraus gegen Münch-Ferber, wegen dessen Haltung in der Zolltarif-Kommission eine Agitation entfaltet worden ist. In einer großen Spinnerei hatte man Plakate angeschlagen

des Inhalts: Münch-Ferber zu wählen wird nicht gewünscht. Gleichzeitig gelangten Stimmzettel zur Verbreitung die auf Stücken lauteten. Das Resultat war damals: Stücken 10 678, Münch-Ferber 7573, Dr. Goller (fr. Sp.) 4163 Stimmen. Dem Dr. Goller war versprochen worden, daß bei einer künftigen Wahl er aufgestellt werden solle und für dieses Versprechen agitierte er dann für Münch-Ferber mit dem Erfolg, daß der Freisinn ohne Ausnahme nationalliberal wählte. Wir brachten an eigenen Reserven noch 1000 Wähler an die Urne, unterlagen aber mit 300 Stimmen. Gleich nach der Wahl kam die Einigung zwischen dem Freisinn und den Nationalliberalen zu Stande, welche Einigung in der Schaffung einer gemeinsamen Organisation ihren sichtbaren Ausdruck fand. So stand diesmal also der gemeinsame und mittlerweile nationalliberal gewordene Kandidat der vereinigten Liberalen uns gegenüber. Damit war eine total veränderte Situation geschaffen. Die Liberalen hatten bereits vor Wochen einen eingehenden Schieberdienst organisiert, der Pfarrer und der Lehrer sind die berufenen Vertrauensleute, und so kann man getrost behaupten werden, daß ihre Reserven so ziemlich erschöpft sind. Anders steht es bei uns. Viele Wähler im Kreise wissen nicht anders, als daß es ohne Stichwahl nicht gehen kann, sie wählen, fast man man sagen prinzipiell erst in der Stichwahl. Das war stets so und diesmal wohl noch mehr, weil bei den gewaltigen Säneemassen, die im Frankenthal und an der böhmischen Grenze liegen, es mancher kleine Mann für beschwerlich gefunden haben mag, etwa eine Stunde zu opfern, um nach dem Wohllokal zu gelangen. Das Endresultat ist nach den neuesten Meldungen Goller (Soz.) 10 340, Goller (lib.) 10 010, Meyerger (Bund der Landwirte) 2132 Stimmen. Wir hätten gegen 1906 also 338 Stimmen eingebüßt, so daß unter Berücksichtigung der oben geschilderten Verhältnisse von einem Rückgang absolut keine Rede sein kann. Der Bund der Handwerker entfaltete in den letzten Tagen noch eine lebhafte Agitation für Meyerger und das mag uns auch einige Stimmen gekostet haben, die in der Stichwahl aber dem Großindustriellen Goller kaum zufallen dürften. Die Ordnungsparteien unterstützten bei der Hauptwahl 1903: 12 095 Stimmen, diesmal 12 142, jedoch nicht in Aufschwung, sondern nur eine Verschiebung der bürgerlichen Stimmen zu verzeichnen ist. Die Sache liegt genau so, als wie in Calbe-Aischleben, dort hatten wir noch Reserven und in Hof haben wir sie auch. Gewiß wäre es verfehlt, auf einen Sieg schwören zu wollen, aber ausgeschlossen ist es bei der ganzen Struktur des Kreises nicht, daß uns die Stichwahl doch noch den Sieg bringen kann. Auf jeden Fall sind unsere Hofer Genossen bereits eifrig an der Arbeit, um den Kampf zu einem für die Sozialdemokratie ehrenvollen Austrag zu bringen.

Nach einer Mitteilung des „Fränk. Courier“ hat der Bund der Landwirte im Wahlkreise Hof eine Erklärung abgegeben, den Liberalen Kandidaten in der Stichwahl zu unterstützen.

Die Stichwahl ist auf den 23. Februar festgesetzt. —

Militärisches Beschwerdewesen. Der jetzt dem Reichstage vorliegende Geschäftsbericht des Reichs-Militärgerichts für 1904 gibt einen interessanten Einblick in die Militärgerichtsbarkeit. Wie oft der Soldat mit einer Beschwerde bis zum höchsten Militärgericht geht, zeigt die Uebersicht der Rechtsbeschwerden. Von den 600 000 aktiven Militärpersonen sind mit einer Beschwerde bis zur obersten Instanz gegangen 45 (sage und schreibe fünfhundvierzig!) Davon haben recht bekommen ganze zwei Mann, 35 wurden abgewiesen, drei blieben ohne Entscheidung, fünf blieben liegen. Wenn ein Soldat bis zur letzten Instanz geht, so dürfte er von seinem Rechte durchdrungen sein, sonst beschwert er sich überhaupt nicht, was jetzt Gebrauch zu werden scheint. Von diesen 45 „Dicksöpfen“ (so werden sie beim Kommissar genannt) erhalten zwei recht.

Es gibt auch milde Kriegsdrichter.

Aus Ulm wird vom 14. Februar berichtet: Am 19. Januar befahl der Unteroffizier Marx von der 4. Eskadron des hiesigen Ulanen-Regiments dem Rekruten Birnbaum, dem er Schießunterweisung zu erteilen hatte, auf den Ulanen Gabler der 1. Eskadron zu schießen. Dieser führte den wiederholt gegebenen Befehl aus und verlegte seinen Kameraden schwer an der Schulter. Heute hatte sich das Kriegsgericht der 27. Division mit dem Vorfall zu beschäftigen. Aus der Verhandlung ist folgendes mitzuteilen: Am fraglichen Tage hatte Birnbaum das erste Mal mit Zielmunition im Kadernhofe zu schießen. Ueber die Wirkung des Schusses war er bisher nicht aufgeklärt worden. Als er den zweiten Schuß abgeben wollte, kam Gabler aus einem Stallgebäude feilsch der Heischeibe und war etwa zehn Schritte von derselben entfernt. Unteroffizier Marx rief ihm zu, er solle fortgehen, sonst bekomme er einen Schuß in den ... Dieser Jura wurde von Marx noch einmal wiederholt. Als Gabler, der heute unter Eid angetreten, er habe nichts davon gehört, trotzdem dort stehen blieb, sagte Marx zu Birnbaum: „Schieß doch mal auf ihn!“ Birnbaum runzte und blieb ruhig stehen. Darauf sagte Marx noch einmal und zwar in befehlendem Tone: „Schieß auf ihn!“ Als Birnbaum dann seinen mit scharfen Patronen geladenen Karabiner erhob, stieß Marx gerade in dem Moment, als er losdrückte, derart an seinen Arm, daß der Lauf direkt auf Gabler gerichtet war. Dieser wurde an der Schulter derart schwer getroffen, daß die Muskulatur durchbohrt wurde und die Kugel so tief eindrang, daß sie erst nach zehn Tagen entfernt werden konnte. Die Wunde heilte aber schnell und gut. Birnbaum gab an, er sei der Ansicht gewesen, wenn sein Unteroffizier ihm zweimal den Befehl erteile zu schießen, könne eine Gefahr für Gabler damit nicht verbunden sein, zumal er etwa 10 Meter von demselben entfernt gestanden habe. Der Unteroffizier erklärte, er habe nur die Absicht gehabt, Gabler einzuschüchtern; daß Birnbaum losdrücken würde, habe er nicht geglaubt. Der Anklagevertreter beantragte gegen Birnbaum eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten und gegen Marx, dessen Verhalten er als „bodenlosen Unfug, der einem alten Unteroffizier doch nicht passieren sollte“, bezeichnete, eine solche von sechs Monaten. Der militärische Verteidiger plädierte für eine mildere Auffassung und wies namentlich darauf hin, daß Marx, der im Regiment geradezu eine Vertrauensstellung einnehme, unbedingt in einem momentanen Affekt gehandelt haben müsse. Das Gericht sprach Birnbaum frei und erkannte gegen Marx auf 45 Tage Gefängnis. Zu seinen Gunsten wurde die gute militärische Führung, seine Erklärung, er habe Gabler nicht verletzen wollen, und die schnelle Heilung der Wunde, zu seinen Ungunsten aber die große Gefahr in Verächtlichkeit gezogen, in der Gabler lagte. Aus diesen Gründen sei eine Strafe, die das gesetzliche Minimum nur gering überschreite, für angebracht angesehen worden. —

München, 16. Februar. Der praktische und Sanitätsarzt Dr. Sigmund Lachmann in Berlin erbob im vorigen Jahre gegen das Verhalten des Kriegsministers v. Einem im Reichstage Beschwerde bei dem Bezirks-Kommando Berlin, weil antisemitische Abschwärze bei der Beratung des Militär-Etats am 7. März v. J. gegen die jüdischen Soldaten und Veteranen die schwersten Angriffe richteten, sie der Kriegsunfähigkeit, Feigheit und Unlust im Heeresdienste bezüchtigen konnten, ohne daß diese Angriffe von dem berufenen Vertreter der Armee, dem Kriegsminister, zurückgewiesen worden wären. Dr. Lachmann erbob gegen ein derartiges Verhalten des Kriegsministers Protest und schloß seine Beschwerde mit folgenden Worten: „Trotzdem ich fast 18 Jahre dem Heere altes und in der Vaterlande angezweifelt werden konnte, ist das Verhalten des Kriegsministers Grund dafür gewesen, jetzt meinen Abschied zu erbiten.“ Die antisemitische Presse verfaß diese Erklärung mit allerley Blossen. Besonders ein antisemitisches „Wig“-Blatt in München nahm den Mund besonders voll und machte sich über den „Mut“ und die „Vaterlandsliebe“ der jüdischen Soldaten, Offiziere und Stabsärzte lustig und sprach seine Verfriedigung darüber aus, daß die „gekranke löcherige Lebertrockenheit“ zum Klagen kam. Zum Schluß hieß es: „Ein jüdischer Beschling weniger in der Armee: das erzeugt in jeder echten deutschen Brust ein freudigeres Bewußtsein, als wenn es heißen würde, daß ein jüdischer Stabsarzt mehr das deutsche Heer verhandelt.“ Dr. E. Lachmann stellte gegen den verantwortlichen Redakteur We-

Ausland.

Die französischen Kolonialbestien.

Dem Beamten der Kongoverwaltung Loque und seinen Amtsgenossen Broche und Gaud werden neue Schandthaten zur Last gelegt. Loque hatte eines Tages, um die Durchschlagkraft eines neuen Gewehres zu erproben, vier Regierhinterenander aufgestellt und nach ihnen geschossen; er habe mit Genugtuung festgestellt, daß die Kugel allen vier die Brust durchbohrt und sie getötet habe. Ein andermal habe ein anderer Beamter sich überzeugen wollen, ob er den Säbel gefickt habe; er ließ eine Anzahl Regier vordringen und schlug ihnen den Kopf ab, bis sein Arm ermüdete. Von Gaud wird erzählt, er habe Regiergrube ausgekost und die Brüste der Regier vorgekost, er habe 58 Weiber und Kinder einsperren und im Gefängnis verhungern lassen um. Die Politik bemächtigt sich bereits dieser traurigen Angelegenheit. Mehrere Blätter weisen darauf hin, daß Loque ein Jögling der Schulbrüder sei, die ihn ausgebildet und zu seinem Amt empfohlen hätten.

Andererseits wird gemeldet, daß der Verwalter der französischen Konfessionierten Gesellschaft in Limboko (Ubanghi) Dubois, der zurzeit in Frankreich weilt, erzählt, Loques Stellvertreter Gaud, ein ehemaliger Apotheker, sei der eigentliche Erfinder aller Greuelthaten gewesen. Sein tägliches Vergnügen war, den Schwarzen den Ausguss aus seinem Laboratorium als Suppe zu verabreichen. Auch ein europäischer Soldat wurde gezwungen, dieses abscheuliche Gemisch zu trinken. Die wegen Vergehen eingesperrten Regier wurden unerhörten Martern ausgesetzt. Einem kündigte Gaud an: „Du bist frei!“, er hatte kaum zehn Schritte gemacht, als ihn Gauds Revolverkugel niederstreckte.

Was bedeuten solche Schandthaten der weißen Bestien gegenüber die weitendsten Missethate der zur Nothwehr greifenden Schwarzen!

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 17. Februar. Die erste Sitzung des neuen Abgeordnetenhauses wird vom Alterspräsidenten Madarasz eröffnet. Apponyi und Kossuth werden beim Erscheinen von den Mitgliedern der isolierten Opposition förmlich begrüßt. Der Alterspräsident erklärt, der Beschluß des früheren Reichstages bezüglich der Hausordnung sei ungeschicklich. Er werde gemäß der alten Hausordnung die Beratungen leiten. —

Einem Wahlsieg in Ungarn

meldele dieser Tage einige Parteiblätter. Es hieß dort, daß nach großem Kampfe der erste Sozialdemokrat als Reichstags-Abgeordneter in Ungarn im Szegediner Bezirk gewählt worden sei; auch das „Vollstimmige Telegramm-Bureau“ berichtete von diesem Wahlsiege und nannte auch den Namen des „ersten sozialistischen Abgeordneten“, nämlich Wilhelm Mezosi. Diese Nachricht war eine Fälschung. Man höre, was die „Vollstimme“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Ungarns, über diesen Mezosi sagt: „Der Sozialist Wilhelm Mezosi, dem kürzlich Franz Kossuth das Zeugnis ausstellte, daß er ein tüchtiger Patriot ist, widmet die letzte Nummer seines Blattes ganz der Glorifizierung seiner Person.“ Welcher Art der von Mezosi vertretene Sozialismus ist, geht deutlich hervor aus einem Briefe, den ein evangelisch-reformierter Dechant an ihn richtete und den er (Mezosi) in seinem Blatte veröffentlichte, um damit Propaganda für seine Wahl zu machen. In diesem Briefe gratuliert der Dechant Mezosi für die bisherigen Erfolge und schreibt, daß er sich als treuer Sohn dieser Heimat, sowie als Geistlicher seiner Kirche freue, daß „Sie geliebter Genosse unter die Landesväter (Abgeordneten) kommen und Zeugnis davon ablegen, daß die neuorganisierte sozialdemokratische Partei nicht identisch ist mit jenem Sozialismus, der nur eine gewissenlose Selbstsucht, eine bodenlose Laune und ein veräußertes Gewissen hat.“ „Wenn es jemand geben würde, der aus Unwissenheit oder aus Verleumdungssucht Sie meinen geliebten Genossen damit beschuldigen möchte, daß Sie die mächtige Bewegung, an deren Spitze Sie sich stellen, gegen die Religion oder das Vaterland richten, den senden Sie nur zu mir, ich werde ihn mit der Kraft der Beweise taufen und darüber aufklären, daß wie alle, die treu zu unserem Vaterlande und zu unserer Religion stehen, Ihnen bisher schon viel, sehr viel zu danken haben.“ Die „Vollstimme“ bemerkt hierzu: „So wird aus dem Sozialdemokraten ein guter und religiöser Patriot, der berufen ist, eine „geschichtliche“ Rolle in Ungarn zu spielen. Solche patriotische und religiöse Volksbetörer hat man überall aufzutreiben gesehen, diese waren aber stets nur Eintagsfliegen.“ —

Schweiz.

Die politische Polizei in tausend Klagen.

Zürich, 9. Februar. (Fig. Ver.) Seit einem Monat steht beständig auf der Tagesordnung des Züricher Kantonsrates der Bericht der bezüglichen kantonsrätlichen Kommission über die politische Polizei, allein er ist bisher noch immer nicht behandelt worden, trotzdem er bereits seit Anfang November 1904 im Druck vorliegt. Einmal hatte der Kantonsrat infolge der Budgetberatung keine Zeit dazu, in den letzten Sitzungen fehlte aber der kantonale Justiz- und Polizeidirektor Regierungsrat Doktor Stössel, der angeblich in Bern viel wichtigeren Sachen zu erledigen hatte. Zweifellos ist es aber die Furcht vor den Enthüllungen unserer Genossen Greulich und Lang über die Untertate der politischen Polizei, die zu fortwährender Hinausschiebung und Verschleppung ihrer Behandlung im Kantonsrat veranlaßt. So begreift man auch erst recht den Kerger des eidgenössischen Justiz- und Polizeidirektors, Bundesrat Vrenner, und der bürgerlichen Presse, daß sich unser Genosse Greulich in der letzten Dezemberession des Kantonsrates nicht dazu verlorien ließ, sein Material vorgelegt der kompakten bürgerlichen Majorität dieses Parlamentes erfolglos preiszugeben und dann im Züricher Kantonsrat waffenlos zu sein. Und weil er nicht in die Falle der geriebenen Politiker ging, warfen sie Greulich vor, daß er „ausweiche“. Der Fall erinnert an die fauern Trauben des Reinede Fuchs.

Die Haltung des Polizeichefs Dr. Stössel aber erinnert an Heinrich Heines „Rathwintels Schredenstage“:

Vertraut einem Magistrat,
Der fromm und liebend schätzt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Sucht ziemt es, stets das Maul zu halten.

Auf der Tagesordnung der am 20. Februar stattfindenden Kantonsrats-Sitzung steht als erster von 18 Punkten abermals der Kommissionsbericht über die politische Polizei. Ob er nun endlich behandelt werden wird?

Inzwischen fand die Gerichtsverhandlung gegen den entlassenen Polizeihauptmann Dr. Rappold statt, die aber für ihn sehr gnädig verlief. Er wurde von der Anklage des falschen Zeugnisses freigesprochen und nur wegen „fahrlässiger“ Amtspflichtverletzung zu einer Geldstrafe von 100 Fr. und zur Tragung der Prozeßkosten verurteilt. Ein wirklich überraschend gnädiges Urteil. Gegen Sozialdemokraten verfährt dasselbe Züricher Bezirksgericht in der Regel schnellig und drakonisch. —

Verfammlungen.

Zweiter Wahlkreis. In der öffentlichen Versammlung, die am Dienstag im Saale von Habels Brauerei, Ausschank stattfand, hielt Genosse Fülle einen Vortrag über: „Die politische Lage“. Der Redner schilderte in ihren Grundzügen die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Ereignisse in Preußen und im Reich, besonders das Verhalten der Regierung zum Bergarbeiterstreik, ihre Blamage mit der Annahmeverträge und im Anschluß daran den Erfolg, den die Junker mit den sozialdemokratischen Handelsverträgen davongetragen haben. Mit scharfen Worten verurteilte der Redner die schamlose Ausbeutungspolitik und forderte zum Schluß zu eifriger und unermüdlicher Agitations- und Aufklärungsarbeit auf. Der Vortrag fand sehr lebhaften Beifall. In der kurzen Diskussion sprachen im Sinne des Referats die Genossen A. H. W. und Schneider, die beide ebenso wie der Vortragende der Versammlung zum Eintritt in den Wahlverein aufforderten. Um hierzu den unorganisierten Gelegenheiten zu geben, wurde eine Pause beschloffen.

Unter verschiedenen wurde von einigen Rednern darüber Beschwerde erhoben, daß der „Vorwärts“ die blutigen Petersburger Ereignisse vom 22. Januar seinen Lesern nicht sofort durch Extrablätter bekannt gegeben hat. Dagegen wurde von anderen Rednern bemerkt, daß es nicht Sache des „Vorwärts“ sei, mit gewissen anderen Blättern im Herausgeben von Extrablättern zu wetzeln, und daß für Beschwerden gegen das Zentralorgan die Prekominmission da sei. Nach Schluß der Versammlung wurde eine Zellerammlung für die Bergarbeiter veranstaltet.

In der öffentlichen Versammlung für den zweiten Berliner Wahlkreis, welche am 14. Februar im „Alten Bürgergarten“ in der Lindenstr. 105 tagte, referierte Genosse Dr. Alfred Bernstein unter großem Beifall über „Die weltpolitische Lage“. In der dem Vortrag folgenden Debatte wurde von verschiedenen Seiten zur Agitation und zur Stärkung der Organisationen, der politischen und gewerkschaftlichen, ermuntert. Genossin Ottilie Waader ermahnte die in der Versammlung überwiegenden Männer, auch unter den ihnen nahestehenden Frauen zu wirken und dafür zu sorgen, daß die erwerbstätigen Frauen sich der gewerkschaftlichen Organisation ihres Berufes anschließen, sowie daß auch der Bildungsbereich der Frauen Zuwachs erhalte. Weiter trat Rednerin für die Verbreitung der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Gleichheit“ ein.

Im „Vorwärts“ erinnerte der Vertrauensmann Genosse Schneider daran, daß im 8. und 10. Kommunal-Wahlbezirk dieses Jahr Stadtverordneten-Wahlen seien. Schon jetzt müsse mit den Vorarbeiten der Wahlagitation begonnen werden. Seit der im Februar vergangenen Jahres durchgeführten Reorganisation im zweiten Wahlkreis habe man erhebliche Fortschritte gemacht. Der Wahlverein habe 1200 Mitglieder neu gewonnen seitdem. Er bitte indessen, darauf hinzuwirken, daß die Fluktuation der Bezirksführer nicht so überhand nehme, wie im letzten Jahre. — Dr. Bernstein fennzeichnete die sozialpolitische Rückständigkeit des Freisinn als Beispiel aus der Berliner städtischen Verwaltung, indem er speziell der allgemeinen Krankenhäuser und der mangelhaften Einrichtungen zur Unterbringung von Geschlechtskranken gedachte. An der Hand konkreter Fälle stellte er gegenüber den Beschönigungsberichten des Magistrats und der Freisinnshelden im Stadtparlament fest, daß an Tagen, wo der Magistrat über 100 freie Betten in städtischen Krankenhäusern „sanitärer“, verschiedenen Personen „wegen Plasmangeles“ in denselben Krankenhäusern die Aufnahme verweigert worden sei.

Der Wahlverein des dritten Kreises hielt am Dienstag im Feuersteins Festsaal eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Registrator Stripp über „Die deutschen Landstreicher“ sprach. Der Referent gab ein Bild von der elenden Lage der Unterden der Landstraße, die sich aus allen Schichten der Gesellschaft rekrutieren. Ist es doch schon vorgekommen, daß sich gekrönte Häupter darunter befanden. Es sei durchaus falsch, anzunehmen, daß die „Vagabonden“ absolut verloren seien. Es befänden sich darunter Leute aus solchem Material, woraus unsere Keertruppen geschaffen seien. Die bürgerliche Gesellschaft tut wenig oder gar nichts zur Linderung des Landstrahen-Übels. Die Verpflegungsinstitutionen und andere „humanitäre“ Einrichtungen versuchen es selbst vielfach, noch aus der Kollage der Kernsten Nutzen zu ziehen. Der Staat mit seinen Arbeitsbürokraten, die Kommunen mit den Arbeiterkolonien und Wälen sind erfüllt von mittelalterlichem Geiste und dementsprechend sind auch ihre Maßregeln zur Bekämpfung der Vagabondage. Der Vagabond ist nach der herrschenden Meinung vogelfrei. — Der Redner gelangte am Schluß seines Vortrages zu dem Ergebnis, daß nur mit der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Vagabondenwesen ein Ende nehmen werde. In der Diskussion machte Genosse Dittmer dem Referenten den Vorwurf der Einseitigkeit. Er selbst habe das Landstrahenleben am eigenen Leibe gespürt. Der Referent habe die Maßregeln, die die Gewerkschaften zur Verpflegung der Wandernden ergriffen haben, ganz unberücksichtigt gelassen. Schluß der gutbesuchten Versammlung nach lebhafter Diskussion um 11,12 Uhr.

Eine gut besuchte Versammlung des Verbandes der Schneider beschäftigte sich in ihrem ersten Teile mit den Verhältnissen in den Berliner Maß- und den sogenannten Maßkonfektions-Geschäften. Bei dieser Gelegenheit kam auch das Inseratenwesen der Arbeiterpresse zur Sprache. Allgemeine Empörung rief das Inserat der Firma Baer Sohn im „Vorwärts“ hervor, welche ein Preisanschreiben für beste Näharbeit veranstaltete, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Da am letzten Ende bei dieser Form der Reklame die in Frage kommende Arbeiterschaft die dapierte ist, wurde beschloffen, bei der Prekominmission des „Vorwärts“ gegen die Aufnahme des Inserates Beschwerde zu erheben. In den weiteren Punkten der Tagesordnung wurde beschloffen, daß der bisherige Beitragsamtler Anoop in Verfolg des Beschlusses des letzten Verbandstages, wonach Geldmittel für die Agitation in der Damenkonfektion zur Verfügung gestellt werden sollen, in Zukunft die Agitation in dieser Branche zu übernehmen hat. Ferner gelangte ein Antrag der Ortsverwaltung und der Kommissionen der einzelnen Branchen zur Annahme, wonach das bisher am Ort neben der „Nachzeitung“ erscheinende Lokalblatt mit der Nr. 12 am 25. März d. J. zu existieren aufhört. Zum Mitglied der Prekominmission für die „Nachzeitung“ wurde an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Stoboh Hanisch gewählt. Zum Schluß ersuchte Ritter die anwesenden Heimarbeiter, die Zahlung von Beiträgen zur Handwerkerkammer zu verweigern, da sie nicht selbständige Betriebsinhaber sind. Der Berliner Magistrat bezw. die Gewerbe-Deputation soll hierdurch einmal gezwungen werden, eine richtige Klarstellung des Begriffes Heimarbeiter herbeizuführen.

Genosse Albert Ushed sendet und folgende Zuschrift: In der Nr. 35 des „Vorwärts“ vom 10. Februar bringen Sie einen Bericht über die letzte Versammlung des Arbeitervertretervereins. Da die hierin wiedergegebenen Ausführungen der Genossen Warst, Ahrens, Vorchard und Simanowski geeignet sind, meine Verlon gegenüber der Deffentlichkeit in Rikhtreit zu bringen, so gestatten Sie mir wohl gütig, einige Richtigstellungen zu dem Bericht machen zu dürfen. Es ist unrichtig, daß das Beschwerdematerial, welches die Hausdiener aus Beilich dem Ausschuss unterbreitet hatten, sich als so „unhaltbar“ herausgestellt habe, daß man es nicht verzeihen konnte. An der Hand von altenmännigen Belägen habe ich in der Versammlung konstatiert, daß das Beschwerdematerial, welches der Verband der Transport- und Verlehrsarbeiter bereits im September 1908 dem Vorstande der Landes-Versicherungsanstalt unterbreitete, durchaus den Tatsachen entspricht. Daß auch die für uns in Betracht kommenden Vertreter des Ausschusses von der Wichtigkeit der vorhandenen Beschwerden der Hausdiener überzeugt waren, beweist folgendes: Nachdem der Vorsitzende Herr Dr. Freund seinerzeit eine Verhandlung zwoed

Regelung der Wünsche und Beschwerden mit unserem Verbande abgelehnt hatte, haben die in Frage kommenden Mitglieder des Ausschusses wiederholt in Besprechungen sowohl, als auch in Versammlungen des Arbeitervertretervereins zugegeben, daß es richtig sei, daß sich die Oberinnen, denen die Hausdiener unterstellt sind, eines gewissen Antreibens befleißigen, daß die Hausdiener von jedem in der Anstalt, wie der Knecht auf dem Lande, mit Vornamen angeredet werden, daß der Lohn, der ursprünglich 65 M. neben freier Station pro Monat betrug, später für Neueintretende auf 50 M. herabgesetzt wurde, daß ferner bei Neuanstellungen keine Hausdiener mehr von Berlin, sondern Leute von den umliegenden Dörfern genommen wurden, daß auch die Urlaubverteilung im Sommer einer Regelung dringend bedürftig war, daß ungerechte Entlassungen vorgekommen sind, und daß schließlich der Beschwerdeweg für die Einzelnen beim Oberinspektor resp. bei der Betriebsverwaltung ungeeignet sei, und daher der Wunsch der gesamten unteren Dienststufen, Schaffung eines Arbeiterausschusses, anerkannt werden müsse.

Daß die Vertreter des Ausschusses der Landesversicherung-Anstalt diese Beschwerden für durchaus haltbar anerkannten, geht ferner aus der Tatsache hervor, daß dieselben bei der Etatsberatung für das Jahr 1904 in Form einer Resolution den Vorstand ersuchten, eine Regelung des Arbeitsverhältnisses der Bäcker und Hausdiener dahin vorzunehmen, daß beide Kategorien im Sommer einen Urlaub von 14 Tagen bewilligt bekommen, den Lohn für Bäcker im Anfang auf 70 M., nach 6 Monaten auf 80 M., für Hausdiener im Anfang auf 60 M., nach 6 Monaten auf 65 M. festgelegt wird, das ferner für das Personal eine Beschwerdelommission bestehen soll mit der Befugnis, die Wünsche und Beschwerden desselben mit der Betriebsverwaltung zu regeln. Der letzte Wunsch ist den Angestellten bis heute noch nicht genehmigt worden.

Für ungerecht muß ich es bezeichnen, daß die Redner des Ausschusses in der Versammlung Anlaß nahmen, auf Grund einiger unrichtigen Angaben, die unser Vertrauensmann in seinem letzten Bericht gemacht hatte, und zu der er gekommen war, weil er in dieser Beziehung selbst von einigen Hausdienern dapiert worden ist, zu sagen, die ganzen Beschwerden der Hausdiener seien unhaltbar und gegenstandslos gewesen. Ungerecht noch um dessentwegen, da unser Vertrauensmann schon vor mehreren Wochen in einer Besprechung der Vertreter des Ausschusses, zu der ihn unser Verband auf telegraphischem Wege herbeigeführt hatte, den gemachten Fehler lebhaft bedauert und sich deshalb entschuldigt hatte. Etwas Deutlicher kann aber dem besten und gewissenhaftesten Arbeitervertreter passieren.

Weider wurde durch einen mit zweifelhafter Majorität gefaßten Beschluß verhindert, die hier gemachten Richtigstellungen in der Versammlung machen zu können.

Die Tötung des Großfürsten Sergius.

Petersburg, 17. Februar. (B. S.) Die Nachricht von dem Attentat rief ungeheure Erregung hervor. Generalgouverneur Trepow ließ sofort Hausdurchsuchungen bei Studenten vornehmen. Der Großfürst Sergius hat seit langer Zeit Drohbrieve erhalten. Bei den Verhaftungen wurde ein Student, in welchem man einen Urheber des Attentates vermutete, von den Polizisten schwer mißhandelt.

Moskau, 17. Februar. (B. S. B.) Die Großfürstin Sergius befand sich in dem Augenblick, als der Anschlag auf ihren Gemahl ausgeübt wurde, in ihrem Arbeitszimmer im Kremlin und war mit der Herstellung von Liebesgaben für die Opfer des Krieges beschäftigt. Die Equipage war bereits vorgefahren, weil die Großfürstin nach dem Hause des Generalgouverneurs fahren wollte, um mit ihrem Gemahl, der sich ebenfalls dorthin hatte begeben wollen, zusammenzutreffen. — Gleich nach der Explosion bemerkte ein Polizeibeamter einen Menschen, der floh, und es gelang ihm, diesen Menschen, obgleich derselbe mit einem Revolver bewaffnet war, zu verhaften. Der Verhaftete, der vielfache durch Splitter der Bombe verursachte Verletzungen hatte, leugnete nicht, der Mörder zu sein, und gab selbst zu, daß er den Revolver bei sich führe, um auf jeden zu schießen, der ihm in den Weg treten würde. Er gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Großfürstin nicht mit ihrem Gemahl gewesen sei und weigerte sich, Namen und Stand anzugeben. Er erklärte weiter, daß er Mitglied der Revolutionären sozialistischen Partei sei. — Der Kopf des Großfürsten Sergius war vollständig zerschmettert und nur Teilchen des Gehirns waren auf dem Pflaster zu finden; sie wurden von einer Frau gesammelt und dem Polizeikommissar übergeben. Ein Polizeibeamter hob die Briefstasche des Großfürsten auf, in der sich Geld und mehrere Briefe befanden. Im Besitze des Mörders wurde ein Portemonnaie mit ungefähre zehn Rubeln Geld gefunden. — Um 4 Uhr nachmittags wurde in Gegenwart der Großfürstin Sergius und aller Militär- und Zivilbehörden der erste Trauergottesdienst abgehalten, dem um 8 Uhr abends ein zweiter folgte. — Durch die Explosion wurden 64 Fenster des Justizpalastes zertrümmert. — Die Tat hat in Moskau niederschmetternden Eindruck gemacht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 17. Februar. Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Tschifu vom 17. d. M. telegraphiert: Heute sind hier zwei chinesische Dschunkenführer verhaftet worden, die eingestanden haben, den deutschen und den französischen Marineattaché in Port Arthur v. Silgenheim und de Cuverville über Bord geworfen zu haben.

Strasburg, 17. Februar. (B. S. B.) Der hiesige Gemeinderat hat heute für die kaisertödtenden Familien der Bergarbeiter im Ruheverier 5000 M. bewilligt.

London, 17. Februar. (B. S. B.) Ein Änderungsantrag zur Adresse, in dem beflagt wird, daß die Regierung Versicherungen nicht eingekalten habe, die bezüglich der Heranziehung chinesischer Arbeiter in Transvaal gemacht seien, wird mit 275 gegen 214 Stimmen abgelehnt.

Petersburg, 17. Februar. (B. S. B.) General Griepenberg ist heute vom Kaiser empfangen worden. — 28 000 Arbeiter, die acht großen Fabriken angehören, sind heute in Ausstand getreten.

Petersburg, 17. Februar. Die Frauen Moskaus richten an die Kaiserin Alexandra eine Adresse mit vielen Unterschriften, in welcher die Kaiserin gebeten wird, dem Kaiser die Notwendigkeit vorzustellen, Rußland aus seinem Anstand zu retten.

Petersburg, 17. Februar. (B. S. B.) Oesterreich-Ungarn hat seinen Handelsvertrag mit Rußland gekündigt. **Bukarest, 17. Februar.** (B. S. B.) Das Wahlergebnis aus dem zweiten Wahlkollegium für die Deputiertenkammer ist folgendes: Von 70 Mandaten hat die konserervative Partei 63, die vereinigte Opposition 3 erhalten; bei 5 Mandaten ist Stichwahl erforderlich.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 17. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine amtliche Depesche des Marshalls Oyama meldet, daß die Russen gestern japanische Stellungen bei Chaiesapao, Sandanpao, Rentapao und Umgebung bombardierten. Heute früh 5 Uhr stießen japanische Streifmaschinen in der Nähe von Peninshapao auf 100 Mann feindliche Infanterie und schlugen sie zurüd. Der Feind, der seit Mittwoch südwärts vorrückte, zog sich nordwärts nach Linsanfeng, zehn Meilen nordwestlich von Tschitaike zurück.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Japaner im Rücken der Russen.

Sachetum, 16. Februar. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) In der Südost-Mandschurei machten sich in den letzten Tagen Chunghufenbanden, welche Angriffe auf die Bahn beabsichtigten, bemerkbar. In derselben Gegend tauchten japanische Abteilungen auf, welche die Chunghufen organisierten; die Gesamtzahl der Chunghufen und Japaner wird auf 11000 Mann angegeben. Die Japaner scheinen etwa 70 Kilometer nordöstlich von Gungshulin gruppiert zu sein, um gegen die Bahnlinie zu operieren. Gegen die Japaner, die eine Brücke im Norden von Gungshulin überfielen, war von unserer Seite eine Abteilung ausgesandt worden, welche zuerst den Feind schlug, dann aber von zwei Reiterregimentern, vier Infanterie-Kompagnien und einer großen Chunghufenbande umringt mit bedeutenden Verlusten, darunter ein Geschütz, zum Rückzug genötigt wurde. Der Kampf fand etwa 20 Kilometer nordwestlich von Gungshulin statt.

Neuer russischer Vorstoß gegen die japanische linke Flanke.

London, 17. Februar. Der Korrespondent des „Neuerischen Bureau“ bei der Armee-Flus telegraphiert am 15. d. M. über Japan: Es scheint, daß wiederum eine russische Kavallerieabteilung gegen den linken Flügel der Japaner in Tätigkeit getreten ist; Einzelheiten über Stärke der Abteilung und die Bewegungen sind aber nicht bekannt. Der völlige Beschlag der letzten Aktion der russischen Kavallerie läßt hier annehmen, daß auch von dem jetzigen Vorstoß wenig zu befürchten ist. In der Front herrscht Ruhe, das Wetter wird schnell milder, die Schneefälle haben aufgehört.

Huangshan, 17. Februar. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) In der Nacht zum 15. Februar besetzten russische Freiwillige das Dorf Wototschan, das Gehölg und die Schützengräben zu beiden Seiten des Dorfes; die Japaner erlitten bedeutende Verluste, die Russen verloren zwei Tote und zehn Verwundete. Eine andere Abteilung Freiwilliger überfiel die Japaner bei Siaofohan und vertrieb sie daraus; der Verlust der Russen war ein Toter und neun Verwundete. Am 15. Februar war auf der ganzen Front Kanonendonner zu hören.

Gripenberg gegen Kuropatkin.

Petersburg, 17. Februar. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) General Gripenberg traf um Mitternacht hier ein und wurde auf dem Bahnhof vom General Krielow empfangen.

Gripenberg hat auch bereits Berichterstatter sein Herz ausgeschüttet. Er hat sich bitter beklagt über die Zaudertätigkeit Kuropatkins. Bei Sandepu sei ein Erfolg gegen die Japaner möglich gewesen, wenn Kuropatkin ihm, der den Angriff gegen die japanische linke Flanke geleitet habe, die erbettene Unterstützung gewährt hätte. Kuropatkin habe ihm eine Unterstützung verweigert, da er einen Angriff der Japaner gegen sein Zentrum befürchtet habe. Ein solcher Angriff sei aber gar nicht zu befürchten gewesen, da die Japaner nur eine Demonstration veranstaltet hätten, um Kuropatkin einzuschüchtern und an einen Angriff glauben zu machen. Hätte sich Kuropatkin nicht dergestalt ins Wodshorn jagen lassen, so wäre eine Niederlage der Japaner ziemlich gewiß gewesen.

Ein erbauliches Schauspiel, dieser Straßentanz der russischen Generale untereinander! Uebrigens ist es sehr zweifelhaft, ob selbst dann, wenn Kuropatkin Gripenbergs Wünsche entsprochen hätte, die Japaner geschlagen worden wären. Erzählte doch Gripenberg selbst, daß die ihm gegenüber befindlichen Japaner doppelt so stark gewesen seien, wie seine Mannschaften. Selbst eine Verstärkung hätte ihn also kaum in den Stand gesetzt, die Japaner zu werfen, andererseits hätten aber die Japaner möglicherweise den Spieß umgekehrt und das geschwächte Zentrum Kuropatkins getroffen!

Ein amerikanisch-russischer Konflikt.

New York, 17. Februar. „Sun“ meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten ersuchten Rußland um Aufklärung über die Tatsache, daß drei Offiziere des Kreuzers „Lena“, der in San Francisco im September Justiz gesucht hatte, ihr Wort gebrochen haben, indem sie der Regierung, nachdem sie nach Rußland zurückgekehrt waren, ihre Dienste wieder anboten. Die Offiziere waren ein Ingenieur und zwei Marinefährtische. Die Vereinigten Staaten werden darauf bestehen, daß die Offiziere nach der Insel Mare (in der Bucht von San Francisco) zurückgebracht werden, wo sie gefangen gehalten werden sollen. Der russische Votschafter Graf Cassini hatte mit dem Staatssekretär Hay eine Versprechung wegen der Angelegenheit.

Zwei Dezennien marxistischer Geistesströmung in der Sozialdemokratie.

Die Begründung der „Neuen Zeit“ im Jahre 1883 war ein höchst bedeutsames Kulturereignis. Von solcher allesüberwindenden Elementarkraft mußte in der Sozialdemokratie der wissenschaftliche Erkenntnistrieb sein, daß sie in den heißesten, wundenreichsten Kriegsjahren des Ausnahmegerichtes mit einem wissenschaftlichen Organ hervortrat! Die Namen der Wackeren, die damals das fühne Bagis der Begründung einer sozialistischen wissenschaftlichen Zeitschrift unternahmen, seien hier in erster Linie genannt: Kautsky, Dieb, Bebel, Liebknecht. „Zu diesen Gründern“ der „Neuen Zeit“ gestellte sich“, so schreibt Kautsky in seiner Vorrede zum Wurmischen Generalregister der „Neuen Zeit“, „dann noch Heinrich Braun, der sich für unser Unternehmen interessierte und in seinen Anfängen half“. Die verfeimte Partei der deutschen Sozialdemokratie, der in dem stuchwürdigen Sozialistengesetz eigentlich offiziell der Totenschein ausgestellt war, bewies ihre ungeheure Lebenskraft nicht so sehr in dem sieghaften Widerstande gegen ein Heer von Feinden, sondern in der erhabenen Ruhe, in der sie unter dem fanatischen gegnerischen Geschrei: „Kreuzige sie“ in ruhiger Denkart der Lösung der höchsten sozialen Probleme zustrebte. Sie wiederholte gleichsam im großen das Beispiel, das der viel verfolgte und hart gemahregelte Arbeiter so häufig gibt, der nach den nervenschütternden Kämpfen des Tages in enger, allerengster Häuslichkeit unter den Atemzügen einer schlafenden kleinen Welt von Kindern die Resultate der fortschreitenden Wissenschaft in den Zeitungen und den Zeitungsflugblättern der sozialdemokratischen Partei verfolgt.

Ueber zwei Jahrzehnte hat jetzt die „Neue Zeit“ eine unermüdliche populär-wissenschaftliche Tätigkeit entfaltet. Und die Frucht ihrer Wirksamkeit war: die Einführung des Marxismus in die Ideenzirkel der Elite der deutschen Arbeiterschaft.

Gerade aus dem soeben erschienenen Generalregister zu den ersten zwanzig Jahrgängen der „Neuen Zeit“ reißt sich der imposante Monumentalbau des Marxismus in seinem ganzen Umfange aus. Das Generalregister der „Neuen Zeit“ ist auf Veranlassung des Parteivorstandes von Emanuel Wurm angefertigt und von der Verlagsanstalt Paul Singer in Stuttgart 1905 herausgegeben worden. Das mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bearbeitete, übersichtliche und spielend leicht zu handhabende Generalregister Wurms verdient unser uneingeschränktes Lob. In der „Neuen Zeit“ ist ein schier unerschöpfliches Material zur Geschichte und Theorie des Marxismus angehäuft. Es ist dem tüchtigsten Gedächtniskünstler nicht gegeben, sich nur die Ueberschriften der hervorragenden, die Theorie des marxistischen Sozialismus begründenden Artikel einzuprägen. Gerade auf diesem Gebiete ist jedem ernstlichen Arbeiter, der in die Tiefen der wissenschaftlich-sozialistischen Grundanschauungen von Marx und seiner Schüler eindringen will, das Generalregister Wurms ein trefflicher Führer. Wir haben in dem „Sachregister“ der Wurmschen Arbeit sofort unter „Sozialdemokratie und Sozialismus“ das Material über den wissenschaftlichen Sozialismus übersichtlich geordnet in den Händen: „Allgemeines, Klassenkampf, Marxismus, materialistische Geschichtsauffassung, Revisionismus, Theoretisches“ u. u. Das erste Register Wurms, das „Autorenverzeichnis“, gibt einen Ueberblick über die von den einzelnen Mitarbeitern gelieferten Artikel. Es ist jedem wissenschaftlichen Arbeiter, der bestimmte Artikel der ihm bekannten Verfasser sucht, eine Mühe von wenigen Sekunden, um diese Artikel im Register zu finden. Die hervorragendsten Ereignisse aus der Zeit- und Parteigeschichte heben sich sofort in dem Generalregister klar hervor: Lex Arons, Lex Heinze, Umsturzbillie, Juchisvorlage u. Der Referent für eine Arbeiterversammlung, der über ein sozialpolitisches Thema die Hauptthesen zusammenstellen will, wird vorzüglich durch das Wurmsche Generalregister in seiner Arbeit gefördert. Er beabsichtigt z. B. die Daten über die Schularztfrage zusammenzutragen. Diesem Zwecke kommt sofort der Wurmsche „Stichwort-Anzeiger“ entgegen. In dem „Stichwort-Anzeiger“ liest er: „Schularzte Seite 180.“ Er schlägt die betreffende Seite im „Stichwort-Anzeiger“ auf und findet dort sämtliche in der „Neuen Zeit“ erschienenen Artikel und Notizen über die Schularztfrage.

Das eigentliche Lebensmerk der „Neuen Zeit“ ist bisher die wissenschaftliche Verarbeitung der Grundanschauungen von Karl Marx und Friedrich Engels zu einem in sich geschlossenen Gedankensystem: zu dem Marxismus gewesen. Bis zum Anfang der achtziger Jahre des verfloffenen Jahrhunderts wogten ziemlich chaotisch Lassalle'sche, Robbertus'sche, Dühring'sche und Marx'sche Ideen in den Köpfen der führenden Sozialdemokraten durcheinander. Als unterrichtete Leser des Marx'schen „Kapitals“ repräsentierten sich in den ersten Tagen des Ausnahmegerichtes nur Diehgen, Bebel, C. A. Schramm, Hans Most, S. Greulich, W. Liebknecht. Und von diesen wenigen Führern können vor dem Richterstuhl Mehrings als wirkliche Marxisten eigentlich nur Diehgen, Bebel, Greulich bestehen. Mehring rühmt dem theoretisch geschulten C. A. Schramm nur nach, daß er gut in den Kampf gegen das Wundschmerzmittel eingearbeitet gewesen wäre. Diese Mehring'sche Kritik erfährt die vielseitige theoretische Wirksamkeit Schramms, der in zahlreichen Polemiken die Marx'sche Werttheorie gegen die Angriffe von bürgerlicher Seite verfocht und in seinen „Grundrissen der Nationalökonomie“ eine Art populäres volkswirtschaftliches Lehrbuch für sozialdemokratische Arbeiter schuf, durchaus nicht vollständig. Most machte sich in der Tat, wie Mehring behauptet, in seinem Auszuge des Marx'schen „Kapitals“ arger Mißverständnisse der Marx'schen Theorien schuldig.

Man kann der Zeitschrift, die der „Neuen Zeit“ vorausging, dem Richter'schen „Jahrbuch für Sozialwissenschaft“ keine revisionistische Tendenz nachsagen. Der Revisionismus unserer Tage setzt die volle Herrschaft des Marxismus bereits voraus und stellt sich recht eigentlich als ein Krisis innerhalb des Marxismus selbst dar. In den ersten Lebenszeiten der Richter'schen „Jahrbücher“ rang aber der Marxismus wirklich noch um seine bloße Existenz. Und gerade in diesen „Jahrbüchern“ gaben sich wohl zuerst die streitbaren Geister, die später die Aera des Marxismus heraufführten, ein Stellbildlein. In diesen „Jahrbüchern“ tummeln sich bereits: Kautsky, Verstein, Greulich u. In dem zweiten Bande der „Jahrbücher“ wird schon die eigentliche Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus zu einem ausschließlichen Verdienst (Aufsatz von S. D.-g) von Karl Marx gestempelt.

Die ersten Jahrgänge der „Neuen Zeit“ waren eigentlich nicht kräftiger mit dem Geiste des Marxismus getauft als die Richter'schen „Jahrbücher“. Kaum hörbar klang der Kriegsruf: Zum Klassenkampf in dem einleitenden Artikel der „Neuen Zeit“ durch, die sich ganz allgemein als eine Zeitschrift für das Volk einführte. Bürgerliche Demokraten, wie Professor Ludwig Büchner, Ed. Saß, Dr. Stössel, Theodor Curti u. ergriffen in der „Neuen Zeit“ das Wort. In den ersten Jahrgängen der „Neuen Zeit“ brach erst Karl Kautsky gleichwohl freie Bahn für den konsequenten Marxismus, und zwar in harter und erbitterter Fehde mit dem Staatssozialismus des Robbertus und dem ethischen Idealismus Dulks. Ranchem der Artikel Dr. Max Duarcs, der auf eine durchgreifende praktische Sozialpolitik drang, hängte Kautsky einige kräftige marxistische Schlusätze an. Die Herausarbeitung des Marxismus als der in der „Neuen Zeit“ herrschenden sozialistischen Gedankenrichtung ist das ureigenste Werk Karl Kautsky's. In das von Kautsky eröffnete Treffen griff sodann Engels selbst mit schwerem Geschütz ein. Auf dem großen Ruinenfelde der sozialistischen Systeme blieb gar bald nur noch das Lehrgebäude von Karl Marx zurück. Dieses Gebäude wird sodann durch die spätere emsige wissenschaftliche Tätigkeit der Marxisten Mehring, Schoenlant, Curoto ufm. ausgebaut.

Vegeisterte Anhänger wie erbitterte Gegner des Marxismus werden mit gleichem Interesse nach dem Generalregister der „Neuen Zeit“ greifen, denn dieses führt beide schnell und bequem in die große Werkstatt der marxistischen Geistesarbeit der beiden letzten Jahrzehnte ein. Der Sozialpolitiker findet eine Fülle grundlegender sozialpolitischer Tatsachen in der „Neuen Zeit“, der Historiker paßt in den leitenden Artikeln dieser Zeitschrift ein großes Stück unserer bewegten Zeitgeschichte.

Paul Kampffmeyer.

Handelsvertrags-Kommission.

Freitag, den 17. Februar, vormittags 10 Uhr.

Es liegen der Kommission außer der gestern beratenen Resolution Speck Nr. 1 folgende Resolutionen vor:

2. Speck u. c.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß mit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge eine Deklarationspflicht für verschnittene Weine (Weißwein und Rotwein) eingeführt wird.

3. Speck u. c.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Ausstellung von Einfuhrscheinen nach den neuen erhöhten Zollsätzen für Getreide, welches unter den zur Zeit bestehenden niedrigeren Sätzen in das deutsche Zollgebiet eingeführt wurde, unmöglich gemacht wird.

4. Müller-Julda u. c.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß noch vor Inkrafttreten der neuen Handelsverträge dem Reichstage der Entwurf eines neuen Vereinszollgesetzes vorgelegt werde, welches besonders den Veredelungsverkehr ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate (§ 115 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1880) in einer den Bedürfnissen der deutschen Ausfuhr-Industrie entsprechenden Weise nach einheitlichen Grundsätzen für alle Bundesstaaten regelt.

5. Klose u. c.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß im Falle der Verletzung der einheimischen Viehstände durch die Einfuhr kranker Viehes volle Entschädigung aus öffentlichen Mitteln gewährt wird, soweit nicht in den betreffenden Staaten eine ausreichende staatliche Versicherung des Viehes statifindet.

6. Hehl u. Herrnsheim: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald das vertragsmäßig oder herkömmlich bestehende Weißbegünstigungsverhältnis zu allen denjenigen Ländern zu lösen, bei welchen die Erfahrung gezeigt hat, daß ein solches Verhältnis den deutschen Interessen nachteilig gewesen ist, und darauf hinzuwirken, daß mit solchen Ländern keine Weißbegünstigungsverträge nicht mehr abgeschlossen werden.

Abg. Speck begründet die Resolution 2 betreffend Deklarationspflicht für Verschnittweine damit, daß der einheimische Rotwein geschützt werden soll. Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich gegen die Resolution, besonders auch aus praktischen Gründen: 1. sei der Verschnitt nicht nachweisbar, 2. braucht man, um die deutschen Weine verwendbar zu machen, die italienischen und spanischen Rotweine mit ihren reichen Farbstoff- und Alkoholgehalt, und 3. träiden wir das Verschnittgeschäft ins Ausland, wenn wir mit Maßregeln dagegen vorgehen.

Abg. Kämpf und Gothein erklären sich gegen die Resolution. Abg. Singer spricht sich ebenfalls gegen die Resolution aus; würden diese Wünsche gesetzgeberische Gestalt annehmen, so widerspräche das dem Geiste der Handelsverträge. Im übrigen öffnet eine solche Maßregel nur der Denunziation Tür und Tor, ohne dabei etwas zu nützen. Aber die Wünsche sind auch gar nicht ausführbar. Und Schönheitsresolutionen, die nur nach außen, bei den Weinbauern, den Käufern erwecken sollen, daß die Herren sehr besorgt um sie seien, wollen wir hier doch nicht beschließen.

Abg. Mollenhuth trägt noch weitere Argumente gegen die Resolution vor und polemisiert gegen einige Sätze, die dafür ins Feld geführt wurden. An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Abg. Schüler, Mantelshorn, Hehl u. Herrnsheim, Kettich und andere. Hehl und Kettich sind gegen die Resolution. Mit großer Mehrheit wird dieselbe schließlich abgelehnt. Folgt Resolution 6 über die Weißbegünstigung.

Abg. Hehl u. Herrnsheim verlangen in der Begründung, daß die Regierung die Weißbegünstigungsverträge sofort kündigt; es brauche deswegen kein Zollkrieg einzutreten, man könne dann auf Grund unserer autonomen Tarifs mit anderen Staaten Vereinbarungen zu schaffen versuchen. In längeren Ausführungen wendet sich Medner dann hauptsächlich gegen Amerika und seine Zollpolitik.

Abg. Speck als Mitantwärtler erklärt sich in der Hauptsache mit Hehl einverstanden, nur hinsichtlich Englands möchte er eine andere Taktik eingeschlagen wissen. Zum Schlusse seiner Ausführungen tadelt er, daß die Regierung dem Reichstage das neue Uebereinkommen mit Amerika zur Genehmigung nicht unterbreitet oder wenigstens mitgeteilt habe, so daß die Abgeordneten ihre Kenntnis aus den Zeitungsnachrichten schöpfen müssen.

Staatssekretär Graf Posadowsky verbreitet sich hierauf in sehr langen und eingehenden Erörterungen über die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zum Auslande und über die Aufgaben, welche seiner Meinung nach die deutsche Regierung hier habe. Die Mitteilungen sollen jedoch als vertrauliche gelten.

Abg. Singer: Die Resolution ist für uns unannehmbar; wir betrachten die Weißbegünstigungsverträge zwar auch als Rotbelle, aber man kündigt sie doch nicht, wenn man nichts Besseres hat. Das natürliche Verhältnis ist, daß man Tarifverträge schafft, und wo das nicht möglich ist, muß man sich mit Weißbegünstigungsverträgen begnügen. Gegenüber Hehl bemerkte er, daß wir doch wesentlich die amerikanischen Zollmaßregeln mit probozieren haben. Unsere Exportverhältnisse zu Amerika sind gar nicht so unbedeutend; wir haben nach den Vereinigten Staaten ausgeführt: 1894 für 271,1 Millionen Mark, 1901 für 385,8 Millionen Mark, 1903 für 440,2 Millionen Mark, 1903 für 490,2 Millionen Mark. Und auch nach Argentinien ist unser Export, obwohl naturgemäß viel geringer, aber keineswegs ganz belanglos. Wir führten dahin aus: 1901 für 54,2 Millionen Mark, 1902 für 47,2 Millionen Mark und 1903 für 71 Millionen Mark. Demgegenüber steht nun freilich eine Einfuhr Amerikas von 900 Millionen Mark. Aber das sind eben Rohprodukte, die wir gebrauchen und nicht selbst erzeugen können. Wir können doch Amerika nicht strafen, daß wir seine Baumwolle und sein Petroleum gebrauchen. Ich ersuche Sie also, die Resolution abzulehnen. Der Beschworde des Abg. Speck über die Rücklichtlosigkeit gegen den Reichstag schließe ich mich an, auch ich muß ersuchen, daß uns über derartige Vorgänge Mitteilung gemacht wird.

Dieser Beschworde schließt sich auch noch Abg. Gothein an, der sich dann eingehender über die Frage der Weißbegünstigung verbreitet. Nach einer kurzen Bemerkung Posadowsky's zieht Abg. Hehl u. Herrnsheim unter dem Ausdruck der Verteidigung über den Verlauf der Debatte und mit dem Dank für die Darlegungen Posadowsky's die Resolution zurück.

Es sollte nun über die Verträge abgestimmt werden, die Abgeordneten Müller-Julda und Ujel haben die gestern zurückgezogene Resolution Speck neu aufgenommen und verlangen vor der Abstimmung Erledigung. Die gestrige Debatte wiederholt sich zum Teil, dann wird die Resolution mit großer Mehrheit abgelehnt.

Abg. Kettich beantragt zur Geschäftsordnung, über alle Handelsverträge zusammen abzustimmen, denn die Regierung habe sie als untrennbares Ganzes bezeichnet. Abg. Singer widerspricht sehr energisch und Kettich läßt seinen Antrag fallen.

Die Handelsverträge werden alle angenommen gegen die Stimmen der 6 Sozialdemokraten, des Abg. Gothein und einiger süddeutscher Zentrumsabgeordneten. Gegen den österreichischen Handelsvertrag stimmen vom Zentrum Speck, Müller-Julda, Golsborn und Ujel.

Nachmittags-Sitzung.

Abg. Müller-Julda begründet die Resolution 4, Vorlage des Entwurfs eines neuen Vereinszollgesetzes betreffend. Staatssekretär v. Siengel bemerkt, daß die Regierung sich schon eingehender

mit der Frage beschäftigt habe; er könne aber nicht sagen, wann ein solcher Entwurf vorgelegt werden könne, insbesondere sei es unmöglich zu sagen, ob vor dem Inkrafttreten der Handelsverträge eine gesetzliche Neuregelung dieser Materie möglich zu machen ist.

Nach kurzen Erörterungen wird die Resolution zurückgezogen.

Folgt Resolution 3 über Vorlegung eines Gesuchentwurfs betreffend die Ausstellung von Einfuhrscheinen. Abg. Speck begründet die Resolution. Der Schatzsekretär v. Stengel und Abg. Wolfen treten den Wünschen des Zentrums entgegen. Die Resolution wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Abg. Klose begründet Resolution 5, welche im Falle der Verschuldung einzelner Viehhändler volle Entschädigung aus öffentlichen Mitteln verlangt. Der Redner spricht gegen eine Versicherung durch den Staat.

Abg. Götze ist gegen die Resolution, da es sich dabei um Landesangelegenheiten handele.

Abg. Singer: Ich bin anderer Meinung wie der Vorredner, wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Viehversicherung auch Reichsangelegenheit sein soll, und wir haben schon bei dem Sendengesetz einen dahingehenden Antrag gestellt. Wir sind gewillt, für die Resolution zu stimmen, aber die Begründung des Abg. Klose ist sehr geeignet, diese Neigung zurückzubringen; volle Entschädigung wollen die Landwirte, aber von einer Versicherung will Abg. Klose nichts wissen. Wenn wir für die Resolution stimmen, dann nur unter der Voraussetzung, daß die Landwirte die Schutzmaßnahmen streng befolgen, sonst wäre die Entschädigung nur eine Prämie für den Leichtsinne der Leute.

Staatssek. Graf Posadowsky ist auch der Ueberzeugung, daß nur mit allgemeinen Bestimmungen etwas zu erreichen ist. Er hat mit einigen Bundesstaaten allgemeine Bestimmungen vereinbart, ob sie genügen, ist ihm aber noch zweifelhaft, vielleicht müßte man später noch weiter gehen. Auch er ist der Meinung, daß ein gewisses Risiko der Landwirte tragen müsse, sonst würde die volle Entschädigung wie eine Prämie auf Nachlässigkeit sein.

Mittlerweile ist von Singer beantragt worden, in der Resolution Reichsversicherung zu verlangen und das Wort „volle“ vor Entschädigung zu streichen. Mit letzterem Antrag ist die Kommission einverstanden. Der Antrag auf Reichsversicherung wird abgelehnt und dann wird auch die ganze Resolution abgelehnt.

Die Handelsvertrags-Kommission hat damit ihre Arbeit beendet. Schluß der Sitzung 1/4 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Das „Hamburger Echo“ hat jetzt rund 40 000 Abonnenten, das „Volkblatt für Anhalt“ rund 8500.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Öffentliche Versammlung und Polizeistunde.

Eine öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen, die Karl Brischke zu Nummelsburg bei Berlin namens des Gewerkschaftsvereins einberufen hatte und die im Saale von Weigel am 2. Juni vorigen Jahres stattfand, wurde sieben Minuten nach 12 Uhr nachts, das heißt nach Eintritt der Polizeistunde vom überwachenden Gendarm aufgelöst. Brischke beschwerte sich beim Landrat und machte geltend, daß die Polizeistunde für die Versammlung nicht maßgebend wäre. Ausgeschänkt worden sei nach 12 Uhr aber nichts mehr. Uebrigens habe er den Saal gemietet gehabt. Wenn der Ausschank bei Eintritt der Polizeistunde aufhöre, dann sei der Saal kein zum Ausschank bestimmter Raum mehr. — Der Landrat verwarf jedoch die Beschwerde und der Regierungspräsident als nächst: Beschwerde-Instanz folgte seinem Beispiel und erklärte gleich ihm die Polizeistunde für ausschlaggebend. Eine öffentliche Versammlung sei an die Polizeistunde gebunden. — V. klagte nunmehr gegen den Regierungspräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Goldberg, hob hervor, daß nach Urteilen des Kammergerichts die Polizeistunde nur Wirkung habe für den Schankbetrieb, und die Dauer von Versammlungen nicht von ihr berührt würde, wenn nur rechtzeitig die Einstellung des Schankbetriebes erfolge. Auch verliere ein Lokal, wenn es vermietet werde, den Charakter des öffentlichen Schank- oder Vergnügungsortes.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies indessen die Klage mit folgender Begründung ab: Ein zur Schankwirtschaft bestimmter Raum, der zu einer öffentlichen Versammlung benützt werde, scheidet dadurch allein noch nicht aus der Reihe der zum Schankbetriebe bestimmten Räume aus. Ebensovienig entbinde die Einstellung des Schankbetriebes allein, wenn sie erst im Laufe der Versammlung erfolge, bei öffentlichen Versammlungen u. von der Beachtung der Polizeistunde. Auf geschlossene Gesellschaften finde allerdings die Polizeistunde nicht Anwendung. Daß aber hier die Versammlung keine öffentliche gewesen sei, daß nicht jedermann Zutritt gehabt habe, sei nicht einmal behauptet worden. Auf die Mietung des Saales könne sich Kläger deshalb gleichfalls nicht berufen. Daburh, daß ein gewisses Entgelt für die Benutzung eines Raumes gezahlt werde, also eine Miete, scheidet der Raum, wenn ein Schankbetrieb stattfindet, noch nicht aus den zum Schankbetriebe bestimmten Räumen aus. Die Auflösung der Versammlung sei somit berechtigt.

Also stehen sich Kammergericht und Ober-Verwaltungsgericht wieder einmal gegenüber.

Aus Industrie und Handel.

Nach dem Streik.

Das Kohlenyndikat will seine Ernte einheimen. In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung des Rates des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats wurde beschlossen, der Reichsversammlung vorzuschlagen, bezüglich der Verkaufsmahnahmen, soweit Abschlüsse noch nicht erfolgt sind, in erster Linie halbjährliche Verkäufe vorzunehmen und für den Fall, daß seitens der Abnehmer auf Jahresabschlüssen bestanden wird, diese nur mit einem Preisausschlag von 50 Pf. pro Tonne anzunehmen. Dieser Beschluß ist die Einleitung der geplanten Preiserhöhung, die in traditioneller Unversorenheit begründet wurde mit der in Aussicht stehenden Vergeseignovelle, durch die dem Bergbau voraussichtlich eine Reihe von Kosten auferlegt werden, die eine Steigerung der Selbstkosten im Gefolge haben. Die Grubenmagnaten arbeiten schneller als die preussische Regierung, die über der Vergeseignovelle brütet. — Die Umlage (Beitragskosten der Syndikatsteilnehmer) wurde für Kohlen wie bisher auf 6 Proz., für Holz wie bisher auf 8 Proz. und für Zwickeln auf 3 Proz. (bisher 4 Proz.) festgelegt.

In der an die Weiratsungung sich anschließenden Reichsversammlung wurde der folgende Bericht für den Monat Januar erstattet, der die Wirkungen des am 17. Januar ausgebrochenen Generalstreiks in Zahlen erkennen läßt:

Die Summe der verbrauchten Beteiligungen am Absatz betrug im Januar bei 25 1/2 Arbeitstagen 8 359 740 Tonnen, der Absatz ausschließlich Selbstverbrauch der Hütten- und Hüttenwerke 2 607 081 Tonnen. Der Absatz ist gegen die obige Differenz um 5 752 659 Tonnen gleich 57,59 Proz. zurückgeblieben. Die Förderung stellte sich auf 2 815 773 Tonnen gleich arbeits-täglich 111 516 Tonnen. Vom Absatz entfallen auf: Selbstverbrauch für Kokerien 1 004 707 Tonnen, Landdebit für Rechnung der Hütten- und Deputationshütten 1 355 606 Tonnen, Lieferung an alte Verträge 46 254 Tonnen, Versand für Rechnung des Syndikats 1 510 484 Tonnen. Ferner auf: Selbstverbrauch für eigene Betriebszwecke der Hütten 267 679 Tonnen und Selbstverbrauch für eigene Hüttenwerke 385 499 Tonnen, Summa des Gesamtabsatzes der

Syndikatsteilnehmer 8 330 200 Tonnen. Da der Gesamtumsatz 8 330 200 Tonnen, die Förderung aber nur 2 815 773 Tonnen betragen hat, sind von den Belegungen verhandelt worden 514 436 Tonnen. In diesen Mengen sind Holz und Zwickeln, in Kohlen umgerechnet, enthalten. Es wurden ferner von den Hütten einschließlich der seitens des Kohlenyndikats vom Weiratskontor übernommenen Läger, 118 021 Tonnen Kohlen und 18 323 Tonnen Zwickeln im Januar d. J. abgesetzt.

Dem Antrage des Rates, in der Jahresrechnung für das Jahr 1905 die beiden Streifmonate Januar und Februar außer Anrechnung zu lassen, wurde stattgegeben. Ebenso wurde dem Antrage bezüglich der Verkaufsmahnahmen zugestimmt.

Der Jahresabschluss der Berliner Handelsgesellschaft. Die Verringerung in der Industrie während des vergangenen Jahres hat den Geschäftserfolg des Bankgewerbes günstig beeinflusst. Diese Wirkung kommt auch in der Bilanz der Handelsgesellschaft, deren Beziehungen zur rheinischen Großindustrie aus der Zeit der Hibernia-Affäre allgemein bekannt sind, zum Ausdruck.

Die Dividende der Handelsgesellschaft für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt 8 Proz. wie im Vorjahre. Der Bruttogewinn beläuft sich einschließlich des Vortrages von 315 762 M. auf 11 791 806 M. gegen 10 954 891 M. im Vorjahre.

Die Verwaltungskosten haben 1 540 630 M. (1903: 1 526 083 M.), die Steuern 595 018 M. (1903: 632 403 M.) betragen. Der Reingewinn beträgt somit 9 650 156 M. gegen 8 784 181 M. im Vorjahre. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß diesmal 100 Millionen Kommanditkapital gegen 90 Millionen für das Jahr 1903 zu verzinsen sind. Der Reingewinn hat sich also fast genau um denselben Prozentsatz erhöht wie der Bruttogewinn.

Der Pensionsfonds soll die Summe von 50 000 M. überwiesen werden, durch welche deren Vermögensstand auf 2 050 270 M. gebracht wird. Im Interesse der Angestellten muß verlangt werden, daß das Vermögen der Pensionskasse unangreifbar gesichert wird. Die Zusammenbrüche bedeutender Banken haben gelehrt, daß die Gelder der Pensionskassen, wenn sie überhaupt noch vorhanden waren, der Masse zufließen. Die Angestellten waren um die Hoffnung auf die versprochenen Pensionen betrogen.

Ueber die Kapitalanlage in der rumänischen Petroleum-Industrie gibt der „Moniteur du Pétrole Roumain“ folgende Zusammenstellung: Das deutsche Kapital ist beteiligt an den Gesellschaften Steaua Romana, Sulfenari, Telega Lil, Aurora, Credit Petrolifer, Vega, Campina-Moreni, insgesamt fast 45 000 000 Fr. Das holländische Kapital ist beteiligt mit fast 16 000 000 Fr. Das englische Kapital beträgt ungefähr 10 000 000 Fr. Französisches Kapital ist insgesamt höchstens 5 000 000 Fr. zu finden. Belgisches Kapital arbeitet in der Höhe von 4 000 000 Fr. Amerikanisches Kapital endlich ist vertreten in der Roumano-Americaire, der Gründung der Standard Oil Comp., deren Kapital 2 500 000 Fr. beträgt. Dieser Summe fremder Kapitalien in der rumänischen Petroleum-Industrie stehen gegenüber von rumänischem Geld in dieser Industrie nur etwa 15 000 000 Fr.

Balkins Geschäft blüht. Aus deutschen Häfen wurden im Monat Januar 1905 neben 751 deutschen Auswanderern noch 22 718 Angehörige fremder Staaten befördert, davon gingen über Bremen 13 537, über Hamburg 9181.

Ueber den englischen Kohlenverbrauch macht die zur Untersuchung der britischen Kohlenvorräte eingesetzte Kommission für 1903 Angaben, die den Konsum nach der Art der Abnehmer zu schätzen suchen. Danach beträgt der Steinkohlenverbrauch

	in Millionen Tonnen
der Eisenbahnen	13
„ Kistenampfer	2
„ Fabriken	53
„ Bergwerke	18
„ Eisen- und Stahlindustrie	29
„ übrigen Metall- und Mineralgewinnung	1
„ Ziegeleien, Ton-, Glas- und chemischen Fabriken	5
„ Gaswerke	15
„ im Hausbrand	32

Zusammen ergibt das einen Gesamtverbrauch von 197 Millionen Tonnen, gegenüber einer Förderung von 230 Millionen.

Gewerkschaftliches.

Die Kosten des großen Kampfes in der Berliner Holzindustrie.

Als die Unternehmer die große Aussperrung der Tischler ins Werk setzten, glaubten sie, die Mittel des Holzarbeiter-Verbandes würden durch die Unterstützung der Ausgesperrten in kurzer Zeit erschöpft und der Kampf so zugunsten der angreifenden Unternehmer entschieden werden. Der Verlauf des Kampfes hat gezeigt, daß diese Rechnung eine falsche war. Obgleich der Holzarbeiter-Verband seine Kassen noch weiter belastete, indem er die Aussperrung mit dem Streik beantwortete, sind seine Geldmittel bei weitem nicht erschöpft worden, wenn auch die Summe, welche der Kampf verschlang, eine für Arbeiterverhältnisse sehr große ist.

Ganz genau lassen sich die Kosten der Aussperrung nicht feststellen, denn der soeben herausgegebene Jahresbericht der Berliner Verwaltung des Holzarbeiter-Verbandes führt die Unterstützung der Ausgesperrten, der gleichzeitig Streikenden und Arbeitslosen gemeinsam auf mit der Unterstützung, die er an seine am Streik der Klavierarbeiter — der mit der Aussperrung zeitlich zusammenfällt — beteiligten Mitglieder zahlte. So ergibt sich die Summe von 655 205 M., welche der Holzarbeiter-Verband vom 3. Oktober bis zum 4. Februar an Streik- und Arbeitslosenunterstützung gezahlt hat.

Der Klavierarbeiterstreik, der am 3. Oktober begann und am 9. Januar beendet wurde, verursachte dem Holzarbeiter-Verband eine Ausgabe von 103 000 M. Es bleibt also die Summe von 552 205 M., welche man als Kosten der Aussperrung betrachten kann, soweit die Berliner Mitgliedschaft des Verbandes in Frage kommt. In dieser Summe ist die Unterstützung eingeschlossen, welche an etwa 200 Streikende gezahlt wurde, die schon beim Beginn der Aussperrung im Streik standen, ferner die Unterstützung für etwa 400 bis 500 Arbeitslose. Die für diese beiden Posten ausgegebenen Gelder kann man ohne weiteres mit als Kosten der Aussperrung betrachten, da ja die einzelnen Werkstattdistrikte mit etwa 200 Beteiligten in Zusammenhang mit der Aussperrung stehen, auch die Arbeitslosen während der Aussperrung nicht in Arbeit treten konnten.

Zu der angegebenen Summe von 552 205 M. kommen noch 12 681 M., welche die Zahlstelle Rixdorf und 6 472 M., welche die Zahlstelle Weihensee für die Ausgesperrten zu zahlen hatte. 2959 M. hat der Verband für Rechtschutz an die Infolge der Aussperrung wegen Kontrollbruch verurteilten Mitglieder gezahlt. An Jahrgeld für abgereiste Kollegen sind 3553 M. ausgegeben. Dem Fachverein der Tischler kostete die Aussperrung 12 849 M., dem Verband der Möbelpolierer 71 369 M., dem Verband der Maschinenarbeiter 34 661 M. Im ganzen hat demnach die Aussperrung den beteiligten Organisationen eine Ausgabe von 696 749 M. verursacht.

Wenn auch diese bedeutenden Kriegskosten die Kassen ungewöhnlich stark in Anspruch genommen haben, so sind diese bei weitem nicht erschöpft, denn die Berliner Lokalfasse des Holzarbeiter-Verbandes verfügte am Schluß des vorigen Jahres noch über ein Vermögen von 98 191 M.

Eine genaue Uebersicht gibt der Rechenschaftsbericht über die Zahl der an der Aussperrung und dem gleichzeitigen Streik beteiligten Verbandsmitglieder. Hier sind die streikenden Klavierarbeiter und die Arbeitslosen natürlich nicht mitgerechnet. — In der ersten Woche der Aussperrung (3. bis 8. Oktober) waren 549 Mitglieder am Kampf beteiligt. Die Zahl stieg in der zweiten Woche auf 891, in der dritten Woche auf 1609 und erreichte den höchsten Stand in der siebenten Woche mit 1983. Von da bis zur ersten Woche sank die Zahl der Beteiligten auf 1860, dann traten Schwankungen ein und in der fünfzehnten Woche, unmittelbar vor der Beilegung des Kampfes wurde die bisherige Höchstzahl noch ein wenig überschritten, sie erreichte die Zahl von 1993. Am 17. Januar, in der sechzehnten Woche des Kampfes, wurde die Arbeit gemäß den Bestimmungen des abgebrochenen Vertrages wieder aufgenommen. In dieser Woche wurden noch 1871 Streikende und Ausgesperrte verzeichnet, in der folgenden Woche waren nur noch 278 und in der darauf folgenden (30. Januar bis 4. Februar) 35 Streikende und Ausgesperrte vorhanden.

Inzwischen sind auch die letzten Nachwirkungen des langwierigen Kampfes beseitigt. Im allgemeinen herrschen geordnete Verhältnisse. Die Arbeitsgelegenheit in der Tischlerei ist eine so gute, daß der Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes außerordentlich stark in Anspruch genommen ist.

Berlin und Umgegend.

Kätzung, Metallarbeiter!

In der „Volk-Zeitung“ ist ein Artikel über die Beendigung des Streiks in der Selbstmetall-Industrie enthalten, der den Tatsachen nicht ganz entspricht.

Der allgemeine Streik ist aufgehoben. Die Regelung einzelner Schwierigkeiten bleibt den Kollegen der einzelnen Betriebe überlassen, aber daß nach der „Volk-Zeitung“ es den Kollegen überlassen ist, eventuell den Streik selbstständig fortzuführen, daran denken wir nicht, und daran denken auch die Kollegen nicht!

Nun bestehen einige Firmen auch jetzt noch auf Unterzeichnung des Meberes. Daß da von einer Ausnahme der Arbeit nicht die Rede sein kann, ist klar. Ebenso besteht noch bei der Firma Joseph, Ritterstraße, eine Differenz. Den dort ausgesperrten Kollegen war bereits Ende voriger Woche eine Reihe von Zugeständnissen gemacht. Die Kollegen wollten unter diesen Umständen die Arbeit aufnehmen, der Fabrikant aber zog am Dienstag fast alles, besonders die Zusage des Reinstundentages zurück, und nun ist es klar, daß unsere Kollegen eine abwartende Stellung einnehmen.

Wenn schon nach einigen Tagen eine solche Aenderung eintritt, welche Garantie haben dann unsere Kollegen dafür, daß das Wenige, das nicht wieder zurückgenommen ist, gehalten wird?

Außer diesen Betrieben hat es Schwierigkeiten irgend welcher Art nicht gegeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Berliner Schneider beabsichtigen, in nächster Zeit in eine Bewegung zur Regelung der Verhältnisse in den Detailgeschäften der Konfektion, Warenhäuser und größere Spezialgeschäfte, die Konfektion und Maßkonfektion an das Publikum abgeben, zu treten. In der letzten Versammlung des Verbandes der Schneider führte der Referent Käming dazu aus, daß sich das frühere Verhältnis, auf der einen Seite reiner Engroskonfektionär, auf der anderen nur Kleiderhändler, im Laufe der letzten Jahre wesentlich verschoben habe, und zwar zumgunsten der Arbeiter. Beide lassen heute durch einen dritten, den sogenannten Lohnkonfektionär, neben der Konfektion noch sogenannte Maßkonfektion anfertigen, wo beide Teile, das Publikum und die Schneider, die Geschädigten seien. Ersteres glaube, es erhalte reelle Maßarbeit, letztere würden seitens der Unternehmer, die der Maßarbeit Konkurrenz machen wollten, in ihrer Leistungsfähigkeit bis ins Unendliche gesteigert. Obwohl vom Standpunkte der technischen Entwicklung des Gewerbes hiergegen nichts einzuwenden wäre, so doch aber, wenn der Arbeiter, wie hierbei, die Kosten tragen solle. Die erwähnten Geschäfte sollen nun veranlaßt werden, die Anfertigung der von ihnen betriebenen Fabrikate in eigene Regie zu übernehmen; es könne dann nicht vorkommen, daß glänzende Firmen wie Rudolph Herzog in der Breitenstraße, für einen Paletot mit Seide, der mit 75 M. verkauft wird, durch das Dazwischentreten des Lohnkonfektionärs an den Arbeiter nur 7 M. Arbeitslohn (!) zahlen. Gemäß einem Beschluß des letzten Kongresses werden folgende Forderungen an circa 200 Berliner Detailkonfektionsgeschäfte aufgestellt und sollen in Zukunft unter Mithilfe des laufenden Publikums mit Nachdruck propagiert werden:

1. Sämtliche Maß- und Lagerkonfektion wird in eigenen, der modernen Hygiene entsprechenden Verhältnissen hergestellt.
2. Die tägliche Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht überschreiten.
3. Der Minimal-Tagelohn beträgt für männliche Arbeiter 5 M., für Arbeiterinnen 2,50 M.
4. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit ist nur in ganz dringenden Fällen zulässig. Ueberstunden sind mit 25 und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag zu bezahlen.
5. Sämtliche Arbeitsgeräte und Futuraturen sind vom Arbeitgeber zu liefern.

Ein Antrag, der die Verwaltung beauftragt, die ihr geeignet erscheinenden Schritte in nächster Zeit zu unternehmen, gelangte einstimmig zur Annahme.

Zum Streik in der Schuhfabrik von Pinner Kach. Ist zu berichten, daß der viermalige Säulenanschlag nach 100 Arbeitswilligen doch nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt hat, denn die Firma Pinner Kach läßt sich jetzt die anderen hiesigen Firmen von auswärts auf Inzerate zugehenden Offerten Arbeitssuchender zustellen, um dieselben dann zu ersuchen, da die betreffende Firma alle Plätze besetzt habe, in ihrem Betriebe Arbeitswilligendienste zu verrichten. Derartige Versuche sind in Brandenburg und in Frankfurt a. D. unternommen. Ebenfalls versucht die Firma in Leipzig Zuschneider und Arbeiter aller Kategorien anzuwerben, wobei aber verschwiegen wird, daß es sich hier um Arbeitswilligendienste handelt.

Zu der gemeldeten Arbeitsmiederlegung in der Fabrik von Goldberg, Streifergasse 60, ist zu berichten, daß der Fabrikant in letzter Zeit bessere Ausfüllung der Arbeiten verlangte, ohne den Arbeitern eine dementsprechende bessere Entlohnung zuzugestehen; als vier Arbeiter für diese Mehrleistung auch höheren Lohn fordereten, wie er in anderen gleichartigen Betrieben gezahlt wird, wurden sie entlassen. Darauf legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder und stellten den Mehrleistungen entsprechende Lohnforderungen. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Ortsverwaltung der Schuhmacher Berlins.

Deutsches Reich.

Sämtliche Metallarbeiter der Hannoverschen Waggonfabrik, 120 an der Zahl, befinden sich seit drei Wochen im Ausstand. Die Firma macht die krampfhaftesten Anstrengungen, durch Inzerate in auswärtigen Blättern und durch Vermittelung von Agenten Arbeitswillige nach Hannover zu ziehen. Es kamen auch ein Teil Leute auf die verlockenden Verprechungen, zogen es aber vor, wieder abzuziehen, nachdem sie über die Sachlage orientiert waren. Zurzeit versucht die Firma ihr Glück in Böhmen und Wien. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, auf dem Posten zu sein, damit uns der Kampf nicht unnütz schwer gemacht wird.

Die berühmte Meineidsaffäre in Crimmitschau hat mit einem Fiasco des Unternehmertums geendet. Dem Genossen Hecht

Wurde am 15. Februar folgender Beschluss vom königl. Landgericht Zwickau (3. Strafkammer) übermittel:

Beschluss: Der Färbereiarbeiter Heinrich Max Schiller in Kranichhausen und der Weber Fritz Albert Nothe in Könnrichheim und Robert Alwin Hecht in Crimmitschau werden wegen der ihnen in der öffentlichen Klage vom 5. August 1904 (Bl. 96 d. A.) zur Last gelegten Verbrechen des Meineids und der Anstiftung zum Meineid mangels hinreichenden Beweises außer Verfolgung gesetzt, da nach dem Gutachten des Schriftführers (Bl. 147, 100, 175 d. A.) die Möglichkeit zum mindesten sehr nahe liegt, dass der anonyme Brief, der die Angeeschuldigten in so hohem Maße zu belästigen geeignet ist und dessen Abfassung der Färbereiarbeiter Vogel ablegnet, von diesem geschrieben ist, bei dieser Sachlage aber dessen Zeugnis allein, so starken Verdacht es auch jetzt noch gegen sie begründet, da er durch eine Reihe von Neben Umständen gestützt wird, kaum ausreichen würde, zu einer Verurteilung der Angeeschuldigten zu gelangen.

Der gegen die Angeeschuldigten Schiller und Hecht erlassene Haftbefehl Bl. 67 d. A. wird gemäß § 123 St.-G.-B. aufgehoben, auch wird die Rückzahlung der von ihnen hinterlegten Sicherheitssummen Bl. 108/109 angeordnet. Die Kosten werden auf die Staatskasse übernommen.

Zwickau, 4. Februar 1905.

Königliches Landgericht (3. Strafkammer).
Dr. Vettermayer. Dr. Hahn. Dr. Barth.

Der Färbereiarbeiter Vogel, von dem nach dem Gutachten Sachverständiger sehr nahe liegt, dass er einen Brief geschrieben hat, der die Streikleiter Hecht und Schiller des Meineids und der Anstiftung dazu verdächtig machte, ist ein Arbeitswilliger, der bei dem Führer der Crimmitschauer Fabrikanten, Lulas Schmidt, beschäftigt ist! Wenn man die Herkunft nicht behaupten kann, man weiß die Richtung, aus welcher dieser gemeine Schurkenstreich gegen zwei ehrenhafte Arbeiter geführt worden ist, die dem Crimmitschauer Unternehmertum unbenommen waren!

Ausland.

Die Aussperrung der Tischler in Wien scheint an einem Wendepunkt angelangt zu sein. Die Verbände hat an beide Parteien eine Anfrage gerichtet, ob dieselben eventuell zu Verhandlungen geneigt seien. Die Unternehmer sind dazu bereit, wenn von Seiten der Gehilfen ein Schritt erfolgt, der einen Beweis der Friedensabsicht bildet. Die Gehilfen erklären dem gegenüber, dass sie zu einem solchen Schritt keine Veranlassung haben, da sie über ihre Friedensabsichten nie einen Zweifel ließen.

Soziales.

Die „Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik“ wurde am 16. d. M. in Berlin begründet unter zahlreicher Beteiligung von Ärzten, Medizinalstatistikern städtischer und staatlicher Ämter, sowie des Kriegsministeriums, Verwaltungsbeamten und Sozialpolitikern.

Das einleitende Referat hielt Dr. Rudolf Lemhoff, Herausgeber der sozial-medizinischen Zeitschrift „Medizinische Reform“. Die Tätigkeit des Vereins soll sich auf den Grenzgebieten von Volkswirtschaft und Medizin bewegen. Zweck der Medizin ist Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit. Die Gesundheit ist Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, somit ist die Medizin ein wichtiger Faktor in der Volkswirtschaft. Die Vertreter dieser Wissenschaft haben naturgemäß ein großes Interesse daran, zu erkennen, in welcher Beziehung und in welchem Umfange sie durch die Medizin beeinflusst wird. Besonders bei der Ausübung der Arbeiterversicherungs-Gesetze trägt die praktische ärztliche Tätigkeit einen ausgesprochen sozialen Charakter. Ein gleiches ist der Fall bezüglich der Gewerbe- und Krankheitsbekämpfung des Alkoholismus, Säuglingsfürsorge, der Infektionskrankheiten, Städteassanierung, Wohnungsverbesserung etc. etc., welche letztere auf dem Gebiete der Hygiene liegen. Diese ist ebenfalls eine ebenso medizinische wie volkswirtschaftliche und dazu technische Wissenschaft. Eine große Zahl von Schädlichkeiten, deren Wirkung volkswirtschaftlich von weittragender Bedeutung ist, kann man nur mit Mitteln, die Naturwissenschaft und Technik liefern, bekämpfen. Umgekehrt gibt es viele Schädlichkeiten, die ihrer Erscheinung nach zwar in das Gebiet der Naturwissenschaften fallen, deren Ursachen aber gesellschaftlich-wirtschaftliche sind. Hier hat die soziale, insbesondere die sozial-statistische Forschung einzusetzen. Zur Klärung der schwebenden Fragen und zur Aufwindung neuer Probleme ist also ein Zusammenarbeiten von Ärzten, Volkswirten und Sozialpolitikern, und zwar auf streng wissenschaftlicher Grundlage, notwendig.

Nach Annahme der vorgelegten Satzungen traten über neunzig Mitglieder der Gesellschaft bei. Die Mitgliedschaft bleibt nicht auf Berlin beschränkt. Vertreterklärungen sind zu richten an den Schriftführer Dr. Rudolf Lemhoff, Berlin, Schmidstr. 37.

Die Arbeitslosenfrage im dänischen Folkething.

Die sozialdemokratische Fraktion des dänischen Folkething hat seit einer Reihe von Jahren wiederholt Gesetzentwürfe zur Einführung des Achtstundentages und zur Gewährung von Staatszuschüssen für die Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften eingebracht, ohne dass die bürgerlichen Parteien diesen wichtigen sozialen Forderungen die nötige Aufmerksamkeit schenkten. In den letzten Jahren scheint es jedoch, dass auch bürgerliche Abgeordnete der Arbeitslosenfrage mehr und mehr Verständnis entgegenbringen, und bereits vor drei Jahren wurde sogar von konservativer Seite im Folkething ein Gesetzentwurf für staatlich anerkannte und unterstützte Arbeitslosenklassen eingereicht. Dieser Entwurf ist nun in etwas verbesserter Form von R. Rasmussen als Vorkämpfer der Rechte von neuem eingebracht worden und stand am Mittwoch auf der Tagesordnung des Folkething. Der Staatszuschuss ist auf die allzu geringe Summe von 120.000 Kr. bemessen, während in dem Entwurf unserer Parteigenossen für diesen Zweck 600.000 Kronen verlangt wurden. Außerdem sind die von den Konservativen vorgeschlagenen Bedingungen für die Erlangung von Arbeitslosenunterstützung zu weitgehend. Abgesehen von diesen Mängeln erklärte sich Martin Olsen (der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Gewerkschaften Dänemarks) im Namen der Sozialdemokratie bereit, den Gesetzentwurf zu unterstützen.

Im Jahre 1902 wurde von einigen Liberalen ein Versuch zur Abschaffung der bestehenden Altersversicherung gemacht und es wurde eine Kommission zur Vorbereitung einer Alters- und Invaliditätsversicherung eingesetzt. Dieser Kommission wurde dann zugleich auch die Frage der Arbeitslosenunterstützung zur Prüfung überwiesen. Sie ist aber bis jetzt weder mit dem einen noch mit dem anderen fertig geworden. Der Vorsitzende dieser sozialen Versicherungskommission, Th. Larsen, wollte nun am Mittwoch die konservativen Antragsteller veranlassen, ihren Gesetzentwurf zurückzustellen, bis die Kommission ihre Arbeiten beendet hat. Auf die Frage R. Olfens, wann es denn endlich soweit kommen werde, meinte er, das könne über ein Jahr der Fall sein. Da die Gewerkschaften der Kommission zuverlässiges Material, das sich über mehrere Jahre erstreckt, zur Verfügung gestellt haben, erscheint die Langsamkeit, mit der sie arbeitet, als ein Zeichen abfälliger Verschleppung.

Die Debatte wurde am Mittwoch nicht beendet; sie soll in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt werden.

Ueber die Verbreitung der Steigerung unter den Diamantarbeitern Antwerpen läßt die belgische Regierung gegenwärtig ärztliche Untersuchungen vornehmen. Sollte es sich notwendig erweisen, wird beabsichtigt, den Achtstundentag gesetzlich einzuführen.

Der ortsbüchliche Polizeii-Anflug.

In den letzten Tagen mußte vor dem Berliner Schöffengericht wieder einmal die „alte Liebe“ der Polizei und Staatsanwaltschaft, der große Unfugparagraf, mehrmals herhalten. Beim jetzigen Metallarbeiterstreik sollte der Händler A. eine Arbeitswillige in einem Lokal durch die Worte: „Ihr seid mir ja nette Puppen, Ihr nehmt den Streikenden die ganze Arbeit weg!“ belästigt haben. Auch wurde ihm zur Last gelegt, die Arbeitswillige auf der Straße verfolgt zu haben. Der Angeklagte belam darauf ein Strafmandat wegen großen Unfugs, wogegen er gerichtliche Entscheidung beantragte. In der Beweisaufnahme schrumpfte die Anklage erheblich ein. Namentlich konnte von einer Verfolgung der Arbeitswilligen gar keine Rede sein. Das Gericht kam zu der Entscheidung, daß, wenn selbst die oben angegebenen Worte gefallen sein sollten, darin doch weder eine Belästigung des Publikums in seiner Allgemeinheit, noch eine Gefährdung oder Störung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung gefunden werden könne, die Tatbestandsmerkmale des großen Unfugs mithin fehlen. Das Urteil lautete auf

Freisprechung.

Der Metallarbeiter D. war ebenfalls beschuldigt, einem Arbeitswilligen den Weg zu verstellen und ihn belästigt zu haben. Hierin erblidete die Polizei das Vergehen des großen Unfugs. Vor Gericht wurde festgesetzt, daß der als Zeuge auftretende Schuhmann weder von einer Belästigung des Arbeitswilligen noch von einer Verübung großen Unfugs selbst irgend etwas bemerkt hatte. Vielmehr behauptete der ebenfalls als Zeuge auftretende Fabrikant, daß nur er gesehen habe, wie der Angeklagte den Arbeitswilligen vor der Fabrik ansprach. Das sei ihm als Belästigung und großer Unfug erschienen, und da habe er sich für berechtigt gehalten, den Schuhmann heranzurufen und den angeklagten Streikposten fästieren zu lassen. Die Beweisaufnahme ergab auch nicht einen Schatten von Belästigung, und da die Anklage auch für die Anwendung des großen Unfugparagrafen keinerlei Raum bot, so erkannte das Gericht kurzerhand auf

Freisprechung.

Als eine ebenso drastische Illustration für die polizeiliche Auffassung des großen Unfugs charakterisiert sich der folgende Fall. Der Metallarbeiter H. war vor der Fabrik von Schwinzer u. Gräf an einen Arbeitswilligen herantreten und hatte ihm kollegial zugerufen, wegen des Streiks bei jener Firma doch keine Arbeit zu nehmen. In diesem durch das Koalitionsrecht ausdrücklich als zulässig erkannten Verhalten aber sah der Schuhmann großen Unfug. Er stürzte den „Verbrecher“ und sorgte für das Strafmandat über 30 M. Der als Zeuge geladene Arbeitswillige bestätigte den angegebenen Vorgang und sagte auch, daß er sich durch die Anrede des Angeklagten nicht im mindesten belästigt gefühlt habe. Rechtsanwalt Dr. Heinemann als Vertreter auch dieses Angeklagten beantragte, bei der zweifellos zu erwartenden Freisprechung außer den Kosten des Verfahrens auch die persönlichen Auslagen des Angeklagten sowie die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Diesen Antrag lehnte das Gericht jedoch mit der Begründung ab, daß bei der so außerordentlich einfachen Lage der Sache der Angeklagte keinen Verteidiger nötig gehabt hätte. Die

Freisprechung.

Freisprechung sei gewissermaßen selbstverständlich gewesen. Wenn die Freisprechung so selbstverständlich war, dann wird ein Unkundiger fragen, ob die Polizeibehörde dieses Strafmandat etwa nur zum Zeitvertreib erlassen hat. Eine nicht parteiische Behörde sollte allerdings die rechtliche Unhaltbarkeit einer derartigen Strafverfügung eher erkennen, wie der damit bedachte Laie, der bei unserer heutigen Massenjustiz nie vorher wissen kann, wie ein Gerichtsurteil ausfällt!

„Kommen Sie nur mit, Sie werden ja doch freigesprochen!“

Diese Worte soll laut Behauptung des angeklagten Eisendreher A. der Schuhmann zu ihm gesprochen haben, als er ihn wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung fästierte. A. stand Streikposten und war dabei in einen Hausflur eingetreten. Als er wieder heraustrat, erfolgte die Fästierung, etwas später das Strafmandat und jetzt vor Gericht die

Freisprechung.

Sollte der Schuhmann die hier wiedergegebenen Worte wirklich zu dem Streikposten geäußert haben — er selbst bestritt sie nicht direkt, sondern konnte sich ihrer nur nicht direkt mehr entsinnen —, so würde dadurch aufs neue bestätigt, daß die vielen ungeschlichen Maßnahmen der unteren Polizei-Organen gegen Streikende lediglich auf die Anordnungen ihrer Vorgesetzten zurückzuführen sind. In diesem Falle könnte bei gutem Willen der Staatsanwaltschaft ein Vorgehen wegen Freiheitsberaubung für die Polizei von heilsamer Wirkung sein.

Der Gürtler B. hatte Arbeitswillige, die in einer Fabrik ein- und ausgingen, angesprochen und sie auf den Streik aufmerksam gemacht. Er wurde fästiert und bestrafmandatet. Vor Gericht meinte der zeugende Schuhmann ganz gemüßlich, er habe dem Angeklagten schon tags zuvor das Anreden von Arbeitswilligen verboten. Da jener sich an dieses Verbot aber nicht hielt, so habe er ihn am nächsten Tage „mitgenommen“. Das Gericht konnte das Verbot des Schuhmanns sowie die Fästierung ohne nochmalige Aufforderung jedoch nicht als berechtigt anerkennen und verfügte daher die

Freisprechung.

Ganz ähnlich erging es dem Metallarbeiter K. Auch er war aus einem Torwege heraus verhaftet worden. Der als Zeuge vernommene Schuhmann vermochte nicht einmal zu bekunden, ob der Angeklagte in dem Torwege gestanden hatte oder nicht. Da das Gericht unter solchen Umständen in Ermangelung einer Torwegsordnung ein Vergehen gegen die Straßenordnung nicht finden konnte, so erkannte es kurz auf

Freisprechung.

Dem Dreher N. war zur Last gelegt, auf den Granitplatten des Bürgersteiges in der Ritterstraße stehen geblieben zu sein. Ein Schuhmann hatte dies gesehen, und in der Annahme, daß er einen Streikposten vor sich habe, ihn einfach fästiert. Zwischen den Aussagen des Schuhmanns und denen anderer Zeugen ergaben sich derartige Widersprüche, daß das Gericht nach kurzer Beratung zur

Freisprechung.

des Angeklagten kam. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung (durch Drohung, Ehrverletzung usw. Arbeitswillige zur Teilnahme an einem Streik überredet zu haben) waren angeklagt in Berlin der Tischler O. und der Dreher R. und in Rigodorf die Tischler Sch. und V. In allen Fällen erkannte der Gerichtshof auf

Freisprechung.

weil angenommen werden mußte, daß die Differenzen der Angeklagten und Arbeitswilligen mit dem Streik resp. Aussperrungen nichts zu tun hatten, und daher der § 153 keine Anwendung finden könne.

Auf dem Alexanderplatz scheint man keine Vorstellung von der verwickelnden Wirkung zu haben, die Polizeitalen der hier geschuldeten Art auf das Bewußtsein anständiger Menschen ausüben müssen. Auch höher hinauf im Polizeiministerium nicht. Anderenfalls würde das Polizeipräsidium doch Anweisung erhalten haben, endlich einmal dem skandalösen Treiben seiner Beamten Einhalt zu gebieten.

Berichts-Zeitung.

Vom Sonntag.

In einer bis zum späten Abend währenden Sitzung verhandelte das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Menz die schon mehrfach erwähnte Anklagesache gegen

den Zimmermeister Reinhold Schwarz wegen betrügerischen Bankrotts. Der Verhandlung kann als Epiphora die Frage gegeben werden: Wo ist das Geld? Der seit dem März v. J. in Untersuchungshaft sitzende Angeklagte war bis 1903 in verschiedenen Baugesellschaften als Zimmermann, zuletzt im Geschäft von Alfred Glogner als Zimmerpolier tätig. Ende 1903 trat er, obwohl er so gut wie mittellos war, als selbständiger Bauunternehmer auf. Er kaufte von der Terracingesellschaft Ringbahnhof Frankfurt-Allee i. Riga, das Grundstück Kronprinzenstraße 18 in Lichtenberg für den Preis von 58.500 M. Die zur Anzahlung und dem Stempel erforderliche Summe von 2800 M. gab ihm Glogner. Die Baugelder wurden von der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank zu Schwerin rateweise mit dem Fortschreiten des Baues gezahlt und sollten von Schwarz nach dem zwischen ihm und seinen Lieferanten und Bauhandwerkern getroffenen Vereinbarungen zur Deckung der Baukosten verwendet werden. Schwarz kam jedoch nur in der ersten Zeit seinen Verpflichtungen pünktlich nach, er geriet im Februar 1904 in Zahlungsstodung und stellte im März 1904 seine Zahlungen gänzlich ein. Am 4. März erhob Schwarz eine fällig gewordene Bauprate von 1000 M. und erhielt nach Abzug von Zinsen und Spesen 8951 M. ausgezahlt. Ihm wurde nun vorgeworfen, diese Summe zum Schaden seiner Gläubiger beiseite geschafft zu haben. Bei letzteren war auf Grund einiger Versicherungen des Angeklagten schon der Verdacht rege geworden, daß dieser sich mit den Gedanken trage, Baugelder beiseite zu schaffen. Am Tage nach der Erhebung des Geldes ließ sich Schwarz auf seinem Bau nicht sehen, und als es am 7. März einem seiner Gläubiger gelang, ihn vor seiner Wohnung zu stellen, behauptete Schwarz zunächst, kein Geld erhalten zu haben, dann gab er zu, 8000 M. erhoben zu haben, die Summe aber nicht mehr zu besitzen, und endlich gestand er den drängenden Gläubigern mit 300 M. und einem wertlosen Sichtwechsel ab. Noch an demselben Tage hat er sich aus seiner Wohnung entfernt, ist angeblich nach Hamburg und Kiel gefahren und nach mehreren Tagen wieder nach Berlin zurückgekehrt. Er hat sich bis zu seiner Verhaftung in seiner Wohnung versteckt gehalten. Auf die Frage: Wo ist das Geld? hat er eine abenteuerliche Geschichte zum besten gegeben. Anfanglich behauptete er, das Geld in der Nacht zum 5. März in verschiedenen ihm unbekanntem Lokalen mit Frauenzimmern durchgebracht und zum Teil auch Spielfeldern davon bezahlt zu haben. Später erklärte er, ihm sei das Geld in der Nacht zum 13. März in einem Hotel in der Krausenstraße, wo er unter falschem Namen mit einer Frauensperson genächtigt habe, gestohlen worden. Die Staatsanwaltschaft verwarf diese Darstellung schon aus dem Grunde, weil Schwarz von allen seinen Bekannten als ganz nüchtern, ruhiger, in glücklicher Ehe lebender Mann geschildert wird, der schwerlich — mit 8000 M. in der Tasche — sich die ganze Nacht in zweifelhaften Lokalen umhergetrieben haben dürfte. Demgegenüber hätten die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Morris einen Beweis dafür angetreten, daß diese vom Staatsanwalt hervorgehobene Unwahrscheinlichkeit durch gewisse Momente doch erschüttert werde. Schwarz hatte dann eines Tages vor dem Untersuchungsrichter zugestanden, von dem Gelde 6700 M. in seiner Wohnung unter seinem Handwerkszeug versteckt zu haben. Er hat aber dieses Geständnis alsbald widerrufen. Das Geld ist auch an dem angegebenen Orte nicht gefunden worden. Im Laufe der Untersuchung bezog bei einem schon einmal stattgefundenen Termin sich auch Zweifel an der geistigen Gesundheit des Angeklagten geltend gemacht worden, die seine Beobachtung in der Charité zur Folge hatten. Aus diesem Grunde waren zum gestrigen Termin eine Anzahl medizinischer Sachverständigen geladen worden, durch welche jedoch eine Ungenügsamkeit des Angeklagten nicht festgestellt werden konnte. Auf Grund der sehr umfangreichen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten das Schuldig. Die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Morris plädierten für Gewährung mildernder Umstände. Diese wurden dem Angeklagten durch die Geschworenen auch zugestimmt. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr sechs Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von neun Monaten Untersuchungshaft.

Wenn Arbeiter schon von Richtern der bürgerlichen Gesellschaften wegen ganz geringfügiger Dinge streng bestraft werden, falls es sich um Ausstandsangelegenheiten handelt, so ist es selbstverständlich, daß wirkliche Notheiten in solchen Fällen eine überaus harte Sühne finden. Während „gebildete“ Studenten, die aus reiner Kauflust anständige Frauen auf der Straße gepöbeln haben, mit mäßigen Geldstrafen zu Lasten ihrer Väter davongelassen sind, hat der durch die Immoralität des Streikbruchs erbitterte Arbeiter die ganze Schwere des Gesetzes zu fühlen, wenn er eine Ausschreitung begangen hat. Das wurden gestern wiederum die Arbeiter Franz Lange, der Werkzeugmacher Karl Elendt, der Schlosser Max Müller und der Arbeiter Wolf Dersch gemahrt, die sich vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatten. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung bezw. Verleumdung und Körperverletzung. Am 26. September war in der Rattenbitten-Fabrik von Reinhold u. Westphal am Südufer ein Streik ausgebrochen, an dem sich einzelne Arbeiter nicht beteiligten. Als die Arbeiterin Frieda Mitter zur Fabrik ging, wurde sie von einem Streikposten aufgehalten und ihr unter höflichen Ausdrücken nahegelegt, nicht zu arbeiten. Sie erteilte eine abweisende Antwort, worauf sie der betreffende Mann anfuhr: „Verfl. S...! Geh lieber auf den Strich, dann wissen wir wenigstens, daß Du keine Streikbrecherin bist!“ Der Mann schlug die Zeugin zugleich wiederholt mit der Faust ins Gesicht und direkt ins Auge, so daß letzteres stark blutunterlaufen wurde. Der Ergedent soll der Angekl. Lange gewesen sein. Auch zwei zur Arbeit gehende Arbeiter, Brüdner und Treddin, wurden von drei Männern, die die Angekl. Elendt, Müller und Dersch gewesen sein sollen, stark belästigt. Elendt soll dem Brüdner Schimpfereien wie „Streikbrecher, Buchhändler“ zugerufen, die beiden anderen Angeklagten den Zeugen Treddin bedroht haben. Dersch soll direkt mit einem Handschuh auf diesen losgeschlagen, Müller aber zu schlagen versucht haben. Treddin hat schließlich ein Messer gezogen und die Angreifer zur Flucht getrieben. Sämtliche Angeklagte bestritten ihre Schuld und hatten durch die Rechtsanwälte Dr. Meyerstein und Dr. Heinemann zahlreiche Entlastungszeugen laden lassen, durch die sie ihr Alibi nachweisen wollten. Staatsanwalt Dr. Baumgart hielt diesen Beweis aber für mangelhaft, die Verantwortlichkeiten der Angeklagten vielmehr durch die Belastungszeugen zweifellos als Täter festgestellt. Er beantragte gegen Lange drei Monate, gegen Dersch einen Monat, gegen Elendt und Müller je eine Woche Gefängnis. — Die Verteidiger hielten den Schuld-beweis nicht für ausreichend und machten event. mildernd geltend, daß die Angeklagten nicht aus hoher Kauflust, sondern aus idealen Motiven heraus gehandelt hätten. — Der Gerichtshof verurteilte Lange zu sechs Monaten drei Tagen, Dersch zu drei Monaten, Elendt zu zwei Wochen und Müller zu einer Woche Gefängnis.

Witterungsbericht vom 17. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temp. in C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temp. in C
Eutinende	762	SW	5 wolkl.	3	Saporanda	753	SW	2 wolkl.	-1
Hamburg	762	SW	5 bedekt.	6	Teichsburg	752	SW	1 bedekt.	1
Berlin	763	SW	2 wolkl.	4	Stilly	—	—	—	—
Kranz a. M.	760	SW	4 wolkl.	4	Überdeen	754	SW	3 wolklend.	4
München	773	SW	4 Rebel	-2	Paris	760	SW	2 Regen	6
Wien	772	SW	4 Rebel	-2					

Wetter-Prognose für Sonntag, den 18. Februar 1905. Zunächst ziemlich warm, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden; später aufklaren, und etwas kälter.

Berliner Wetterbureau.

Extra-
Preise

WARENHAUS

Sonnabend

und

A. WERTHEIM

Montag

soweit der Vorrat reicht:

Rosenthalerstr. u. Oranienstr.

Konserven

	1/2 Dose	1/2 Dose		1/2 Dose	50 Pf.
Stangenspargel III	85,	48 Pf.	Spinat		
Stangenspargel II	1.15,	63 Pf.	Kohlrabi	"	26 Pf.
Bruchspargel I	90,	50 Pf.	Mirabellen	"	60 Pf.
Bruchspargel	68,	40 Pf.	Birnen	"	54 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	60,	35 Pf.	Apfelmus	"	60 Pf.
Abschnittspargel	45	Pf.			
Kaiserschoten II	1 Mk.,	55 Pf.			
Schoten I	74,	42 Pf.			
Feine Schoten	55	Pf.			
Schoten	38	Pf.			
Schoten u. Karotten	55	Pf.			
Gemischt. Gemüse I	90,	50 Pf.			
Gemischt. Gemüse	63,	36 Pf.			

Dunstfrüchte

Stachelbeeren	Glas	53 Pf.
Johannisbeeren	"	53 Pf.
Pflaumen ohne Steine	"	53 Pf.
Kirschen mit Steinen	"	53 Pf.
Birnen	"	53 Pf.

Hülsenfrüchte

Victoria-Erbesen	Pfd.	14 Pf.	Grosse Linsen	Pfd.	24 Pf.
Kleine Erbsen	Pfd.	13 Pf.	Mittellinsen	Pfd.	18 Pf.
Grüne Erbsen	Pfd.	14 Pf.	Kleine Bohnen	Pfd.	17 Pf.
Glasierte Erbsen	Pfd.	16 Pf.	Mittelbohnen	Pfd.	18 Pf.
Halbe glasierte Erbsen	14	Pf.	Grosse Salatbohnen	Pfd.	22 Pf.

Getrocknetes Obst

Gemischt. Backobst I	Pfd.	42 Pf.	Zapfenbirnen II	Pfd.	28 Pf.
Gemischt. Backobst II	"	28 Pf.	Pflaumen I	Pfd.	26 Pf.
Amerik. Ringäpfel	Pfd.	35 Pf.	Pflaumen II	Pfd.	18 Pf.
Zapfenbirnen I	Pfd.	42 Pf.	Aprikosen	Pfd.	55 u. 65 Pf.

Fleischwaren

Cervelatwurst	in Rind-darm Pfd.	1.10	Landleberwurst	Pfd.	85 Pf.
Salamiwurst	in Rind-darm Pfd.	1.10	Zwiebelleberwurst	Pfd.	48 Pf.
Jagdwurst	Pfund	95 Pf.	Rotwurst	Pfd.	48 Pf.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Platz:
Softeb. Halbstoße p. Stk. nur 75 Pf.
Softeb. Salon-Brik. 6 o. 7^{er} nur 80 Pf.
Anna, Adler, Marie
Senftenberger in Henckels Werke 6 od. 7 Rolf, nur 90 Pf.
Ise, Salon-Briketts billigst.
Frei Keller pr. Stk. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigsten Preisen. 17898
60 Handwagen verleihe zu Kohlen.

Nur **neueste Moden.**

Dieser feine, schwarze Gut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. claque moderne Form, kostet **M. 1.90.** in großer Auswahl.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden. Abteilung für den Einzelverkauf 2001L*

Neue König-Strasse 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexanderplatz.
Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.
Sonntags geöffnet.

Bilz Bilz Bilz Bilz

Naturholzanstalt Dresden-Radebut Sägte, Gestein, Holz, Sonnens., Luft-, elektr. Licht-, elektr. Wasser-, Dampf-, kohl. Säure, Pack., Massag., Heil- gymn., Massage, etc. Imp. Dr. Winterker.	Naturheilbuch Tausende verdank denselben ihre Ge- nesung. 1 Million Exempl. schon verkau- ft. 3 Bände. 3000 Seit. 1900 Abbild. Tafeln 15 Mod. d. menschl. Körp. Preis 25 Mk.	Zukunftstaat Allen Menschen v. ein sorgloses Dasein gesichert. Die wirk- liche Lösung d. soz. Frage. Viele Anek- d. Schreiben liegen vor 900 Seit. Pr. broch. 1.2.50, geb. 2.4.50.	Hausschutz d. Bildung u. d. Wissen lehrt Engl., Franzö- s., Buchführ., Steno- graph., Physik, Chemie usw. 4000 Seiten. 1700 Abbild. 186 Tafeln. 5 Bände, hier für sich separat. Pr. 1.12 Mk.
---	---	---	---

Zu bestell. d. Bilz Verlag, Leipzig. Teilsahlung. Auf. Prop. frei. Nachmittags gratis.

Nathan Wand
129 Stalherstr. 129.
Die schönsten
Herrn-Winter-Paletots
und Anzüge in neu,
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Dauch anzüge sind in
großer Auswahl stets zu flammend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stalherstr. 129.
Hochbahnhofs-Kontor-Lor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.
Sonntag bis 2 Uhr
geöffnet.

Frankenhausen & K.
Kyffhäuser-Technikum
Electro- u. Maschinen-Ingenieur-Schule.
Staatl. Abgangs-Prüfung.
Modernes Laborat.

Anton Boekers Ball-Salon,
Weberstr. 17.
Großer und kleiner Saal, sowie
sämtliche Räume zum 25. März um-
handelt werden noch zu vergeben.
Grabenstr. 2110Q*
Anton Boeker, Weberstr. 17.

Wald- und Landparzellen
am Borsortbahnhof, herrlich gelegen,
unweit See, verkauft gegen geringe
An- u. Abzahlung **Aug. Puchert,**
Tadendorf bei Joffen. 19222*

Peek & Cloppenburg

Spezial-Geschäft für Herren- und Knaben-Bekleidung

Gertraudten-Str. 25-26-27 | am Kölnischen | Gertraudten-Str. 25-26-27
Ross-Str. 1 | Fischmarkt | Ross-Str. 1

Sonder-Angebot.

Bevor wir unsere Neuheiten für die Frühjahrs-Saison ausstellen, bringen wir

während 4 Tagen

mehrere Hunderte dunkel gemusterte Sakko- und Rock-Anzüge
bedeutend unter Preis zum Verkauf.

Diese Anzüge sind teilweise aus den Restbeständen unseres Tuchlagers neu angefertigt, teils Bestände von nicht mehr kompletten Serien.

Beginn des Verkaufs am Sonnabend, d. 18. Februar, Schluß Dienstag abend, d. 21. Februar.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zegel. Montag Abend 8 Uhr findet in Kropp's Festsaal eine öffentliche Versammlung für Vorstadt und Umgebung statt. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Frau Dr. Lily Braun über: „Die Frau in der Gegenwart und Zukunft“. Frauen und Männer sind hierzu freundlichst eingeladen.

Grünau. Der Wahlverein hält am Sonntag nachmittag 3 Uhr bei Duchaufour, Köpenickerstr. 79, seine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Kiesel den vierten Vortrag über das Erfurter Programm halten wird.

Vichtenberg. Die Versammlung am Montag kann nicht stattfinden; ebenso findet die Flugblattverbreitung am Sonntag, den 19. Februar, nicht statt. Der Vertrauensmann.

Lokales.

Die Schuldebatte.

die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung sich an die vom Magistrat vorgelegte statistische Uebersicht über die Gemeindeforschulfrequenz dieses Winters knüpfte, war wieder recht lehrreich. Stadtschulrat Gerstenberg tat zwar so, wie wenn die Kritik, die von unserem Genossen Vorgmann an dieser Vorlage geübt wurde, durchaus überflüssig sei. Aber im Verlauf der Debatte zeigte sich bald, daß es leider nötig ist, den Magistrat und die freisinnige Mehrheit immer wieder daran zu erinnern, daß die Gemeindeforschulfrequenz noch lange nicht genug herabgesetzt ist.

Wir sind nämlich jetzt an dem Punkte angelangt, wo die freisinnigen Freunde der Volksschule zu glauben anfangen, daß sie des Guten fast schon zuviel getan haben. Herr Cassel erklärte offen, daß die ersten Klassen zu schwach besetzt seien, und daß Klassen mit einer so geringen Schülerzahl nicht fortbestehen dürften. Und Herr Ballach befehlte ihm, daß er, sein Kollege Cassel, hiermit den wunden Punkt hervorgehoben habe, der für die Finanzverhältnisse der Stadt von ungeheurer Wichtigkeit sei. Herr Cassel verbrämte zwar seine Bemängelung der niedrigen Frequenzen erster Klassen mit einer Klage über die Unhaltbarkeit des Akt-Klassen-systems, bei dem die meisten Kinder nie die erste Klasse erreichen würden. Doch auch er ließ deutlich genug durchmerken, daß ihm gleichfalls die Kostenfrage Sorge macht.

Worin besteht nun aber die Verschwendung, über die die Wortführer des Freisinn so lamentierten? Im Durchschnitt aller Klassen ist die Frequenz jetzt 46,58 Kinder pro Klasse. Daneben hat jede der acht Klassenstufen ihren besonderen Durchschnitt, den niedrigsten die erste Klassenstufe mit 31,69 Kindern pro Klasse, den höchsten die achte Klassenstufe mit 55,65 Kindern pro Klasse. In einzelnen geht die Frequenz in den achten Klassen hinauf bis 69 und in den ersten Klassen hinab bis 20. Von 287 ersten Klassen haben 115 Klassen weniger als 30 Schüler, von diesen wieder 34 Klassen weniger als 25 Schüler, und das Minimum ist hier, wie gesagt, 20. Für eine Gemeindeforschule sollen solche Frequenzen Duzus sein. Hat man auf freisinniger Seite schon mal den Vorstoß gemacht, an einer höheren Lehranstalt eine unterste Vorstudienklasse aufzulösen, weil sich nur zwei Duzend Kinder darin zusammenfinden, oder eine obere Primar eingehen zu lassen, weil sie es auf nur ein Duzend Schüler brachte? Das geht natürlich nicht; denn eine höhere Schule ist ein Organismus, dem man den Schwanz nicht nehmen mag und den Kopf nicht nehmen kann. Eine Gemeindeforschule ist offenbar — kein Organismus.

Dem Stadtschulrat Gerstenberg ging der Eifer der Cassel und Ballach denn doch zu weit, und er wehrte sanft ab. Im übrigen aber ließ auch er erkennen, daß er längst nicht mehr so hochfliegende Pläne hat wie damals, als er sein Amt antrat. Vorgmanns Bemängelung der Klassenfrequenzen 69,68 u. s. w. erkannte er als berechtigt an, aber er meinte, das treffe doch nur noch für wenige Klassen zu. Der Pädagoge fordere 40—50 Schüler pro Klasse, und da sei man doch mit dem jetzigen Durchschnitt diesem Ziel ziemlich nahe gekommen. Trotz der Frequenzen 69, 68 u. s. w.! Diese „Beweisführung“ wirkte so verblüffend, daß man auf der Tribüne in fröhliches Gelächter ausbrach. Die Tribüne war, nebenbei bemerkt, von zahlreichen Gemeindeforschullehrern besetzt, die gekommen waren, eine Vorlage über Lehrergehälter mit auf der Tagesordnung stand. Ihr hattet gut lachen. Aber, ach! Wie bald würde jedem unter Euch das Lachen vergehen, wenn Ihr Stadtschulrat von Cassels und Ballachs Gnaden sein müßtet.

Die Stadtbibliothek.

Die Gemeindebehörden beschloßen im Jahre 1901, aus bereits vorhandenen und noch zu erwerbenden Widerebeständen eine Stadtbibliothek zu bilden und sie baldmöglichst in einem dem Bildungsbedürfnis der weitesten Volksschicht entsprechenden Grade und als Zentrale für die einzelnen Volksschulbibliotheken auszugestalten. Es wurde ferner beschlossen, für die Ausgestaltung der Volksschulbibliotheken zu sorgen, und dabei ausgesprochen, daß zur Erreichung der zu erstrebenden Zwecke eine wesentliche Erhöhung der bisherigen für Bibliothekszwecke gehörten städtischen Mittel erforderlich sei. Zur wirksamen Durchführung dieser Absichten haben die Gemeindebehörden für die Stadtbibliothek und die Volksschulbibliotheken und Lesehallen ein Kuratorium aus fünf Mitgliedern des Magistrats und zehn Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzt. Die Stadtbibliothek hat zurzeit einschließlich der Friedländerischen Sonderbibliothek zur Geschichte der Bewegung von 1848 und der im Jahre 1903 als Schenkung zugefallenen Engelischen Bibliothek zur Geschichte der deutschen Sprache schon einen Vorrat von mehr als 40 000 Bänden. In diesem Jahre sollen zwei neue Abteilungen, Naturwissenschaften und Kunstgeschichte, gebildet werden, wofür aus Gemeindegeldern 20 000 M. ausgeworfen worden sind. Außerdem stehen aber noch die Zinsen der Leo-Stiftung zur Verfügung, die bestimmungsmäßig für die Ausbreitung und Ausgestaltung der Berliner Volksschulbibliotheken mit der Bedingung zu verwenden sind, daß bei jeder aus der Leo-Stiftung unterstützten und errichteten Volksschulbibliothek in erster Reihe ein jeder-mann täglich offen stehender Lesesaal hergestellt werden muß. Da die Stadtbibliothek nichts anderes ist und sein soll als eine Volksschulbibliothek, nur größeren Umfangs und umfassenderen Inhalts, so fällt sie gleich mehreren anderen Volksschulbibliotheken unter die Kategorie von Bibliotheken, an die Leo gedacht hat. Die Stadtbibliothek ist aber, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, der Unterstützung besonders bedürftig, damit sie, wenn sie die schon zugeordneten, jetzt noch vom Märkischen Provinzial-Museum benutzten Räume im ersten Stockwerk des Hauses Zimmerstr. 90/91 (Märkthalle) überwiesen sein werden, mit der Verleihung von Büchern in größerem Umfang vorgehen und einen Lesesaal eröffnen kann. Zurzeit bestehen schon 28 städtische Volksschulbibliotheken mit 11 Lesehallen. Diese sind an den Wochentagen drei Stunden und an den Sonntagen zwei Stunden lang jedermann kostenfrei zugänglich. Das den

städtischen Volksschulbibliotheken gehörige Kapital von 30 000 M. ist in den Jahren 1859/64 aus den Erträgen angekauft, die der hiesige wissenschaftliche Verein durch die von ihm veranstalteten Vorlesungen erzielt und der Stadtgemeinde Berlin überwiesen hat. Für 1905/06 hat der Magistrat rund 194 000 M. bewilligt. Da rund 16 000 M. Einnahmen zu erwarten sind, so ist ein Zuschuß von 178 000 M. erforderlich. Unter anderem wurde bewilligt: 9000 M. zur Ergänzung von drei bestehenden Volksschulbibliotheken, 7500 M. für den Druck von zwei Katalogen, 12 500 M. für Abonnements von Zeitungen, 98 000 M. für Bücher u., 7000 M. für Drucksachen u.

Aus der Magistratsitzung vom Freitag. Der Magistrat hat auf das Gesuch des Komitees für die geplante Ausstellung der Märkthallen-Standbilder, die vom 23.—29. n. Mts. stattfinden soll, eine Beihilfe von 4000 M. zur Ausschmückung und außerdem zu den Kosten 5000 M. bewilligt. Der Magistrat war mit dem Anlauf des Grundstücks des ehemaligen Erziehungsheimes am Urban einverstanden. Die Stadtverordneten-Versammlung soll um ihre Zustimmung ersucht werden. Das Grundstück, das 1 200 000 M. kosten soll, dient Krankenanstaltszwecken. Der Lehrgang der städtischen Bauerschule ist auf Antrag der Schuldeputation von 4 auf 5 Jahre ausgedehnt worden. Für die von den Gemeindebehörden beschlossene Einrichtung einer technischen Mittelschule hat der Magistrat die Einsetzung eines Kuratoriums beschlossen, das aus 3 Magistratsmitgliedern, 3 Stadtverordneten und 3 von den Stadtverordneten zu wählenden Bürgerdeputierten bestehen wird. Nach dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung soll bei Errichtung der Pflichtfortbildungsschule die Stadt in 10 Bezirke eingeteilt werden. Der Magistrat hat beschlossen, diese 10 Bezirke zunächst in 4 zusammenzufassen.

Der Bevölkerungsaustausch Berlins mit seinen Vororten ist im Jahre 1904 wieder lebhafter gewesen als im 1903. Nach den in Berlin eingegangenen Meldungen zogen im letzten Jahre 58 142 Personen von den Vororten zu und 68 245 nach den Vororten weg, während im vorletzten Jahre 57 400 Personen von dort zugezogen und 65 735 dorthin weggezogen waren. Vermehrt haben sich hier-nach besonders die Wegzüge. Will man von der verhältnismäßig Unvollständigkeit der Meldungen absehen, so hat Berlin im letzten Jahre volle 10 000 Personen mehr an die Vororte abgegeben, als es von ihnen empfangen hat, während im vorletzten Jahre das Wegzugsmehr sich auf reichlich 8000 Personen gestellt hatte. Der beträchtliche Bevölkerungszuwachs aus Zugzugsüberschüssen, den Berlin trotzdem in beiden Jahren gehabt hat, ist nur den von den Provinzen gelieferten Zugzügen zu verdanken, die die Wegzüge nach dort weit übertrafen. Genau genommen können die Zu- und Wegzüge zwischen Berlin und den Vororten nur als umläufig innerhalb Groß-Berlins gelten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Berliner Zu- und Wegzüge wird von Jahr zu Jahr größer. Im letzten Jahre wurden im ganzen 255 627 Personen als nach Berlin zugezogen und 199 248 als aus Berlin weggezogen gemeldet. Hiernach waren, wenn von der Unvollständigkeit der Meldungen abgesehen wird, die Vororte diesmal an den Zugzügen mit ziemlich einem Viertel, an den Wegzügen sogar mit reichlich einem Drittel beteiligt.

Daß bei der Besetzung öffentlicher Ämter in Preußen weniger auf Kenntnisse als auf konservative Gesinnung gesehen wird, ist eine alte Sache. Ein sozialdemokratischer Privatdozent ist unwürdig, an einer preussischen Universität Physik zu lehren und ein Helmholz, ein Newton, ein Aristoteles, der sich offen zu sozialdemokratischer Gesinnung bekannte, wäre ebenfalls an einer preussischen Universität unmöglich. In der Stätte der Wissenschaft ist gut königstreue Gesinnung, Uebung im Hurrarufen, die Hauptsache und beileibe nicht die Wissenschaft selbst. Andererseits kommt es im Falle politischer Stubenreinheit durchaus nicht darauf an, ob ein Mann in Amt und Würden das selbst bei einem Kinde voraussetzende Maß von Schulbildung hat. In einem größeren Vorort des Südostens hat ein diebischer Vätermeister zwölf Jahre hindurch das Amt eines Schöffen und stellvertretenden Gemeindevorsetzers ausgeübt. Mit sieben gegen fünf Stimmen ist der Mann, der außer den erwähnten Ämtern auch noch das Amt eines Stabesbeamten versteht, wiedergewählt worden, und es bleibt wohl kaum zweifelhaft, daß die Regierung ihn wie vor zwölf Jahren, so auch jetzt wieder bestätigen wird. Eine Postkarte von der Hand dieses Kommunalbeamten hat folgenden rätselhaften Inhalt:

„Vete Mühe einen anzich umgen zu teten, über Kloben Kneppel Reis I was an 14ten Zer laukt wert. Achtungswoll (folgt Unterschrift).“

Der Mann ist fähig, in der Nachbarschaft Berlins eines der wichtigsten Gemeindeämter auszuüben. Ein anderer, möchte er auch auf das beste geschult sein und fleckenlos wie nur einer in seinem Lebenswandel dastehen, würde in solchem Amte nie von der Regierung bestätigt werden, wenn er sich zu einer Weltanschauung bekennete, der sich heute bereits der dritte Teil des deutschen Volkes zugewandt hat und zu der sich zum Heil für unser Vaterland in nicht zu ferner Zeit hoffentlich die Mehrheit des Volkes bekennen wird.

Praktischer Kursus in Seelenruhe. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft hat Ergänzungen zur Dienstausweisung für ihre Schaffner erlassen. Jeder, heißt es darin, der in den Dienst der Gesellschaft treten will, muß sich vor allem darüber klar sein, daß der Omnibus für das allgemeine Wohl und die gute und angenehme Beförderung des Publikums arbeitet. Alles, was der Beamte an seiner Stelle in diesem Sinne tut, wird dazu beitragen, das Ansehen der Gesellschaft beim Publikum zu erhöhen und die Benutzung zu fördern. Der Angestellte arbeitet so zu seinem eigenen Vorteil, da es nur bei gutem Geschäftsgange möglich ist, Anteil am Gewinn, Weihnachtsgattifikationen und Unterhaltungen zu verteilen. Vor allem soll der Schaffner gleichmäßig höflich und entgegenkommend gegen das Publikum sein. Er soll sich immer sagen, wie sind für das Publikum da und nicht das Publikum für uns. Fallen aus dem Publikum anzügliche oder grobe Redensarten, so soll der Schaffner ruhig bleiben, selbst wenn der Fahrgast im Unrecht ist. In der Regel wird der Fahrgast erst durch Fehler im Benehmen des Schaffners zur Grobheit gereizt. Nur wenn ein Fahrgast durch sein Benehmen oder durch Trunkenheit die anderen Fahrgäste belästigt, soll der Gast vom Wagen gewiesen werden. Die Hülfe der Polizei soll nur im äußersten Falle in Anspruch genommen werden. Diese Maßregel dient nur dazu, die Fahrgäste in Aufregung zu bringen. Ganz falsch ist es, bei Meinungsverschiedenheiten über die Tariffrage oder dergl. die Feststellung durch einen Schaffner zu veranlassen. Wenn sich der Schaffner an seine Dienstausweisung hält, wird er auch den Fahrgast überzeugen können und der Schaffner ihm dabei wenig helfen. Dem Schaffner wird empfohlen, Scherz oder überflüssige Redensarten zu vermeiden, da sie meist ganz anders aufgefaßt werden, als sie gemeint sind. Anfragen sollen höflich und bestimmt beantwortet werden. Schaffner und Aufsicht sollen untereinander lautes Janken vermeiden. Wenn fremde Aufsicht sich in der üblichen Weise gegenseitig beschimpfen, so sollen die Beamten des Omnibusses sich auch nicht mit einem Wort daran beteiligen. — Der temperamentsvolle Eifer, der unsere Normalpraktiker in byzantinischen Entzünden versetzt, scheint also für einen Omnibuschaffner nicht zu taugen.

Das Schneeballsystem, auch Hydra oder Gellahstem geheißen, das im Handelsverkehr zum Glück befeitigt ist, scheint jetzt auf geistlichem Gebiete gepflegt zu werden. Die Frau eines Parteigenossen hat dieser Tage einen Schreibbrief unbekannter Herkunft erhalten, der nichts enthielt als ein katholisches Gebet an den heiligen Joseph und dazu folgendes Rezept: „Dieses Gebet muß während 30 Tagen gebetet werden. Der Anfang wird am Empfangstage gemacht. Nennen Sie jeden Tag drei Bitten. Die gleichen jeden Tag. Schreiben Sie dies Gebet fünfmal ab und senden Sie eine Abschrift innerhalb einer Woche fünf Bekannten. Es liegt in Ihrem Interesse, dieselbe durch die Post zu befördern. Selen Sie vor-sichtig, nicht die erste zu sein, welche die ewige Kette bricht.“

Man sollte meinen, daß die katholische Geistlichkeit ein Interesse daran hätte, solchen Belästigungen zu steuern. Nach unserer Ansicht muß ein gläubiges Gemüt sich geradezu beleidigt fühlen, wenn ihm über die Methode der Religionsübung unberufene Ratsschläge gegeben werden.

Verstärkte Lehrplanausnutzung. Eine strengere Handhabung hinsichtlich der Besuche um teilweisen Erlaß der Lehrzeit hat die Berliner Handwerkerkammer beschlossen. Es heißt in einer Mitteilung: Im allgemeinen werden derartige Besuche nur genehmigt, wenn sie durch den Lehrherrn und die Innung befürwortet werden, das Alter des Lehrlings verhältnismäßig hoch ist und dessen Befähigung die tüchtige Erlernung seines Handwerks gewährleistet. Da jedoch in letzter Zeit eine bedenkliche Vermehrung derartiger Besuche zu verzeichnen ist, soll in jedem Falle eine strenge Prüfung der Sachlage vor dem Erlaß eines Teiles der Lehrzeit stattfinden.

Der Bildhauer Graf Wörh-Schlich hat das bis jetzt neueste Denkmal Berlins verfertigt, das einen Ahnherrn des Kaisers, den in der Bartholomäusnacht 1572 ermordeten Grafen Coligny darstellt und vor der früheren Schloßapotheke aufgestellt worden ist. Der Bildhauer hat dafür den schwarzen Adlerorden erhalten, also dieselbe Auszeichnung, die dem Kaiser Renzel Neujahr 1899 verliehen worden ist.

Die Massensühnungen von Schiefergebnissen beim 4. Garde-Regiment kamen gestern in der Berufungssitzung vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps zur nochmaligen Verhandlung. Wie wir feinerzeit berichteten, hatte das Kriegsgericht der I. Garde-Division zwei Gefreite, sowie sieben Grenadiere von der 4. Kompanie des 4. Garde-Regiments u. s. w. wegen Fälschung von Schiefergebnissen resp. falscher Meldungen bezw. Begünstigung von Mittelarrest- und Gefängnisstrafen bis zu vier Monaten verurteilt. Die beiden Angeklagten Rädger und Köhle, welche als Haupttäter in Betracht kamen, erhielten 4 resp. 3 Monate Gefängnis. Während die über die Grenadiere gefällten Urteile bereits rechtskräftig geworden sind, hatte der Richterherr gegen die Richterprüche über die Gefreiten Berufung eingelegt. Er forderte in der Begründung ein höheres Strafmaß und zwar deshalb, weil gegen Vorgefekte, welche gemeinschaftlich mit Untergebenen eine strafbare Handlung ausführen, auf eine höhere als die Mindeststrafe zu erkennen sei; außerdem dürfe kein minder schwerer Fall zur Anwendung kommen. Das Oberkriegsgericht erkannte jedoch den ersten Punkt nicht an, da nach einer reichsamtgerichtlichen Entscheidung die Vorgefekten als solche ausdrücklich ernannt werden müssen. Dies ist im vorliegenden Falle nicht geschehen. Aber auch die zweite Voraussetzung hielt das Oberkriegsgericht nicht für zulässig; es verwarf die Berufung des Richterherrn und ermäßigte das Strafmaß mit Rücksicht auf die erlittene lange Untersuchungshaft auf 3 resp. 2 1/2 Monate Gefängnis.

Um ein Menschenleben zu retten. Eine interessante Entscheidung fällt dieser Tage die Strafkammer des königlichen Landgerichts in einer Strafsache gegen den Straßenbahnfahrer S., der der schweren Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug beschuldigt war. S. fuhr eines Abends im August v. J. mit einem Straßenbahnwagen durch die Staljerstraße und zwar mit der höchsten zulässigen Fahrgeschwindigkeit. Auf der Straße spielten mehrere Kinder. Ein Knabe rannte unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen auf das Gleis, obwohl der Fahrer vorher stark geläutet hatte. S. war nicht mehr in der Lage, seinen Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen, und um ein Unglück zu vermeiden, ergrieff er schnell den eisernen Weichensteller und stieß mit diesem den Jungen von der Fahrbahn weg. Hierbei traf er aber das Kind so unglücklich am Kopf, daß es eine schwere Verletzung erlitt und mehrere Wochen an das Krankenlager gefesselt wurde. Der Straßenbahnfahrer wurde wegen Körperverletzung mit einem schweren Werkzeug unter Anklage gestellt und die Mutter des Kindes als Nebenklägerin zugelassen. In der Verhandlung machte der Verteidiger, Rechtsanwalt Artur Rosenfeld, geltend, daß der Fahrer sich keineswegs einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe, weil er nur die Absicht hatte, den Knaben vor einer selbstverschuldeten Gefahr zu schützen. Er beantragte die einzige hier vorhandene Möglichkeit und konnte unmissverständlich voraussehen, daß der Knabe hierbei eine andere schwere Verletzung erleiden würde. Das Schöffengericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Angeklagten frei. Gegen dieses Urteil legte die Nebenklägerin Berufung ein, jedoch auch die Strafkammer gelangte in der dieser Tage stattgehabten Verhandlung zu der Ueberzeugung des Vorderrichters. Bei der Urteilsfeststellung war zu berücksichtigen, daß der Fahrer mit allen möglichen Bremsmitteln nicht mehr in der Lage war, den Wagen rechtzeitig zum Halten zu bringen und infolgedessen nach seinem pflichtgemäßen Ermessen gehandelt habe.

Ein unangenehmes Abenteuer hatte gestern der Klempner A. Carlz zu bestehen, nachdem er einen Schlächterladen in der Lübeckerstraße verlassen hatte. Auf Veranlassung einer Frau wurde er von einem Schußmann unter der Beschuldigung sistiert, sich im Schlächterladen an einem Kinde vergreifen zu haben. Auf der 83. Revierwache stellte man ihm das Kind gegenüber und dieses behauptete in der Tat, in Carlz den Attentäter wiederzuerkennen. Die Angelegenheit hätte für den Sistierten den peinlichsten Verlauf nehmen können, wenn nicht in einem nachmaligen Verhör das Mädchen seine Aussage widerrufen hätte und Carlz zum Glück durch Zeugen den bindigen Beweis hätte führen können, daß er keinen Augenblick während der kritischen Zeit ihnen aus den Augen gekommen war. So wurde der Beschuldigte dann schließlich wieder in Freiheit gesetzt.

Selbstmord verübte der 18jährige Weintücher A. B e h m a n n, dessen Vater Inhaber des bekannten böhmischen Aushern-Salons in der Kronenstr. 21 ist. Der junge Mann war in einem ersten hiesigen Weingeschäft in Stellung. Seit einiger Zeit trug er sich mit Selbstmordgedanken und machte auch wiederholt dahingehende Andeutungen. Ein Revolver, den er sich zugelegt hatte, wurde ihm von den Angehörigen weggenommen. Gestern Abend 10 Uhr erhängte er sich in seiner Schlafstube in der elterlichen Wohnung. Als man später das Zimmer betrat, war der junge Mann bereits eine Leiche. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Unter der Maske der Frömmigkeit. Im Café Wöhlde in der Eisaalstraße wurde gestern die einundzwanzigjährige Margarete Däumler verhaftet, die unter dem Namen einer Krankenschwester Anna Hoffmann ein endloses Register von allerlei Betrügereien und Eigentumsvergehen aufzuweisen hat. Besonders raffiniert ging sie bei einem Verbrechen vor, dessen sie sich im benachbarten Stetly schuldig machte. Die Familie des bekannten Regiators Marcel Salzer hatte ihr erkranktes Dienstmädchen nach der königlichen Klinik in Berlin zur Behandlung gegeben. Dieser stellte sie die S. als „fromme Schwester“ vor. Sie mußte schließlich das Mädchen zu überreden, zu ihrer Herrschaft nach Stetly zurückzukehren, wo sie die „Pflege“ in einem ihr besonders angewiesenen Zimmer über-nahm. Bald nach ihrem Eintritt in die Familie erkrankten die einzelnen Mitglieder der Familie S. eines Tages erst gegen 11 Uhr und sehr ermattet vom Schlafe auf. Es stellte sich heraus, daß man die Nacht in Betäubung zugebracht hatte. Die „fromme Schwester“

hatte Lächer, die mit narkotischen Mitteln getränkt waren, auf die Kopfkissen gelegt. Doch blieb das nicht die einzige Ueberreizung. Bald entdeckte man, daß in dieser Nacht die Krankenschwestern mit einem großen Teil wertvoller Toilette- und Schmuckgegenstände verschwunden war. In einem Teile der gestohlenen Kleider hat die B. übrigens, wie später ermittelt wurde, noch in derselben Nacht in einem Restaurant in Lantwih „getanzt“. Es wurde nun durch die Steglitzer Polizei eifrig auf die Betrügerin gefahndet und festgesetzt, daß sie auch in Berlin zahlreiche Hoteltschwindereien, Zechprellereien usw. verübt hat.

Zwei Einbrüche werden aus der vergangenen Nacht gemeldet. In der Turmstraße drangen Diebe, die sich den Hauseingang mit einem Radschloß geöffnet hatten, vom Flur aus in den Kaffeeladen von Witwe Junz ein. Sie erbeuteten eine Kaffete in der Form eines kleinen Geldspindes mit 400 M. und für 100 M. Kaffee und Zucker, schafften die ziemlich schwere Beute durch ein Loch in der Wand nach dem Hausflur und fuhren sie mit einem Handwagen, den sie in demselben Hause stahlen, unbemerkt weg. — Weniger Erfolg hatten Zuwendende, die einem Geschäft in der Leipzigerstraße einen nächtlichen Besuch machten. In einer leeren Wohnung im dritten Stock schnitten sie ein großes Stück aus der Decke heraus und stiegen auf einer Strickleiter in den zweiten Stock hinan, indem sie nicht mit Unrecht große Schätze vermuteten. Aber in der Erwartung, diese frei vor sich ausgebreitet zu finden, fanden sie sich getäuscht. Alles lag wohlverwahrt in Feuer- und diebesichereren Spinden. Die Einbrecher glaubten jedoch auch diese Schwierigkeit überwinden und dennoch zu dem Geld und den Edelsteinen gelangen zu können. Als sie aber die Spinden von der Wand abrideten, um sie von der Rückseite zu erschließen, hörten sie auf einmal einen großen Lärm auf der Straße. Eine elektrische Leitung hatte einige Sturmgeladen unten am Boden in Bewegung gesetzt und auf ihr Räden liefen Schuhmänner, Wächter und Publikum zusammen. Einige Beamte drangen durch den Eingang in das Haus ein, aber die Einbrecher hatten schnell die Lage übersehen, waren die Strickleiter wieder hinaufgeklettert und über die Dächer der Nachbarhäuser bereits entkommen.

Auf hoher See verstorben. Die Polizeibehörde teilt mit: Am 29. Juli 1903 verstarb auf See an Bord des englischen Schiffes „Trojan Prince“ der ungefähr 24 Jahre alte und aus Berlin gebürtige Heizer G. Hoffmann. Seine letzte bekannte Adresse war Brooklyn (New York), Columbia Street 35. Die Vermutlich in Berlin wohnenden nahen Angehörigen des G. Hoffmann werden wegen des Nachlasses des Verstorbenen aufgefordert, sich unter Verweisung der Urkunden zum Nachweise ihrer Verwandtschaft mit Hoffmann bei der Abteilung IIa des hiesigen Polizeipräsidiums zur Tagebuchnummer H. 143 IIa R. 05 schriftlich zu melden.

Ueber eine schwere Aufschreitung, die mittelbar den Tod eines Menschen zur Folge hatte, wird nachträglich aus der Denkminderstraße berichtet. Bei dem Schankwirt Hermann Rehsfeldt in der Denkminderstr. 30 benahm sich am Sonntag abend um 7 1/2 Uhr ein Gast so regellos, daß man ihn nicht länger dulden konnte. Weil Rehsfeldt sich leicht aufregte, so übernahm es seine Frau, den unlieblichen Gast zu entfernen, und führte ihn hinaus, als er freiwillig nicht gehen wollte. Kaum war er auf der Straße, da versuchte er mit Gewalt wieder einzudringen und schlug die Scheiben der Ladentür ein. Gäste verfolgten ihn jetzt und nahmen ihn fest, während Rehsfeldt, ein Mann von 50 Jahren, einen Schutzmantel holte. Ganz erschöpft vor Aufregung kam er mit diesem zurück und sank auf seinem Stuhl zusammen. Seine Frau brachte ihn zu Bett und holte einen Arzt, aber schon nach drei Stunden war er tot. Der Arzt stellte fest, daß Herzlähmung infolge der Aufregung seinem Leben ein Ende gemacht hatte. Besten nachmittags wurde der Verstorbene unter großer Teilnahme seiner Nachbarn und Berufsgenossen auf dem Elisabeth-Kirchhof zu Grabe getragen.

Die Ausstellung des Deutschen Schinken-Wettbewerbes im Hotel Kaiserhof mußte vorzeitig geschlossen werden, weil sämtliche Schinken infolge eines geradezu stürmischen Andranges von Käufern bereits gestern nachmittags ausverkauft waren.

Feuerbericht. Freitag abend, kurz nach 6 Uhr, wurde die Wehr nach der Zimmerstr. 39/41 („Berliner Lokalanzeiger“) gerufen, weil hier auf bisher nicht ermittelte Weise in einem Papierkeller Feuer ausgebrochen war, das einen größeren Umfang anzunehmen drohte. Das Fabrikpersonal griff aber sofort mit der Hausleitung energisch ein, so daß mit Hilfe des 18. Löschzuges, der alsbald aus der nahen Hauptfeuerwache anrückte, die Gefahr innerhalb einer halben Stunde beseitigt werden konnte. — Möbel, Decken und Kleidungsstücke gingen dann in der Schleißerstr. 41 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Mürfürstenstr. 19 Müll auf dem Hofe brannte. — In der Kastanien-Allee 29/30 hatte der dritte Löschzug ein Feuer abzulöschen, das in einem Madengarderobengeschäft entstanden war. — Ein Schönsteinbrand mußte später in der Marienburgerstr. 16 beobachtet werden. — Wäsche und Möbel hatten in der Lichtr. 12 in einer Wohnung Feuer gefangen, während es in der Weußelstr. 59 in einer Wäderei brannte. — Die übrigen Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden noch aus der Mäckerstr. 106/107, Reidenbergerstr. 47, Liebenwalderstr. 3 und noch aus einigen anderen Orten eintrafen, betrafen ganz unbedeutende Brände, die teils vor Ankunft des ersten Löschzuges bereits von Hausbewohnern unterdrückt waren, teils die Wehr nur ganz kurze Zeit beschäftigten.

Das königliche Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34—36, veranstaltet in der kommenden Woche, abends 8 Uhr, folgende öffentliche Herren und Damen zugängliche Vorträge: Montag, den 20. d. M., spricht Herr Schiffbau-Ingenieur Seidler-Berlin über „Das Seben gesunkener Schiffe“, mit Lichtbildern; Mittwoch, den 22., und (in Wiederholung) Freitag, den 24. d. M., Herr Prof. v. Drygalski-Berlin über „Die Schiffsahrt in den Popen des ewigen Eises“, mit Lichtbildern. Einlaßkarten sind zum Preise von 25 Pf. pro Abend von 19 bis 2 Uhr mittags und an den Vortragsabenden selbst von 6 Uhr abends ab im Institut erhältlich. Die Einlaßkarten zu den Vorträgen des Herrn Prof. v. Drygalski sind bereits vergriffen.

Fräulein Adele Schreiber hält am Montag abend 8 1/2 Uhr in Charlottenburg, Rosinenstr. 3, einen Vortrag über das Thema: „Prostitution und ihre Bekämpfung“.

Der Volkunterhaltungabend, der am Sonntag im Gymnasium am Savigniplatz abgehalten wird, befaßt sich mit der fröhlichen Kunst und soll u. a. dem verstorbenen Schriftsteller Otto Erich Hartleben gewidmet sein. Karten à 50 Pf., einige à 1 M. (nummeriert), sind zu haben in allen Charlottenburger Buchhandlungen, sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstr. 11, und Dürerhaus, Kronenstraße 18.

Im Berliner Aquarium ist eine aus den südeuropäischen Meeren stammende vielfältige, aber mehrere Becken verteilte Gesellschaft von Fischen verschiedener Arten untergebracht, die so recht geeignet erscheint, die zwischen näher und entfernter verwandten Gruppen bestehenden Uebergänge zu erweisen. Die Fische gehören sämtlich der Gemeinschaft der Stachellosser an, deren Rücken-, Bauch- und Afterstößen im vorderen Teil aus ungegliederten Stacheln gebildet werden, wie wir es von dem wenigstens für den Vinnenländer wichtigsten Vertreter dieser Ordnung, dem Barsch, kennen. In die Familie der Barschfische reihen sich denn auch ein: der sogenannte Seewolf, ein stämmiger, graugrüner, am Bauch silberweißer, bis meterlang werdender Raubfisch, dessen delikates Fleisch schon bei den alten Römern hochgeschätzt war, sowie der interessante Vielfachler und die mannigfaltigen Spezies der an anberthalbhundert Arten umfassenden Gattung Sägebarsch, feinfleische Fische, die in den Küstengebietern der warmen Meere zum Teil eine wunderbare Pracht entwickeln, nach Norden aber feltener werden und in Nord- und Ostsee ganz fehlen; eine der reizendsten Erscheinungen ist der rot-, orange- und olivenfarbige, rotbraun gebänderte und auf den Kopfseiten mit hübschen Schraffuren gezeichnete Schiffsbarsch. Aus der sich anschließenden Familie der mächtig entwickelte Hundsfische gebührenden Großzahnbarbe ist die schöne, hellblau gezeichnete Barbe-Monola und endlich von den Meerbrassen eine Anzahl durch Faden-

pracht sich hervortuende Arten sechs verschiedener Gattungen zu vermerken.

Im Arbeiterinnenheim II, Uferstraße 7, findet der Unterhaltungabend diesen Monat am Sonntag statt. Anfang 6 1/2 Uhr. Mädchen und Frauen willkommen. Eintritt frei.

Theater. Im „Lessing-Theater“ geht am Mittwoch, den 22. Februar, Henrik Ibsens Schauspiel „Ein Volksfeind“ neu einstudiert zum erstenmal in Szene. Die Besetzung ist im wesentlichen dieselbe geblieben wie bei der ersten Aufführung: Die Titelrolle spielt Albert Wassermann, Frau Stodmann — Elise Lehmann, Peter Stodmann — Oskar Souer; neu dargestellt werden die Rollen des Käl durch Gustav Ridel, des Horsten durch Oskar Jusus, der Petra durch Marie Ursus. — Das einaktige Drama „Die Bäuerin“ von Clara Wiebig, dessen Uraufführung morgen Sonntag in der Matinee der Dresdener Literarischen Gesellschaft im dortigen Residenz-Theater unter der Leitung von Dr. Martin Jitzel stattfindet, wird voraussichtlich im Laufe des März in einer Matinee des hiesigen Lustspielhauses erscheinen und zwar in der gleichen Besetzung der Hauptrollen durch die Damen Vertens, Hiller, Mallinger und Herrn Lettinger. — Im Carl-Weiß-Theater geht heute Samstagabend das Aufstufungsstück „Die Kinder des Kapitän Grant“ zum erstenmal in Szene. Die Regie liegt in Händen des Herrn Hermann Pitt, welcher dem Publikum vom hiesigen Central-Theater noch in Erinnerung sein dürfte. — Im Herrnsfeld-Theater ist „Prinz Leby“ gestern zum 100. Mal gegeben worden. Donnerstag nächster Woche geht als Novität „Die Meyerhaies“ in Szene.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg.

Die Gemeindefeuern für 1905 sollen nach dem Entwurf des Magistrats wie folgt festgesetzt werden: Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 M. werden von der Pflicht, im Rechnungsjahre 1905 Gemeinde-Einkommensteuer zu zahlen, entbunden; die Gemeinde-Einkommensteuer kommt in Höhe eines Zuschlages von 100 Proz. zur Staats-Einkommensteuer zur Erhebung; die Gemeinde-Grundsteuer ist in Höhe von 24 Proz. des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke und die Gemeinde-Gewerbesteuer in Höhe von 100 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu erheben, und zwar mit der Maßgabe, daß der Betrag der Gemeinde-Grund- und der Gemeinde-Gewerbesteuer zusammen einem Satze von 150 Proz. der staatlich veranlagten Realsteuern gleichkommt. Die Gewerbesteuer der in Klasse IV veranlagten Steuerfälle von 4,8 und 12 und — soweit der Betrag der im Rechnungsjahre 1904 aufkommenen Warenhaussteuer ausreicht — auch noch von 16 M. wird außer Erhebung gestellt. Die im Rechnungsjahre 1905 aufkommende Warenhaussteuer wird im Rechnungsjahre 1906 zur Erleichterung des Gewerbesteuerfalls der Gewerbesteuerklasse IV verwendet, die Betriebssteuer wird in Höhe von 100 Proz. der festgesetzten Betriebssteuer erhoben; die Gemeinde-Umsatzsteuer kommt in Höhe von 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und 1 1/2 Proz. des Umsatzwertes der unbebauten Grundstücke zur Erhebung; die nach Maßgabe des Gebäude-Nutzungswertes zu erhebende Kanalisationsgebühr wird auf 1 Proz. festgesetzt.

Die Unterverteilung des Realsteuerbedarfs auf die Gemeindegewerbe- und Gemeindegrundsteuer ist in der bisherigen Weise auf der Grundlage des Gemeindebeschlusses vom 13. Januar-30. März 1898 vorgenommen worden, wonach die Gewerbesteuer nur mit demselben Zuschlage wie die Staatseinkommensteuer belastet, dagegen der nach Abzug des Ertrages aus der Gewerbesteuer verbleibende Rest des Realsteuerbedarfs durch die Gemeindegrundsteuer aufgebracht werden soll. Hierdurch tritt für die letztere Steuer eine Belastung ein, welche der Erhebung eines Zuschlages von rund 160 Proz. der Staats-, Grund- und Gebäudesteuer entsprechen würde. Die Umsatzsteuer wurde bisher mit 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und unbebauten Grundstücke erhoben, während der Antrag des Magistrats eine Erhöhung des Satzes für unbebaute Grundstücke auf 1 1/2 Proz. vorsieht. Wegen der dadurch erforderlich werdenden Abänderung der Ordnung für die Erhebung einer Gemeindefeuer bei dem Erwerbe von Grundstücken wird der Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag zum Statut zugehen.

Ober-Schöneweide.

Die letzten Gemeindefeuern beschäftigten sich mit der Beratung des Haushalts-Etats, welcher, da im laufenden Jahre über 100 Proz. Zuschlag erhoben werden, der Regierung rechtzeitig zur Genehmigung vorgelegt werden muß. Der Vorschlag für den Gesamt-Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1 044 470 M. Wesentliche Abstriche, und zwar in Höhe von 20 000 M., sind nur gemacht worden beim Etat des in diesem Jahre zu erbauenden Wasserwerkes für den Ortsteil Pfend und den neu eingemeindeten Bezirk. Das Werk erfordert einen Kostenaufwand von 80 000 M. Der notwendige Erweiterungsbau der Kläranlage erfordert 180 000 M. Beschlossen wurde, nachstehende Steuerfälle zu erheben: Gemeinde-Einkommensteuer 130 Proz. Zuschlag inklusive 30 Proz. Kreissteuer, Zehnten-Einkommensteuer 130 Proz. Gemeinde-Gewerbesteuer: Klassen 1 und 2: 195 Proz., desgl.: Klassen 3 und 4: 150 Prozent. Die Grundsteuer wird mit 2,50 Mark vom Tausend erhoben. Die Umsatzsteuer wird von 1 Proz. auf 1 1/2 Proz. auf bebauten, und 2 Proz. auf unbebaute Grundstücke erhöht. Zur Betriebssteuer lag ein Antrag des Gastwirtsvereins vor, diese Steuer aufzuheben. Vom Genossen Grunow wurde dieser Antrag bestritten. Diese Steuer, welche sonst nur die Gastwirte belastet, soll im übrigen auch nach dem Gesetze von solchen Geschäften erhoben werden, die Spirituosen in verkieselten Flaschen verkaufen. Ganz merkwürdig sei es, daß, trotzdem es eine große Zahl solcher Geschäfte am Orte gibt, nur der Konsumverein damit belastet ist. Eine Untersuchung wurde zugesagt, der Antrag aber abgelehnt. Es kommen 100 Proz. zur Erhebung. Erhöht werden noch die Hund- und die Luftbarkeitssteuer.

Ein Antrag der Hausbesitzer, die Kanalisationsbeiträge neu zu regeln, derart, daß die Fabriken stärker belastet würden, wurde abgelehnt. Für Pflasterung der Hainzerstraße sind 11 400 M. bewilligt. Für die Volksbibliothek sind 500 M. eingestellt, so daß jetzt 1400 M. verfügbar sind. Die Bibliothek soll in dem im Bau begriffenen Anstalt untergebracht werden. Das Grundgehalt der Rektoren wurde von 1800 auf 2000 M. erhöht. Beim Etat des Friedhofes wurde vom Genossen Grunow gerügt, daß dem Friedhofswärter bei der Gehührensicherung für Graberpflege freier Spielraum gelassen sei. Diese Sache wurde der Friedhofskommission überwiesen. Der fertiggestellte Brückenbau wird die Kaufsumme um 50 000 M. überschreiten, so daß die Brücke einen Kostenaufwand von 550 000 M. erfordert hat.

Die Potsdamer. Für die Einholungsfeierlichkeiten, die anlässlich der Hochzeit des Kronprinzen in Potsdam in größerem Umfang stattfinden sollen, hat der Magistrat trotz der Finanzmühsere der Stadt die Summe von 15 000 M. eingestellt, die von der Stadtverordneten-Versammlung („trotz der Finanzmühsere der Stadt“) bewilligt wurden. Außerdem wurden bereits 9000 M. als Beitrag für das Brunksgesamt der preussischen Städte im Werte von 500 000 M. bewilligt. Wenn so für unnötige Dinge das Geld ausgegeben wird, was muß da erst für notwendige soziale Einrichtungen alles bewilligt werden!

Selbstames Pech hatte ein Einbrecher Richard Schuhmacher, der gestern in Reinickendorf festgenommen wurde. Der Arbeiter Schuhmacher betrieb mit dem Schächter Köfide als „Spezialität“ den Einbruch in Gefellenstuben. Gestern hatte er, während sein Helfershelfer Schmiere stand, bei einem Schmiedemeister in Reinickendorf schon ein umfangreiches Bündel geschmiedet, als die Meisterin kam, um in der Stube aufzuräumen. Der Einbrecher stellte sich schwer betrunken, torfelte von einer Wand zur anderen und sagte: „Ja suche Arbeit.“ Ehe die Frau noch recht wurde, war sie mit dem

Menschen anfangen sollte, drängte er sich an ihr vorbei und verschwand. Der Schmiedemeister dagegen wurde festgenommen und von den Gefellen der Polizei übergeben. Den Einbrecher wollte er nicht nennen, trotzdem wurde aber auch dieser schon nach einer Stunde eingeleitet. Schuhmacher brauchte dringend Geld und ließ sich daher durch das Wohlwollen des Verjudes nicht abföhren, brach vielmehr sofort bei einem anderen Handwerker in die Stube der Schme ein. Eben war er wieder soweit gekommen, wie bei dem Schmiedemeister, als auch hier die Hausfrau kam, um die Betten zu machen. Diesmal aber entkam er nicht. Als er auf der Wache seinen Freund Köfide traf, legte er sofort ein Geständnis ab.

Museen, Sammlungen usw.

Altes (u. Neues) Museum. Am Lustgarten. Bochentags (außer Montags): Sommer 10—4, Winter 10—3. Sonntags und an den zweiten Weihnachts-, Oster-, Pfingstfeiertagen: April bis September 12—6, Oktober und März 12—5, November und Februar 12—4, Dezember und Januar 12—3. Montags und an Festtagen (außer zweiten Feiertagen): geschlossen.

Aquarium. Unter den Linden 63a. Sommer 9—7, Winter 9—6. Eintrittsgeld 1,00 M., an Sonn- und Festtagen 0,50 M.; Kinder die Hälfte. Am letzten Sonntag des Monats 0,25 M.

Architektur-Museum. Technische Hochschule, Charlottenburg, Besenstraße 151. Montags und Freitags 10—3, Dienstags und Donnerstags 12—3, Mittwochs 10—12.

Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Charlottenburg, Franzosenstraße 11. Bochentags (außer Montags) 10—1, außerdem Dienstags und Donnerstags 6—9 abends. Sonntags 1—5.

Berg- und Güttemuseum. Invalidenstr. 44. Bochentags (außer Sonnabends) 12—2. Sonntags: Sommer 12—6, Winter 12—3.

Botanischer Garten. Steglitz-Dahlem. Sonntags 2—7 frei.

Botanisches Museum. Grenadierstr. 6/7. Mai bis September: Montags und Donnerstags 3—6. Im Winter geschlossen.

Kaiser Friedrich-Museum. Museuminsel, am Kupfergraben. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Hygienisches Museum. Klosterstr. 35. Dienstags und Freitags 10—2. Sonntags: April bis September 1—6, Oktober und März 1—5, November und Februar 1—4, Dezember und Januar 1—3. Mittwochs und Sonnabends 10—1 für Vereine.

Kunstgewerbe-Museum. Prinz Albrechtstr. 7. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Landwirtschaftliches Museum. Invalidenstr. 42. Bochentags (außer Mittwochs) 10—3. In jedem 3. Sonntag im Monat: 11—3.

Martisches Provinzial-Museum. Wegen Umzug nach dem Neubau bis auf weiteres geschlossen.

National-Galerie. Museuminsel, an der Friedrichsbrücke. Bochentags (außer Dienstags): Sommer 12—4, Winter 12—3. An Sonn- und Festtagen wie beim Alten Museum.

Naturkunde-Museum. Invalidenstr. 43. Montags, Mittwochs, Donnerstags, Sonnabends: Sommer 10—4, Winter 10—3. An Sonn- und Festtagen wie beim Alten Museum.

Neues Museum. Verbunden mit dem Alten Museum. Siehe dieses.

Pergamon-Museum. Museuminsel, hinter der National-Galerie. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Pöhl-Museum. Leipzigerstraße 16/18. Bochentags (außer Mittwochs und Sonnabends): 10—2. Sonntags und an den zweiten Feiertagen: 12—2. An Festtagen (außer zweiten Feiertagen): geschlossen.

Rauch-Museum. (Werke von Christ. Rauch.) Klosterstr. 76. Bochentags 10—4.

Königl. Sternwarte. Unterplatz 3a. Mittwochs und Sonnabends Sommer 9—11, Winter 10—11.

Sternwarte im Treptower Park. Geöffnet von 2 Uhr ab. Eintritt 20 Pf., Beobachtungen 1 M.

Urania-Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. 5—10 Uhr. Eintritt 50 Pf., Vorträge 1 M.

Urania, Sammlungen u. wissenschaftl. Theater. Taubenstr. 48. Geöffnet von vormittags 10 Uhr ab. Eintritt 50 Pfennig, Abendvorstellung von 1 Mark an.

Völkermuseum. Königgräberstr. 120. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Volkstrachten-Museum. Klosterstr. 36. Bochentags (außer Mittwochs) 11—2. Eintritt 50 Pfennig.

Zoohaus. An der Schloßbrücke. Bochentags (außer Sonnabends): Sommer 10—3, Winter 10—2. Sonntags 10—3. An allen Festtagen geschlossen.

Zoologischer Garten. Bochentags 1 Mark, an Sonn- und Festtagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am ersten Sonntag des Monats 25 Pf.

Vermischtes.

Abgelehntes Gnadengesuch. Der „Braunschweigischen Landeszeitung“ zufolge hat der Regent das Gnadengesuch der Frau Major v. Ehdow, die wegen Mißhandlung ihres Töchterchens zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, abgelehnt.

Bildung auf der Speisefarte. Von den ungläublichen Schreibfehlern und Wortverdrehungen, die auf ineren Speisefarten vorkommen, gibt das von dem Deutschen Sprachverein herausgegebene Verdeutschungsbuch „Die deutsche Speisefarte“ in der Einleitung einige ergötzliche Proben. Beefsteak erscheint mit Vorliebe als Beefstead, ja auch als Veuffstead, Bouillon als Bouillon, das Schaumgebäck Baiser als Baiffer, auch Sahnenpesai und Sahnenpiffee, pommes frittes (gebakene Kartoffeln) als pommes de fruits. Durch falsche Schreibung verwandelt sich ein Fischsalat (Mayonnaise de poisson) in einen Giftsalat (Mayonnaise de poison). Zuweilen sehen sich selbst Kerner geradezu vor ein Rätsel gestellt. Was bedeutet Din de fasso, das stolz auf einer deutschen (!) Speisefarte prangte? Es soll eine gefüllte Trüthenne bezeichnen, Dindo farcio. Was ist ein Kalbslopp? la Wiener Greth? Diese Wiener Greth ist nichts anderes als eine süße Umdeutung des französischen à la vinaigrette, das heißt saure Soße. Auf einer Speisefarte war Entrocôte, Zwischencrippe, Mittelrippenfisch, verwandelt worden in Antolot. Am schönsten aber sind zwei Formen, die sich in zwei süddeutschen Gasthöfen auf dem Speisefettel fanden, Paleori und Hemetex. Hier gehört geradezu Scharffinn dazu, um diese Wortgebilde zu enträtseln. Paleori ist nicht etwa italienisch, wie man nach dem Wortbilde vermuten könnte, sondern es ist, wie die meisten Küchenausdrücke, französischer Ursprungs, freilich nicht ganz richtig geschrieben. Es bedeutet ein junges Huhn mit Reis, poulet au riz. Und Hemetex? Auch dies ist nicht, wie man nach der fremdartigen Form denken sollte, eine neue, aus weiter Ferne eingeführte Speisebezeichnung. Es ist nichts weiter als „Schinken und Eier“, freilich nicht in deutscher Sprache — das könnten die guten Deutschen nicht verstehen —, sondern auf englisch, nämlich ham and eggs. Man läßt über solche Sprachfehler. Aber gerade die sprachlich Gebildeten tragen durch ihre Vorliebe für Fremdwörter die Mitschuld an solchem Unwesen. Denn gewiß würde keinem Koch, keinem Gastwirt einfallen, Ausdrücke einer fremden, ihm nicht geläufigen Sprache zu gebrauchen, wenn ihn nicht die Mühsal auf seine Gäste dazu nötigte.

Leipzig, 17. Februar. (B. L. W.) Dem „Leipziger Tageblatt“ zufolge ließ sich ein unbekannter Mann bei der Bahnüberbrückung bei Connewitz, der sogenannten Mohrenbrücke, von dem Sonderzug überfahren, worin der König von Sachsen von Leipzig nach Altenburg fuhr.

Aus Queensland wird gemeldet: Wie jetzt festgestellt ist, sind bei der Explosion an Bord des Unterseebootes A 5 sechs Personen ums Leben gekommen.

Waldbrände in Italien. Ein großer Waldbrand wüthet im Departement Como. Seit drei Tagen stehen die Waldbestände vom Monte Calvignone in Brand. Der Sachschaden ist bereits bedeutend.

Warnung vor Jazug von Premierleutnants nach Dänisch-Westindien. Der dänische Staat sucht gegenwärtig durch Bekanntmachungen in der Presse Premierleutnants zu fünfjährigem Dienst auf den westindischen Inseln bei einem Jahresgehalt von 3600 Kr., wozu noch 400 Kr. für die Ausrüstung kommen. In der konserverbaren Zeitung „Vort Land“ warnt nun ein Premierleutnant seine Kameraden ganz im Stile der in der Arbeiterbewegung üblichen „Berufserklärungen“ gegen schlecht zahlende Arbeitgeber vor Annahme dieser Stellung. Er schreibt: „Man will uns dort den selben Hungerlohn bieten, wie hierzulande. Aber wer wird sich um eine solche Stellung bewerben? Vielleicht ein halbbesessener

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-Ländliches Theater.
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Familie Schierke.**
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Wilhelm Tell.**
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Fuhrmann Henschel.**
 Montag, abends 8 Uhr: **Im Hafen.**

Thalia-Theater.
 Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld.
 Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Charleys Tante.

Belle Alliance-Theater.
 Schönfeld, Belle Alliancestr. 7/8.
 Heute u. folgende Tage 8 Uhr:
 Novität: **Durchschlagend. Lacherfolg!**
Der beste Zip.
 Dr. Kunst-Poffem. Gef. u. Lang i. 3 Akt.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Zirkus Busch.
 Voranzeige.
 Am Donnerstag, den 23. Februar 1905, findet eine Gala-Vorstellung statt, deren Gesamt-Ertrag dem Zentral-Komitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostafrika zugewandt wird.
 Billets sind schon jetzt an der Kasse sowie im Anwaltdenkmal und bei H. Berthel zu haben. — Preise der Plätze: Logenplatz R. 20.—, Parterre R. 10.—, Balkon R. 8.—, I. Platz R. 5.—, II. Platz R. 2.—. Alle Ermäßigungen sind aufgehoben.
 Heute, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
23. Parade-Gala-Abend.
 Mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungs-Feier.
Katharina II.
 Außerdem: Persönliches Aufreten des Direktors Busch, Herr Burkhardt-Hooten, Schulreiter, Frau Martha Wobate, Schulreiterin, Weltreiter! „Chips“, engl. Vollblut, Erbrung von ebener Erde über 8 Werde mit Reiter und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
 Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz.
 N. 7500.— Geldpreise in bar!
 Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Segad. Beginn der Ringkämpfe circa 8 1/2 Uhr.
 Avis! Morgen Sonntag 2 große Vorstellungen: Nachmittags 4 und abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 4 Uhr: Die Löwenbraut Mih Bello, Südwest-Afrika. Abends 7 1/2 Uhr: Katharina II. und Ringkampf-Konkurrenz.

Deutsche Konzert-Hallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: **Großes Urbock-Jubelfest.**
 Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
 Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Kasino-Theater
 Lohringstr. 37 (Hofenhaler Tor.)
 Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konzert.
Heirat auf Probe.
 Vorher das neue Programm.
 Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.
Etablissement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
 In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
 KONZERT.
 Der dumme Max u. der fluge Hans.
 Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
 Nach jeder Vorstellung im Kellerlokal:
 Tanz.

Gustav Behrens
 Spezialitäten-Theater.
 Frankfurter-Allee 85.
 Das großartige Februar-Programm.
 Sehen Hören Staunen und weiter empfehlen.

Otto Fritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
 Mühlstraße 18.
 Täglich Bestellungen.
 Die Hiesla Hona, 485 Pfd. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!

Zentral-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter.
 Zweigverein Berlin. Sektion I (Brewer).
 Geschäftsstelle Berlin O 54, Räderstr. 5 I.
 Sonntag, den 19. Februar cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Vereins-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal 1.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Baegge über: „Biel und Babel“. 2. Anträge des Vorstandes. 3. Finanzielle Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.
 Der Vorstand: H. H.: L. Hodapp, Vorsitzender.

Verband der Möbelpolierer.
 Montag, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Albert Stripp über: Ludwig Kniggenruber mit Regitationen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Da dieses Thema viel des Schönen sowie Interessanten bietet, ist es Pflicht aller Kollegen, mit ihren Frauen zu erscheinen.
 Mittwoch, den 22. d. M., abends 8 Uhr, bei Kubat, Blumenstr. 38:
Vorstandsitzung.

Sonnabend, den 4. März 1905, in Kellers Festsaal, Koppenstr. 29:
Wiener Maskenball.
 Billets a 50 Pf. sind in den Jahreshellen, sowie bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.
 Kollegen, welche schon längere Zeit Sammellisten der freiziehenden Bergarbeiter in Händen haben, werden ersucht, dieselben sofort abzurechnen.
 145/10 Der Vorstand.

Verband des technischen Bühnen-Personals.
 Sitz Berlin.
 Sonnabend, den 18. Februar 1905, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Ingenieurs Grampa über: Die soziale Lage des Bühnenpersonals. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen.
 190/3 Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgen. Deutschlands, Berlin u. Umgegend.
 (Verwaltungsstelle)
 Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung des Vortrages über Elektrizität und deren Anwendung in der Praxis von Herrn Ingenieur Schröder. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.
 138/4 Die Ortsverwaltung.

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Voran“
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Sonntag, den 26. Februar 1905, nachmittags 5 Uhr, bei Pfeffer, Rosenhalestr. 57:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Protokoll-Berufung. 2. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Kassendbericht. 4. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz. 5. Erwahlten des Vorstandes und Aufsichtsrates. 6. Anträge. 7. Genossenschaftliches.
 Das Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Bilanz liegt zur Einsicht bei dem Genossen Kranz, Baldemarstraße 65, aus.
 Der Vorstand: V. Kietschmann, Paul Liers, Otto Kranz. 106/11

Sterbekasse ehemals Pflug'scher Arbeiter
 (Hetzelsche Kasse).
 Den Mitgliedern zur Nachricht: Infolge Ablebens des früheren Schriftführers Herrn Ed. Kley findet die erste Abfertigung in Sterbefällen beim jetzigen Schriftführer Herrn Paul Bauer, NW., Roabit, Salzweberstraße 15, vorn 4 Treppen statt.
 221/96 Der Vorstand. S. H.: Otto Winkler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
Achtung! Bautischler. Achtung!
 Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:
Vertrauensmänner-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Wie regeln wir unsere Tarife? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt einen Vertrauensmann entsendet. Die Kommissionsmitglieder werden gebeten, eine Stunde früher bei Bränner zu erscheinen.
 Der Obmann.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
 Sonnabend, den 18. Februar 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal 8:
Fortsetzung der Mitglieder-Versammlung.
 Diskussion über den Vortrag des Genossen Davidsohn: „Neuere Bildungsbestrebungen des Proletariats“.
 4/10* Mitgliedebuch legitimiert.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Montag, den 20. Februar 1905, abends präzis 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15:
Mitglieder-Versammlung (Vortrags-Abend):
 Rezitation über das Schauspiel: „Das Tal des Lebens“.
 Regitator: Herr Walkotte. 23/9
 Um jede Störung während des Vortrages zu vermeiden, ist es dringend erforderlich, daß die Mitglieder pünktlich um 8 Uhr erscheinen.
 Das Rauchen ist nicht gestattet!
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

W. Zapel
 Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
 Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.
 Lager in Schirmen und Mützen. 119402*

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Galvaniseur **Paul Buffleb** am 15. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Kirchhofes aus statt.
 Nege Beteiligung erwartet 112/4 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband d. Zimmerer Deutschlands.
 (Zahlstelle Berlin und Umg.)
 Bezirk 9.
 Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied **August Ueckert** aus Stettin verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 1 Uhr, vom südlichen Krankenhaus Roabit aus nach dem Hellands-Kirchhof statt.
 Um rege Beteiligung bittet 254/7 Der Vorstand.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes (siehe ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Hermine Hohohm.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, meines guten Bruders **Karl Leistikow** sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten sowie dem Wahlverein des hiesigen Berliner Reichstags-Wahlkreises (Süd-Ost) und dem Verbands der Möbelpolierer, insbesondere den Kollegen der Firma H. H. Schöy unseren innigsten Dank.
 22085 Familie Leistikow.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.
 (Zentrale Berlin).
Todes-Anzeige.
 Am Mittwoch, den 15. d. Mts., verstarb das Mitglied **Max Klätte** an der Juckerkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes in Rigdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung bittet Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter
 Berlin u. Umgegend.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Gottfried Kleinfeld** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 18. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet 31/1 Der Vorstand.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler u. Berufsgen. (E. H. 86, Hamburg).
 Verwaltungsstelle Berlin O.
 Am 15. d. Mts. verstarb unser Mitglied **Reinhold Baeschke.**
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dorowstr. Kirchhofes, Dorowstraße, aus statt.
 22036 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
 Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Einsegnungs-Anzüge
 ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant und tadelloos sitzend.
Beste Verarbeitung. Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.
 Die Preise sind je nach Größe:
 Anzüge in Satin-Kammgarn oder Krepp-Cheviot von 12 M. an
 Anzüge in Rips-Kammgarn oder Diagonal-Cheviot von 15 M. an
 Anzüge in schmal geripptem Kammgarn oder Kammgarn-Cheviot von 17 M. an
 Anzüge in Rips-Kammgarn, schmal geripptem Kammgarn oder Satin-Kammgarn von 20 M. an
 Anzüge in Coreserow-Kammgarn oder Rips-Kammgarn von 22 M. an
 Anzüge in sehr gutem Kammgarn-Cheviot oder Rips-Kammgarn von 25 M. an
 Anzüge in feinst. Tuch-Kammgarn oder hochelegantem Twill von 30 M. an
Gesellschafts-Anzüge für Herren.
 Rock-Anzüge von Twill, Cheviot, Rips-Satin oder Tuch-Kammgarn 27, 33, 35, 43, 48 u. 53 M.
 Gehrock-Anzüge von Tuch, Rips- oder Satin-Kammgarn 30, 36, 42, 48, 54 u. 60 M.
 Smoking-Anzüge von Rips- oder Tuch-Kammgarn 33 und 43 M.
 Frack-Anzüge v. hochfeinem Tuch- oder Satin-Kammgarn, äußerst sauber mit Seide abgefärbt 54 und 60 M.
 Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.
 ♦♦♦ Großes Stofflager. Hochelegante Maßanfertigung. ♦♦♦
 Die Preise sind billig, streng fest, und geschieht der Verkauf nur gegen bar.
Carl Stier
 Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
 Berlin SO. Berlin W.
 Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a.
 Potsdam, Nauenerstr. 23.
 Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.
 Illustrierter Katalog gratis.
Wo? machen wir am Sonntag hin? Nach Viehst- werber zum 17402* **alten Freund!** Da ist man immer wie zu Hause.

90 Pfennig

Sonder-Verkauf

90 Pfennig

A. JANDORF & Co.

BELLE ALLIANCE-STRASSE 1/2
Am Büchlerplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STRASSE 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

Heute letzter Tag

unseres Sonder-Verkaufs von

90 Pfennig-Artikeln

Die Ausstellungen sind auf das Reichhaltigste sortiert. Trotz der billigen Preise bleibt unser Rabatt-System in Kraft.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckt. Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wandbleibhaus Weidenweg neu-
zebn, spottbilliger Gardinenverkauf,
Bücherverkauf. 745*

Spottbilliger Teppichverkauf, Tisch-
decken, Steppdecken. Wandbleibhaus
Weidenweg neuzebn. 745*

Garderoben, Taschenuhren, Regu-
latoren, Freilichtwagen, Schmuckkästen,
spottbillig Wandbleibhaus Weidenweg
neuzebn. Verkaufszeit genehmigter
Ladenbesitzer. 745*

Spottbilliger Ausverkauf ver-
fallener Wandbleibhäuser, Restverkauf
Weidenweg neuzebn. 45*

Bekanntmachung! Empfehlens-
werte Einkaufsquelle ist Wandbleibhaus
Weidenweg neuzebn. 745*

Spottbilliger Bettenverkauf, Bett-
matten, einseitig, zweiseitig, Wand-
bleibhaus Weidenweg neuzebn. 745*

Wandbleibe Küstnerplatz 7 ver-
kauft spottbillig Gardinen, Tischdecken,
Teppiche, Böden, Steppdecken, Betten,
Bandwägen, Taschenuhren, Ketten etc.

Herrenanzüge, Hosen spottbillig
Wandbleibe Küstnerplatz 7. 3078*

Betten, Eland 11, zweiseitig
16 Karf, Gubenerstraße 3, Wandbleibe.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 437*

Gehelagente Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40
Karf. Verkauf Sonnabend und Son-
ntag. Verkaufshaus Germania, Unter-
den Linden 21. Keine Filialen.

Heberzieher, Herrenanzüge, wenig
getragene Monatsgarderobe von
6 Karf an, große Auswahl für jede
Figur, auch neue zurückgekehrt, kauft
man am billigsten direkt nur beim
Schneidemeister Rätzschel, Rosen-
thalenstraße 15, III. 81/15*

Auszugste 8,00 verkauft Rest-
handlung Lichtbergerstraße 9. A.
Beißeloh 15,00 mit Futter. 77/6*

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Reste
spottbillig Charlottenburg, Goethe-
straße 76. Rein Laden. 21165*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig, bessere Sachen
enorm billig. Gutzkabel, Comptoir
Neue Friedrichstraße 81 I, Ecke König-
straße, und Holzmarktstraße 37 a,
parterre, früher Kullerstraße 25 a,
Sonntags geöffnet. 1978*

Teppiche! (Seberhüte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Gabelscher
Markt 4, Bahnhof Börs. 142/12*

Gelegenheitskäufe, Schuhwaren,
Kleiderstoffe, Böden billig Charlotten-
burg, Christstraße 37, I. 21955*

Steppdecken, Ausverkauf wegen
Umsatz, Fabrik, Weinstraße 20, 497*

Gardinenausverkauf wegen Um-
satz des Hauses, Stores, Tisch-
decken enorm billig! Gardinen-
Verkaufshaus Krausenstraße 36, Dän-
hofplatz. 21275*

Amilisebene Steppdecken 4,35
(Seidenstoffe), Wolllas-Steppdecken
4,25. Inventur - Ausnahmepreise.
Teppichhaus Emil Leßbore, Dranien-
straße 158. 2808*

Geschäfte Fries-Restaurant 2,15,
Wert 4,00. Inventur - Extrapreis.
Teppichhaus Leßbore, Dranienstraße 158.

Inventur - Räumungspreise nur
kurze Zeit. Extraliste gratis und
franko. Teppichhaus Emil Leßbore,
Dranienstraße 158. 2858*

Bettfedern von 35 Pfennig an;
echt chinesische Randarten - Daunenn
1,00 Karf pro Pfund. Fertige Betten
11 Karf an. Max Schöne, Land-
berger Allee 149. Täglich Dampf-
bettedecken-Reinigung. 2108*

Tafel, größte Auswahl, von
21 Karf an, direkt in der Fabrik
Blumenstraße 35 b. 2018*

Kinderwagen, Kinderbetten,
Sportwagen, gedruckte, zurückge-
kehrt, spottbillig. Schneider, Kur-
fürstenstraße 172. 18135*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrik-
nebelrige Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 737*

Nähmaschinen aller Systeme, ohne
Anzahlung, Woche 1,00. Frankfurter
Allee 10 am Ringbahnhof, Alt-Vor-
hagen 4, Ecke Neue Bahnhofstraße. *

Wach und Brinngmaschinen, beste
Qualität, billigste Preise. Bei An-
zahlung coulante Bedingungen.
G. Weimann, Wolkenstraße 26, nahe
der Landbergerstraße. 2258*

Strickmaschinen, aus Teilzah-
lungen, Brederer, Engel-Ufer 20. *

Bronzegastromen! dreifachumglt
6,00. Gasgastromen! 9,00. Salon-
Gastromen! 15,00. Gasgastromen! 1/2
Schauenscherlag spottbillig. Wohlauer,
Wallnerstraße 32. 3008*

Reißerpumpen von 8,00 bis
100,00. Sanger, Einzelleiste, gedruckte
Pumpen, Schläuche billig. Werk-
zeuge teilweise umsonst. Gedfmet bis
9 Uhr, auch Sonntag. Pumpen-
fabrik Wolf, Adlerstraße 81. 3135*

Walzrostbier, Klubbier, für
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Geschm-
acke, überaus gesund, 14 Flaschen
3 Karf, 1/2, Lonne 3,50 extrafrei.
Nicht Platzengast, Qualität ent-
scheidet. Vertreter Ringle, Bernauer-
straße 119. 3028*

Ringelstücken, Bobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauchte 12,00. Postkarte genügt.
Königsplatz 60/61. Große Frank-
furterstraße 43. Kreuzauerstraße 59/60.

Steppdecken billig! Febril Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Restaurations, verlässl. Geschäft,
elektrisches Piano, verlässl. Char-
lottenburg, Danfelmannstraße 45. *

Materialwaren und Grünfram-
geschäfte billig zu verkaufen Holzmam-
straße 2. 21555*

Landparzellen (Baustellen) Bah-
nhofstraße Grünau! Hochliegende
Wiesen und Wald. Quadratrute nur
25 bis 32 Karf. Bed. Michaelis-
platz 18. 21555*

Handbleiber! Neue Kolonit, ge-
nehmigter Bebauungsplan, Quadrat-
meter fünfzig Pfennig, verkauft
Schulz, Altdorf, Lenustraße 12/13.

Kanarienvogel, Seiserstamm,
Kette Sänger, kräftige Buchweibchen
zur Selbstzucht zu verkaufen. Grund-
stück, Friedrichsdagen, Friedrichstraße
Nr. 26, I. 21705*

Federbetten, Eland 20 Karf,
5 Zimmer Möbel Aufgabe halber billig
Dresdenerstraße 38, vorn II links. *

Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik Wallstraße 90/91, nahe Spittel-
markt. Infolge des großen Umsatzes
bestehen sich am Lager viele zurück-
gekehrt und verbleiben geringere Möbel,
die wie neu sind, Kleiderpland,
Bettisch 27,00, Ausziehtisch 16, Kuschel-
bettstelle mit Federmatratze und
Kleiderschrank 36, Taschenuhr 20, Vase-
schale 20, Tisch 10,00, Kuchenschale 20,
Ruhel- 25, ganze Einrichtungen billig.
Transport frei. 78/2*

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
Woche 1,00, Ringelstücken, Bobbin,
Kleiderstoffe, Schnellste Liefer-
ung, Unglaube, Brunnenstraße 60,
Postkarte. 7105*

Kanarienvogel, Seiserstamm, lie-
gend, Stamm Seiser, umzuge-
halber billig. Stiller, Koppentstraße 48.

Zeit, 17,00. Dresdenerstraße 38,
Nigel. 22155*

Blüschteppich, Gardinen, Feder-
bett, Tischdecke, Vorhänge, zwei Stepp-
decken, Stores, Tischdecken, Gas-
strome billig, Postmann, Raunyn-
straße 52. 22145*

Blüschlöse, Trumeau, zwei eng-
liche Bettstellen mit Matratze ver-
kauft spottbillig Dalldorfstraße 19,
parterre rechts, Wedding. 22096*

Getragene Bau - Restaurant
frankfurterhaller zu verkaufen, mit
Telephon, Gustav Rogall, Gärtner-
straße 18, Rummelsburg. 22115*

Materialwaren, Dbit, Gemälde,
Holz, Kohlen-Geschäft mit Rolle billig
Hohenhofstraße 4. 22175*

Doggenhündin, billig Brannen-
straße 150, Restaurant. 22065*

Fahrräder, Teilzahlungen. In-
valdenstraße 148 (Eingang Berg-
straße). Große Frankfurterstraße 56,
Stalherstraße 40. 8218*

Teilen wiederkehrender Gelegen-
heitskäufe! Raumangeselegantes
Lafschlofa 42,00, Polstermöbel 3,00,
Salongarnitur 75,00, großer Trumeau
33,00, Salonisch 13,00, Kuchenschale
spottbillig, echt feuerfeste Kuschel-
schänke 40,00, komplette nageleinte
Kuschelbettstellen 34,00, verschiedenes
jedem Preise. Verlebergerstraße 14,
Restaurant. 22165*

Wäbelerklärung, fast neu, be-
steht angefertigt, wegen Zurücknahme
billig verkauft Admiralstraße 8, I
links. 78/1*

Reparatur sofort verlässlich
Schulstraße 55. 493*

Möbelgeschäft (Dien) preiswert
zu verkaufen. Köhler Reichberger-
straße 64, Ostermann. 715*

Kanarienvogel 6,00, Vorläufer
(Seiserstamm), Buchweibchen 1,00,
Schloßplatz 2. 78/4*

Potenzantwalt Dammann, Dranien-
straße 57, Koriolplatz. Kat in Patent-
sachen. 21545*

Kaufpolierung! Soja 5,00, Wafel-
4,00, auch auherm Hause. Bachmann,
Blumenstraße 35 b. 3028*

Wäscherei! Umgehe den Herr-
schaften meine Waschanstalt zu den
billigsten Preisen. Max Dittus,
Köpenick, Grünauerstraße 27. 21265*

Verkauf und alle andren Bücher
kauft, leicht Antiquariat, Koch-
straße 56 I. Ami I 8831.

Wasserdichte kauft Linden-
straße 103. 21945*

Achtung, Gewerkschaften, Vereine!
Reinen 1000 Verlangen lassenden
Garten mit Spezialitätenbühne nebst
grohem, neu renoviertem Festsaal
empfehle ich bedingungslos zu hoch-
jahr- und Sommer - Festlichkeiten
zur gefälligen Denkung. B. Bernou,
Schwedterstraße 23. 3198*

Bereinszimmer 25, 40, Saal
150 Personen, Piano, zwei Regel-
bahnen, vergibt Paderwig, Alte Jakob-
straße 83. 7141*

Bereinszimmer mit Piano,
60 Personen, zu vergeben, Simk,
Rixdorfstraße 68. 7141*

Kaufe Schraubstock, Bohrmaschinen
Dietrich, Duffenstraße 8. 7193*

Tafel mit Bühne Sonnabend März,
April frei Neue Königstraße 7. 131/19*

Vermietungen.

Wohnungen.

Wohnungen, Stube und Küche,
Judehof, Wallerstraße 8. 22025*

Billige Wohnung, zwei Stuben
und Küche, vermietbar Seidenfeld-
straße 14. 22005*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten
Schlafstelle sucht Jacoby, Kolberger-
straße 26.

Schlafstelle für zwei Herren, separ-
raten Eingang, Frau Schömann,
Reichenbergerstraße 60, Hof I. 715*

Teilnehmer zur möblierten Schlaf-
stelle, Dehmke, Reichenbergerstraße 110.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Zuche Kontinentverwaltung oder
ähnliche Stellung. Fritz Waller,
Dybbelstraße 43. 22105*

Posthumorist Gerhardt, Brangel-
straße 115. 715*

Stellenangebote.

Korbmacher auf Holzfiguren ver-
langt Schmidt, Langestraße 91. *

Handbische, 14jährig, Woche
8 Karf. Buchdrucker, Holzmam-
straße 21. 21855*

Kräftiger Hausdiener sofort ver-
langt. Offerten mit Zeugnisabschriften
unter S. 7, Expedition dieses
Blattes. 22045*

Drageur gesucht. Eine der größten
und ältesten Fabriken pharmazeuti-
scher Präparate (außerhalb) sucht zum
baldigen Eintritt einen geübten Dra-
geur, der im Dragieren von Pillen
durchaus bewandert sein muß. Solche,
die in der Herstellung von Pillen,
Tabletten und Pastillen erfahren sind,
erhalten den Vorzug. Offerten er-
delten unter Angabe von Referenzen
und Gehaltsansprüchen unter P. 7,
Expedition dieses Blattes. 21675*

Blieuleger verlangt R. Jander,
Frankfurter Allee 165. 7145*

Drogistenlehrling, fleißig und
intelligent verlangten Gemein-
schüler, sucht per bald oder später
Drogenhandlung und Sanitätsdiener
Paul Lemde, Apotheker, Rixdorf,
Kaiser Friedrichstraße 242, beim Her-
mannplatz. 22206*

Potenfrauen finden dauernde
Beschäftigung Rittenwalderstraße 6,
Laden. 22136*

Handarbeiterin für Kunstbildelei
findet gut bezahlte, dauernde Stellung.
Köpenick, Dranienstraße 98. 22055*

Lehrdamen, Kostümräder, Blumen,
nachher Beschäftigung. Blumen-
straße 9. 7715*

Steppdecken auf Kleider verlangt
Wendel, Kopenickstraße 13.

Im Arbeitsmarkt durch
Besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Lagerhalter
gesucht. Schriftliche Bewerbungen er-
delten bis zum 25. Februar an
Kontinentverwaltung 22125*
der Engl. Gasmeserfabr. Mariendorf.

Rahmenmacher!
Die Firma Gost u. Co., Kurfürsten-
straße 146, ist für Rahmenmacher,
Tischler, Polierer, Glaser, Vergolder
und Buchbinder wegen Differenzen
gesperrt.
77/14 Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Achtung!**
Musikinstrumenten - Arbeiter,
Tischler u. Polierer!
In der Glasfabrik von Köhler
bestehen sich die Kollegen noch in
Streit. Der Betrieb ist für sämtliche
Arbeiter gesperrt.
Die Zechnerkommission.

Stockarbeiter!
Die Arbeiter der Firma Julius
Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102
bestehen sich im Streit. 18/16
Zugung ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kistenmacher und
Holzarbeiter!
In der Kistenfabrik von Müller
Charlottenburg, Helmsdorferstraße, in
Differenzen ausgebrochen. 80/6
Zugung ist fernzuhalten!
Der Holzarbeiterverband
Veren der Kistenmacher

Verband der Glaser!
Achtung Glaser!
Achtung Bauhandwerker!
Wegen Tarifdifferenzen ist die
Firma Schmecker u. Co. (Daniel
Glaser), Schützenstr. 73 und
Spichernstraße 4, für Glaser
gesperrt.
Die Ortsverwaltung.